



# Plenarprotokoll

## 50. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 23. Januar 2002

<b>Aktuelle Stunde</b> .....	3722	Martin Kayenburg [CDU] .....	3731
<b>a) Pflegesituation in der Fachklinik Schleswig - Prüfungsergebnisse des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK)</b> .....	3723	Bernd Schröder [SPD].....	3732
Antrag der Fraktion der FDP		Wolfgang Kubicki [FDP] .....	3734
Dr. Heiner Garg [FDP] .....	3723	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3735
Andreas Beran [SPD] .....	3724	Anke Spoorendonk [SSW].....	3736
Werner Kalinka [CDU].....	3725	Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	3737
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3726	Uwe Eichelberg [CDU] .....	3739
Silke Hinrichsen [SSW] .....	3727	Hermann Benker [SPD].....	3741
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, So- ziales, Gesundheit und Verbraucher- schutz.....	3728	<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Geset- zes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Hol- stein</b> .....	3742
Helga Kleiner [CDU] .....	3730	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1129	
<b>b) Erklärungen der Ministerpräsidentin bei ihrer Jahrespressekonferenz am 11. Januar 2002</b> .....	3731	Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses Drucksache 15/1491	
Antrag der Fraktion der CDU		Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1524	

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1526

Claus Hopp [CDU], Berichterstatter .....	3742
Maren Kruse [SPD].....	3742
Peter Jensen-Nissen [CDU].....	3743, 3756
Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] ....	3745, 3754
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3748
Lars Harms [SSW].....	3749
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus .....	3751
Claus Ehlers [CDU] .....	3753, 3756
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3755
Claus Hopp [CDU] .....	3755

Beschluss: Verabschiedung..... 3756

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz .....** 3756

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/29

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 15/1508

Andreas Beran [SPD], Berichterstatter... 3757

Beschluss: Ablehnung..... 3757

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung.....** 3757

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1434

Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....

3757

**Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses .....** 3757

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD  
Drucksache 15/1515

Beschluss: Annahme .....

3757

**Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung.....** 3757

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1505

Beschluss: Annahme .....

3757

**Bericht zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Landes.....** 3757

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1513

Beschluss: Annahme .....

3757

**Änderung der Datenschutzordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.....** 3757

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1523

Beschluss: Annahme .....

3757

**Erhalt der Abendschulen in Schleswig-Holstein.....** 3757

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1326

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
Drucksache 15/1443

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatter .....

3757

Beschluss: Kenntnisnahme..... 3757

**Entschließung zur Bekämpfung des Terrorismus.....** 3757

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1259

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1292 Abs. 2

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 15/1446

Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin .....

3758

Günther Hildebrand [FDP], zur Geschäftsordnung .....

3758

Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/1292 Abs. 2 .....

3758

<b>Opferschutz im Strafverfahren</b> .....	3758	Frauke Tengler [CDU], Berichter- statterin .....	3759
Antrag der Fraktion der CDU			
Drucksache 15/961		Beschluss: Ablehnung .....	3759
Bericht und Beschlussempfehlung des In- nen- und Rechtsausschusses		<b>Neue Wege in der Drogenpolitik - Pro- jekt: „Schleswig-Holsteins Schulen sind rauchfreie Zonen“</b> .....	3760
Drucksache 15/1447		Antrag der Fraktion der CDU	
Monika Schwalm [CDU], Berichter- statterin .....	3758	Drucksache 15/1398	
Beschluss: Ablehnung .....	3758	Frauke Tengler [CDU] .....	3760, 3766
<b>a) Abschaffung der Befahrungsabgabe des Nord-Ostsee-Kanals</b> .....	3758	Dr. Henning Höppner [SPD] .....	3761
Antrag der Fraktion der CDU		Dr. Heiner Garg [FDP] .....	3762
Drucksache 15/1357		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3763
<b>b) Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals</b> .....	3758	Silke Hinrichsen [SSW] .....	3764
Antrag der Fraktion der FDP		Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	3765
Drucksache 15/1383		Konrad Nabel [SPD] .....	3766
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses		Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss .....	3767
Drucksache 15/1461		<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes</b> .....	3767
Roswitha Strauß [CDU], Berichterstatterin .....	3758	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Beschluss: Annahme des Antrages Druck- sache 15/1383 .....	3758	Drucksache 15/1492	
<b>Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark</b> .....	3759	Klaus Buß, Innenminister .....	3767
Antrag der Fraktion der CDU		Klaus Schlie [CDU] .....	3768
Drucksache 15/1258		Klaus-Peter Puls [SPD] .....	3769
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW		Günther Hildebrand [FDP] .....	3770
Drucksache 15/1290		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3770
Bericht und Beschlussempfehlung des Euro- paausschusses		Silke Hinrichsen [SSW] .....	3771
Drucksache 15/1496		Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....	3772
Rolf Fischer [SPD], Berichterstatter .....	3759	<b>Stand der Brennstoffzellentechnologie in Schleswig-Holstein</b> .....	3772
Heinz Maurus [CDU], zur Geschäftsordnung .....	3759	Landtagsbeschluss vom 28. September 2001	
Beschluss: Annahme .....	3759	Drucksache 15/1182	
<b>Leitlinien für die Forst- und Waldpolitik in Schleswig-Holstein</b> .....	3759	Bericht der Landesregierung	
Antrag der Fraktion der FDP		Drucksache 15/1475	
Drucksache 15/1190		Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie .....	3772
Bericht und Beschlussempfehlung des Um- weltausschusses		Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU] .....	3773
Drucksache 15/1498 (neu)		Wilhelm-Karl Malerius [SPD] .....	3775
		Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] .....	3776
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	3777

Lars Harms [SSW] .....	3778
Konrad Nabel [SPD] .....	3779
Beschluss: Überweisung an den Umweltausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung....	3780
<b>Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein</b> .....	3780
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1306	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1376	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1529	
Thomas Rother [SPD] .....	3780
Dr. Johann Wadehul [CDU] .....	3782
Wolfgang Kubicki [FDP] .....	3785, 3793
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3787
Anke Spoorendonk [SSW].....	3789
Klaus Buß, Innenminister .....	3791
Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 15/1306 .....	3794

\* \* \* \*

#### Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

\* \* \* \*

#### Beginn: 10:02 Uhr

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 19. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages, der ersten im Jahr 2002, und eröffne die Sitzung. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist Herr Abgeordneter Müller. Ich wünsche ihm von dieser Stelle aus gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Hay.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 3, 5, 9, 15, 21, 23, 27, 30 bis 32, 35 und 36 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt wird Punkt 4. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Punkte 12 und 13 - Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen und Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 19. Tagung.

Unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause werden wir jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße zunächst Besucher. Auf der Tribüne haben Schülerinnen und Schüler der Schule Tellingstedt mit ihren Lehrkräften Platz genommen. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße ebenfalls eine Auszubildendengruppe der Stadt Bad Segeberg. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nicht vergessen will ich, in der Loge unseren ehemaligen Kollegen Johna zu begrüßen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 1:

#### Aktuelle Stunde

Dazu liegen zwei Anträge vor, die gleichzeitig eingegangen und von gleicher Aktualität sind. Ich habe daher gemäß § 32 der Geschäftsordnung beide Anträge zugelassen. Die Beratungszeit für jeden der beiden

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

Anträge beträgt längstens 45 Minuten. Ich rufe zunächst den Antrag der Fraktion der FDP auf:

**a) Pflegesituation in der Fachklinik Schleswig - Prüfungsergebnisse des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK)**

Antrag der Fraktion der FDP

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich wünsche Ihnen zunächst einen wunderschönen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Frau Kollegin Hinrichsen! Sie haben davon gesprochen, dass die Rücktrittsforderung an Heide Moser verantwortungslos sei. Verantwortungslos ist in diesem Fall eine ganze Menge, aber mit Sicherheit nicht die Rücktrittsforderung der Union.

(Beifall bei FDP und CDU)

Was an der jetzt aufgetretenen Situation bezüglich der festgestellten Pflegemängel in der Fachklinik Schleswig das ganz Besondere ist, ist ein Fall, Frau Kleiner - ich darf das einmal so sagen -, den Sie sich eigentlich nicht gewünscht, aber herbeigesehnt haben müssen, was die Verantwortlichkeiten anbelangt. Es ist nämlich genau der Fall, den Sie seit eineinhalb Jahren hier immer wieder skizzieren, nämlich dass die Heimaufsicht versagt, und die **Heimaufsicht** liegt in diesem Fall beim Land und damit bei der zuständigen Ministerin. Das ist das ganz besondere Debakel oder der Skandal bei dieser Angelegenheit.

Wie mit Menschen umgegangen wird, wie Menschen gepflegt werden, darüber diskutieren wir seit längerer Zeit immer wieder, aber hier ist die Verantwortung konkret festzumachen. Das allein ist schon Grund genug, dass wir uns heute Morgen damit auseinandersetzen.

Im Fall der Fachklinik Schleswig ist in der Tat die Verantwortung anders gelagert als in allen anderen Fällen vorher. Aufgrund der Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach Heimrecht ist das Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz die noch zuständige Behörde für die Heimaufsicht.

Frau Ministerin Moser, es ist nicht so unendlich überraschend, was bei dem MDK-Bericht herauskam, denn es gab ja bereits zwei Kurzprüfungen, und zwar eine im November 2000 und eine im April 2001. Sie müssen nachher die Frage beantworten: Was ist in der

Zwischenzeit bis zum jetzigen Bericht eigentlich passiert, was haben Sie konkret unternommen, um die in den Kurzberichten festgestellten Mängel abzustellen? Wenn Sie beratend tätig gewesen sind - wie Sie sagen; was in dem Fall ja auch Ihre originäre Aufgabe gewesen ist -, dann müssen Sie sagen, wie Sie versucht haben durchzusetzen, dass die Mängel abgestellt werden.

Mir geht es aber heute nicht nur darum, die Verantwortlichkeit bei der zuständigen Ministerin festzumachen. Mir geht es vor allem um die Argumentation der Ministerin, nachdem dieses Debakel öffentlich festgestellt wurde. Ich darf einmal aus der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ vom 19. Januar 2002 zitieren:

„Kiels Sozialministerin Heide Moser will nicht ausschließen, dass auch handfeste finanzielle Interessen der Krankenkassen in der neuesten Pflegeaffäre eine Rolle spielen. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) habe bei der Prüfung der schleswiger Fachklinik nicht nur die Pflegequalität beanstandet, sondern auch die Einstufung der Patienten in so genannte Pflegefälle und Eingliederungsfälle. Dass aber ausgerechnet diese Einstufungen ganz oben in dem Mängelbericht des MDK stünden, mache sie schon stutzig, erklärte die Kieler Ministerin. Mit der Qualität der Pflege habe dies nichts zu tun.“

Frau Ministerin, Sie machen einen Zielkonflikt zwischen MDK auf der einen und den gesetzlichen Krankenkassen als Kostenträger auf der anderen Seite aus. Diesen Zielkonflikt mache ich seit ungefähr zwei Jahren aus. Ich darf an die Sozialausschusssitzung am 10. Januar 2002 erinnern: Wir haben einen Gesetzentwurf der Fraktion der FDP diskutiert, in dem es genau darum ging, einen ersten Schritt zu tun, um diesen Zielkonflikt ein wenig zu entschärfen, indem die Möglichkeit geschaffen werden sollte, auf Landesebene einen unabhängigen Pflege-TÜV oder **Kontrolldienst** zu installieren. An dem Wort „Kontrolle“ haben Sie sich gestoßen.

Jetzt machen Sie sich genau diese Argumentation zu Eigen, die Sie noch vor einer Woche im Sozialausschuss vehement bestritten haben, assistiert von den Sozialdemokraten. Sie haben gesagt, das sei Schwarzmalerei von unserer Seite, es gebe solche Zielkonflikte nicht. Nur eine Woche später stellen Sie sich hin und präsentieren der Öffentlichkeit: Der Hauptgrund dafür, dass es zu diesen Missständen gekommen ist, seien Zielkonflikte zwischen MDK und gesetzlicher Kran-

**(Dr. Heiner Garg)**

kenversicherung. Das finde ich mehr als merkwürdig, Frau Ministerin.

(Beifall bei FDP und CDU)

Noch ein Wort in Richtung Sozialdemokraten: Es geht - wie der Kollege Beran in seiner Pressemitteilung festgestellt hat - überhaupt nicht um die Frage, ob es sich um eine private oder eine öffentliche Einrichtung handelt, sondern es geht ausschließlich um die Frage, wer tatsächlich die Heimaufsicht ausübt. Das ist in dem Fall das Land.

(Beifall bei FDP und CDU)

Abschließend habe ich noch die herzliche Bitte an Sie: Überlegen Sie sich gut, ob Sie im Rahmen dieser Landtagssitzung den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion tatsächlich ablehnen wollen, nachdem Ihre eigene Ministerin ganz klar gesagt hat, dass es einen offenen Zielkonflikt zwischen Kostenträger und dem Medizinischen Dienst gibt.

(Beifall bei FDP und CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht mosern, sondern handeln!)

Nach dem berechtigten Ärger über den MDK haben wir jetzt noch viel mehr Ärger über das so genannte MD, das Moser-Debakel.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Beran das Wort.

**Andreas Beran [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße es immer, wenn wir in diesem hohen Hause die Pflege betreffende Themen diskutieren, bietet es doch die Möglichkeit, der Gesellschaft dieses so wichtige Thema bewusster zu machen. Gerade das Thema Pflegequalität braucht in der Gesellschaft einen höheren Stellenwert. Wir können es auf diese Art und Weise ein Stückchen mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Weder die Politik noch die Betroffenen noch die in dem Bereich Beschäftigten allein sind in der Lage, dieses Problem zu lösen. Das ist ohne die Gesellschaft nicht möglich.

Ich weiß nicht, ob es hilfreich ist, gerade einer Ministerin, die in Sachen Pflege eine ganze Menge auf den Weg gebracht hat, mit Rücktrittsforderungen zu drohen. Ich finde, so einfach ist das nicht, nach dem Motto: Man nehme etwas Grundsätzliches wie die Pflege, füge ein bisschen Gesundheitspolitik hinzu, würze das Ganze mit ein bisschen Milzbrand und schicke das Ganze auf die große Fehlfahrt. Das ist ein Tellerge-

richt, das für eine Rücktrittsforderung nicht ausreicht, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei SPD und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Das war ja wohl daneben!)

In keinem anderen Bundesland hat es eine so umfassende Prüfung aller Pflegeeinrichtungen gegeben wie in Schleswig-Holstein.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Martin Kayenburg [CDU]: Und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?)

Ich glaube, das ist ein Verdienst der Ministerin, Ihres Hauses und des Landespflegeausschusses.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist klar, dass dabei niemand - dies zeigen auch die Erfahrungen aus anderen Bundesländern - ohne Beanstandungen davongekommen ist. Das ist auch gut so; denn die Prüfergebnisse bieten den Trägern die Chance, ihre Qualität zu verbessern. Das ist auch in der Privatwirtschaft so. Ein gutes Beschwerdemanagement sorgt dafür, dass die Angebote in diesem Bereich verbessert werden können.

Von solchen Prüfberichten sind natürlich nicht nur private Einrichtungen, sondern auch Einrichtungen großer Träger, die einen öffentlich-rechtlichen Charakter haben, betroffen. Ich begreife den **Prüfbericht** zu dem Pflegebereich in der Fachklinik in Schleswig einfach als Chance, die dortige Qualität weiterhin verbessern zu können.

Nun wird versucht, einen Widerspruch zwischen dem zu konstruieren, was die Ministerin geleistet hat, und dem, was in Schleswig festgestellt worden ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie hat sich wirklich etwas geleistet!)

Es gibt zwei Kurzprüfberichte, von denen der letztere Mängel aufgezeigt hat. Wie auch aufgrund der Veröffentlichungen des Ministeriums bekannt ist, haben letztendlich das Ministerium und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort versucht, durch entsprechende Maßnahmen eine wesentliche Verbesserung herbeizuführen. Glauben Sie mir - ich selbst habe für einen großen Träger in Hamburg gearbeitet; ich weiß, wie das ist -: Maßnahmen in so großen Einrichtungen greifen nicht kurzfristig. Sie bedürfen ihrer Zeit. Dass man anhand des Prüfberichtes schaut, ob die Maßnahmen greifen beziehungsweise ob sie erweitert oder ergänzt werden müssen, ist etwas, worauf die dort verantwortlichen Mitarbeiter hinarbeiten werden. Manche Menschen glauben, dass das in Widerspruch

(Andreas Beran)

zu dem steht, was das Ministerium bisher gemacht hat. Aus den genannten Gründen glaube ich das nicht.

Ich möchte noch etwas zum Thema Heimaufsicht sagen. Es ist falsch, hier altes Recht mit neuem Recht zu verbinden. Wir alle wollen daran arbeiten, die **Heimaufsicht** zu verbessern. Seit dem 1. Januar dieses Jahres gibt es im Bereich der Heimaufsicht ein neues Recht, im Rahmen dessen auch die Verantwortung neu festgelegt worden ist. Bisher war es nach meinem Kenntnisstand so, dass der Heimaufsicht des Landes alle Strukturdaten in Schleswig bekannt waren. Das reichte nach dem bisherigen Recht aus. Nach dem neuen Recht reicht dies jedoch nicht mehr aus. Dass es hier einen Zielkonflikt geben kann, hat das Ministerium auch festgestellt. Deswegen gibt es Verhandlungen, die Heimaufsicht auf die Kreise zu verlagern. Meiner Ansicht nach ist das eine gute Möglichkeit, in diesem Bereich etwas zu verändern und die Verantwortung auseinander zu ziehen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Andreas Beran [SPD]:**

Ich komme zum Schluss. - Ich möchte abschließend - es ist wichtig, das in dem Zusammenhang noch einmal zu erwähnen - auf die Struktur der Gebäude dort eingehen. Die Kontrolle der Strukturqualität ist eine der Aufgaben der Heimaufsicht. Wir alle wissen von den Mängeln in Schleswig; denn nicht zuletzt auch der Landtag hat in letzter Zeit Mittel hierfür bereitgestellt.

Ich bin der Überzeugung, dass Frau Ministerin Moser in ihrer aktiven Politik für eine Verbesserung der Pflege in unserem Land nicht nachlassen wird.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Andreas Beran [SPD]:**

Das Ergebnis des Prüfberichts wird Motor für ihr zukünftiges Handeln sein. Wir, die SPD-Fraktion, werden die Ministerin dabei weiterhin unterstützen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kalinka das Wort.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ergebnisse von Schleswig sind erschütternd: sechs Versicherte mit gefährlicher Pflege, ansonsten Routinepflege bei den übrigen Geprüften; Verbandswechsel

mit täglich gewechselter Salbe wurden bestätigt, obwohl 33 Tage zuvor ein trockener Verband verordnet worden war. Es stellt sich die Frage, wie die ärztlichen Verordnungen dokumentiert wurden, ob dies bei allen der Fall gewesen ist und ob es dazu unterschiedliche Auffassungen gegeben hat. Die Pflegeziele in der Einrichtung sind nur teilweise überprüfbar. Es wird von Beispielen bedenklichen Untergewichts und von eingesenkten Patienten berichtet. Es wurden unter anderem 16 fehlende schwerwiegende Maßnahmen aufgelistet und fünf sofortige Fristsetzungen des MDK gesetzt - und dies unter der Heim- und Fachaufsicht des Sozialministeriums.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gerade deshalb ja!)

Wenn die Ministerin sagt, sie habe diesen Prozess eng begleitet, dann trägt sie die politische Verantwortung und hat dafür geradezustehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn die „Kieler Nachrichten“ unter Berufung auf Zeugen von unwürdigsten Umständen sprechen, dann ist dies ein Urteil, wie es schlimmer nicht sein könnte. Besonders gravierend ist, dass dies bei den Schwächsten unserer Gesellschaft geschehen ist, bei mehrfach behinderten, schwer behinderten Menschen. Das Gebot würdevoller Pflege und die Aufsicht darüber sind verletzt worden. Das ist in dieser Angelegenheit das besonders Schwerwiegende.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Ministerin war intern alles bekannt. Die Leitung der Einrichtung hat am 15. Januar gesagt: Wir brauchen uns über Einzelheiten gar nicht mehr zu unterhalten. Wir müssen das akzeptieren. - Frau Moser, wie wollen Sie sich zum Thema Pflege mit Autorität äußern, wenn es unter Ihrer Verantwortung solche Zustände gibt?

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies wirft die Frage auf, was ein Ministerium ist. Das Ministerium eines Landes ist kein Beratungsverein, sondern ein Führungs- und Kontrollorgan auf einem wichtigen Sachgebiet. Dem müssen Sie im Rahmen Ihrer Aufgabenstellung gerecht werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Jeder von uns hätte doch sofort geprüft, ob es in seinem Bereich etwas gibt, das abgestellt werden muss.

(Jutta Schumann [SPD]: Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Es fällt auf, dass wir eine Häufung von Problemen haben. Wir werden auch auf die Vorgänge in Reher

(Werner Kalinka)

zurückkommen und die Frage stellen, ob und warum es in diesem Land zum Beispiel noch keine **Bauverordnung** für Alten- und Pflegeheime gibt. Dort ist zum Beispiel mehr notwendig. Warum unternehmen Sie keine Initiativen? Es hindert Sie doch niemand daran.

Frau Moser, Sie haben häufig versucht, die **Heimaufsicht** formal und tatsächlich aus Ihrem Verantwortungsbereich herauszubekommen. Die „Kieler Nachrichten“ haben diese Diskussion mit einem einzigen Wort beendet. Dort stand: „Zu Mosers Heimaufsicht“. Über genau diesen Punkt haben wir uns hier politisch zu unterhalten.

Frau Moser, ich finde es nicht gut, in welcher Form Sie versucht haben, abzulenken, indem Sie auf die Kassen verwiesen. Es ist ein typisches Merkmal Ihrer Amtspolitik: empfindlich auf Kritik reagieren, andere schulmeistern, Probleme aussitzen, aber nicht lösen, falsches oder fehlendes Krisenmanagement!

(Jutta Schümann [SPD]: Wo sind Ihre Konzepte?)

Das ist zu wenig für ein Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn ich mir vor Augen halte, wofür die Kollegin Böhrk 1998 ihren Platz räumen musste - damit will ich noch gar nicht bewerten, welchen „Kladderatsch“ ihre Nachfolgerin inzwischen angerichtet hat -

(Lachen bei der CDU)

dann, Frau Ministerpräsidentin Simonis, wäre Frau Ministerin Moser längst fällig.

(Beifall bei der CDU)

Frau Sozialministerin Moser hat am 17. Januar 2001 im „Schleswig-Holstein-Magazin“ davon gesprochen, dass sie Mitverantwortung trage. Frau Moser, ich appelliere an Sie: Übernehmen Sie die volle Verantwortung, die Sie haben, und treten Sie zurück!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete Birk hat das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine umfassende Reform der Fachklinik Schleswig zum Wohl der Pflegebedürftigen ist das Gebot der Stunde. Das sollte unsere einzige Aufgabe sein. Herr Kalinka und Herr Garg, ich glaube, wir sollten vorsichtig sein, damit wir aus einer schwierigen Situation nicht die falschen Schlüsse ziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich kann für meine Fraktion nachvollziehen, was die Ministerin uns aufgezeigt hat und was sie veranlasst hat. Das wurde öffentlich gemacht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das überrascht uns nicht!)

Es ist aber völlig richtig, dass uns dies insofern als Parlament nicht zufrieden stellen kann, als an uns noch ganz andere Fragen gestellt sind. Wir haben tatsächlich die Auseinandersetzung darüber zu führen, was die Pflegekasse und was der Eingliederungsdienst - also die Kommunen - zu bezahlen haben. Dieser Konflikt muss so gelöst werden, dass es nicht immer wieder in Einzelfällen zu Verhinderungen, zu Verschleppungen und Dingen führt, die auf dem Rücken des Personals und der Pflegebedürftigen ausgetragen werden. Diese Frage muss auf den Tisch. Das ist aber keine Frage für die Ministerin allein. Das ist auch eine Frage an das Parlament und den Gesetzgeber.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weiterhin haben wir Folgendes kritisch zu prüfen. Wir wussten alle, dass die Klinik in Schleswig sehr groß und in einem veralteten Gebäudekomplex untergebracht ist. Wir als Parlament haben in den letzten Jahren als Haushaltsgesetzgeber immer wieder Mittel genehmigt. Trotzdem müssen wir feststellen, dass in Schleswig - eine Generation nach der Psychiatrieenquête des Bundestages, die eine bundesweite **Dezentralisierung** der Psychiatrie gefordert hat - Hunderte von Menschen in sanierten, aber dennoch veralteten Gebäuden leben. Für uns als Fachpolitiker im Sozialausschuss stehen die Fragen an: Reicht es, in diese Gebäude immer wieder neu zu investieren? Müssen wir zu einer grundsätzlich neuen Lösung kommen? Was bedeutet das für die Menschen, die schon sehr lange dort leben? Man kann sie nicht einfach wie einen Blumentopf woanders hinstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diesen Fragen müssen wir uns ernsthaft stellen. Wir dürfen sie nicht vergessen, wenn es zu den nächsten Haushaltsberatungen kommt.

Angesichts der Pressemitteilungen, die uns gestern ereilten, aber auch angesichts der Diskussion im Fachausschuss in der letzten Woche haben wir auch zu prüfen, ob die **Zentralisierung** rechtlich eine gute Lösung ist. Ist die Zentralisierung im Bereich der Psychiatrie, die für die Fachkliniken Heiligenhafen und Neustadt sowie für die Neuplanung des Uni-

(Angelika Birk)

Klinikums Schleswig-Holstein und für den bisher dezentralen Träger „Die Brücke“ vorgesehen ist, rechtlich eine gute Lösung? Ich frage das vor dem Hintergrund unserer Vorstellungen, dass die Patienten vor Ort ein vielfältiges Angebot vorfinden sollen, das eine Trägervielfalt und unterschiedliche Philosophien aufweist.

Wenn jetzt aufgrund der DRGs und aufgrund der internationalen Entwicklung im Gesundheitswesen selbst von der „Brücke“ gesagt wird, dass eine solche GmbH vorstellbar sei, dann macht mich das natürlich nachdenklich. Das ist nicht nur eine Frage der räumlichen Dezentralisierung. Natürlich wird „Die Brücke“ ihre dezentralen Räume behalten und natürlich kann ich mir auch vorstellen, dass die neue Uni-Klinik Schleswig-Holstein in Lübeck, in Kiel und auch anderswo Dependancen hat, sodass die Klinik räumlich dezentral ist. Aber angesichts der Langsamkeit großer Apparate in ihren Reaktionen - wie wir es in Schleswig gesehen haben -, muss man sich fragen, ob das der richtige Weg ist. Allerdings entscheiden wir das nicht heute in der Aktuellen Stunde. Diese Frage muss von den Fachpolitikern diskutiert und dann wieder auf den Parlamentstisch gebracht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wir nehmen die Situation nicht auf die leichte Schulter. Wir nehmen sie sehr ernst. Wir finden, dass es richtig ist, als Fachausschuss sehr genau zu überprüfen, was passiert. Wir entlassen die Ministerin nicht aus der Verantwortung, aber wir sagen ganz deutlich: Schnellschüsse, die auf eine Person abzielen, sind fehl am Platze. Es geht um ein Strukturproblem. Es ist verdienstvoll von der Frau Ministerin, dass sie dieses Problem als Erste angefasst hat. Sie hätte auch dafür sorgen können, dass Gras darüber wächst, dass darüber nicht geredet wird und dass keine Untersuchungen stattfinden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie stellt sich dieser Verantwortung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Schämen Sie sich!)

- Ich frage Sie von der Opposition, wo Ihr besseres Konzept ist.

(Anhaltende Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Ich habe in den letzten Wochen und Monaten von Ihnen zu dieser Frage - außer der immer wieder rhetorisch vorgetragenen Heimaufsicht - kein Alternativkonzept gehört.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Hinrichsen das Wort.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider hatte ich - im Gegensatz zu Herrn Kalinka - nicht die Möglichkeit, sämtliche Prüfberichte des MDK zu erhalten und sorgfältig zu studieren, um jede Einzelheit zu erkennen. Ich kann mich deshalb nur auf die Presseberichterstattung beziehen und möchte noch einmal festhalten, was in den Pressemitteilungen bezüglich der Fachklinik in Schleswig zu lesen war. Danach wurde festgestellt, dass die Unterbringung in der Fachklinik zum Teil mangelhaft ist, was unter anderem aber auch an dem schlechten **Gebäudezustand** - beziehungsweise an den alten Gebäuden - liegt. Hier wird nach und nach saniert.

Bei sechs der 20 untersuchten Patienten wurden Pflegegeschäden und bei 14 lediglich reine Routinepflege festgestellt. Es war von mangelnder Ausbildung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Rede und davon, dass Unklarheit bezüglich der Einordnung bestehe, also ob jemand als „Pflegefall“ oder „Eingliederungshilfe“ einzustufen sei.

Zur nicht ordnungsgemäßen Unterbringung! Es läuft in der Fachklinik ein Umbau- und **Sanierungsprogramm**. Ich kenne die Gebäude zum Teil aus eigener Anschauung. Man kann sie nicht einfach abreißen, denn dort wohnen Menschen, die ansonsten woanders untergebracht werden müssten. Dass aber umgebaut und saniert wird, ergibt sich aus dem Bericht.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Jutta Schümann [SPD])

Zu den **Pflegeschieden!** Laut Zeitungsmeldung wurden die Patienten erneut untersucht. Es hat sich herausgestellt, dass es sich nicht nur um so genannte Pflegegeschäden handelt, sondern auch um - möglicherweise aufgrund mangelnder Dokumentation - krankheitsbedingte Schäden. Ich möchte auf das Beispiel verweisen, über das in der Zeitung ausführlicher berichtet wurde, nämlich über den Fall der Bewilligung von Rollstühlen beziehungsweise das Geschehen, dass ein Patient in einem Rollstuhl sitzen muss, der nicht für ihn geeignet ist.

In Bezug auf die mangelnde Ausbildung hat die Ministerin bereits erklärt, dass ständig entsprechende Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt und jetzt noch verstärkt würden.

(Silke Hinrichsen)

Der letzte Punkt! Unklarheit: Pflegefall oder Eingliederung? Dazu muss ich sagen, dass dies im Prinzip keine Auswirkung auf die Pflege, die Unterbringung und Ähnliches haben darf. Es wird nur gefragt: Wer soll bezahlen? Das würde ich zurückstellen. Uns geht es vor allem darum, dass die Menschen, die dort leben beziehungsweise leben müssen, ordnungsgemäß versorgt werden. Dabei kann es nicht darauf ankommen, wie sie „zahlungstechnisch“ eingeordnet werden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht doch darum, dass sowohl die Eingliederungshilfe als auch die Pflege grundsätzlich aktivierend sein muss, für jeden Einzelnen, auf jeden Einzelnen zugeschnitten.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Abschließend möchte ich deshalb sagen: Wir alle können zwar mit dieser Pflegesituation in der Fachklinik Schleswig wirklich nicht zufrieden sein, daraus aber der Ministerin einen Strick drehen zu wollen, ist, mit Verlaub gesagt, absurd. Nach unserer Ansicht ist es weithin verantwortungslos, wie die Unionskollegen mit dem ernsthaften Thema der Pflege umgehen und wie sie dieses eher zur parteipolitischen Profilierung nutzen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Dadurch werden die Probleme die bei der Pflege bestehen und die wir auch aus anderen Einrichtungen kennen, überhaupt nicht gelöst.

Ich muss den Kolleginnen und Kollegen der Opposition in einem Recht geben: Das Land selbst muss innerhalb seiner Zuständigkeit eine Vorreiterrolle übernehmen.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist anscheinend in der Fachklinik Schleswig in der Praxis nicht ausreichend geschehen.

(Werner Kalinka [CDU]: Nicht ausreichend?)

- „Ausreichend“, sage ich. - Wir sind der Ansicht, dass man daraus so schnell wie möglich sachliche Konsequenzen ziehen sollte.

In diesem Zusammenhang möchte ich gerne noch auf Folgendes hinweisen. Ich habe in der Zeitung mehrmals über Fälle gelesen, in denen der MDK geprüft hat und in denen die Krankenkassen daraufhin den Versorgungsvertrag sofort gekündigt haben. In dieser Sache hat mich, wenn ich mir die Stimmungsmache so ansehe, eines gewundert.

(Zuruf von Werner Kalinka [CDU])

Dort sind Auflagen erteilt und eine Kündigung ist zum 31. Januar 2003 angekündigt worden. Wenn die Zustände wirklich so mangelhaft wären, wie Sie sie immer wieder darstellen, dann hätte nach meiner Ansicht eine fristlose Kündigung ausgesprochen werden müssen.

(Jutta Schümann [SPD]: Das stand nicht in der Zeitung! Deshalb wissen sie das nicht! - Lachen bei der CDU - Anhaltende Zurufe von CDU und SPD)

Dazu sahen sich die Krankenkassen nicht veranlasst. Diese haben selber gesagt: Nein. Auflagen und 31. August 2003.

(Zurufe von der FDP)

Ich frage mich wirklich, was das Ganze soll.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Ministerin Moser das Wort.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kalinka, machen Sie sich keine Sorgen. Ich habe ein starkes, gerades Kreuz und ich übernehme die volle Verantwortung für die Politikbereiche, für die ich zuständig bin. Dazu gehört auch dieser. Gerade deshalb werde ich nicht zurücktreten.

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das sagen alle!)

Lassen Sie mich nun ein paar sachliche Anmerkungen zum Thema machen.

Erstens. Wir verdanken die schmerzliche Erkenntnis über die **Qualitätsmängel in Schleswig** nicht Dritten und schon gar nicht dem investigativen Eifer der Opposition,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

sondern unserem eigenen Ehrgeiz, ein lücken- und schonungsloses Bild über die Pflegesituation im Lande zu erhalten. Denn deshalb haben wir das Aktionsprogramm aufgelegt, deshalb werden alle Einrichtungen geprüft, was zuvor nie der Fall war. Der MDK hat diese Einrichtung vier Jahre nicht ein einziges Mal angeschaut.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Unglaublich! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Schlimm genug! -

**(Ministerin Heide Moser)**

Jutta Schümann [SPD]: Richten Sie das bitte an den MDK!

- Richten Sie das an die Zuständigen. - Nur so können wir systematisch und gemeinsam mit den Verantwortlichen Pflegequalitätsentwicklung betreiben. Bei dieser Strategie werde ich bleiben, trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen. Lassen Sie mich noch anmerken: Die ständige Oppositionsschelte nehme ich hin wie eine unangenehme Nebenwirkung eines ansonsten hoch effizienten Medikaments.

(Beifall bei SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die kriegen Sie vom Wähler, nicht von uns!)

Zweitens. Es ist richtig, dass keine Prüfung der Heimaufsicht nach förmlichem Muster durchgeführt worden ist - darauf reiten Sie ja immer herum -, aber nicht aus Schlamperei, sondern weil die Strukturdaten, also Personal, bauliche Bedingungen, Belegung, durch den ständigen Umgang und eine regelmäßige eigene Anschauung, durch permanente Aufsicht sozusagen, bekannt waren, anders als es im Kreis mit seinen verschiedensten Einrichtungen der Fall sein kann.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Nach bisherigem Heimgesetz - das wissen Sie eigentlich alle; ich habe es schon oft genug gesagt - war nur die Prüfung der Strukturdaten geboten und möglich. Aber auch wenn wir jeden Monat förmlich als Heimaufsicht geprüft hätten, hätten wir das nicht herausgefunden, was der MDK jetzt als Mangel festgestellt hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die **baulichen Schwierigkeiten** sind angesprochen worden. Diese waren uns stets bewusst und wir haben an deren Beseitigung ständig gearbeitet. Ich sage Ihnen nur eine Zahl: Ab 1991 sind allein in den Heimbereich der Fachklinik Schleswig - also außer dem Krankenhausbereich - rund 34 Millionen DM zur Bauunterhaltung geflossen. Ich erinnere mich nicht, dass der Landtag einmal dafür plädiert hätte, diese Mittel aufzustocken.

(Holger Astrup [SPD]: Oder gar die Opposition!)

Ich hätte gerne mehr gehabt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich will Sie jetzt nicht fragen, wer von Ihnen die Entwicklung in den Fachkliniken aus eigener Anschauung verfolgt hat. Ich habe das getan. Die Situation hat sich in den letzten zehn Jahren drastisch und deutlich ver-

bessert. Das will ich hier gern noch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben in diesen Bereich nämlich nicht nur Geld gesteckt. Wir haben in diesen Bereich genauso viel Ehrgeiz und Engagement gesteckt wie in die Pflegeoffensive.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit welchem Ergebnis?)

Das zu sagen, ist mir wichtig. Bitte nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass Bereiche, die jahrzehntelang gesellschaftlich und politisch vernachlässigt worden sind, nicht von heute auf morgen optimiert werden können. Seien Sie doch einmal ehrlich!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Werner Kalinka [CDU]: Von Optimieren spricht doch keiner! Angegangen werden!)

- Angegangen worden ist das längst. Fahren Sie doch einmal hin, Herr Kalinka. Sie haben sich das offensichtlich noch niemals angeschaut.

(Holger Astrup [SPD]: Er liest doch Zeitung! Das reicht!)

Zurück zur Heimaufsicht. Wir haben ein neues Gesetz. Es ist schon darauf hingewiesen worden: Danach sind die Bedingungen jetzt geändert. Wir werden, so wie wir es seit Herbst vorbereitet haben, die **Heimaufsicht** auf die Kreise übertragen. Das wird erst geschehen, wenn die förmlichen Mängel beseitigt sind. Bis dahin wird es eine Kooperation geben.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist wahrscheinlich auch besser!)

Drittens. Bei allem erneut aufflackernden Streit über die Prüfkriterien des MDK gibt es keine Veranlassung, die **Mängelfeststellung** grundsätzlich infrage zu stellen. Ich lasse hier einmal die Problematik Eingliederungshilfe/Pflege außen vor. Es war und ist richtig und notwendig, dass die Fachklinik die Feststellung akzeptiert. Ich wiederhole hier nicht - obwohl ich Zweifel habe, dass Sie das gelesen haben - die zahlreichen Maßnahmen, die die Fachklinik nach der April-Prüfung begonnen und umgesetzt hat.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich versuche, den letzten Gedanken zu formulieren.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich rufe Sie gern noch ein zweites Mal auf, Frau Moser.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Ich versuche, hier nicht noch einmal zu skizzieren, was alles geschehen ist, durch den Verwaltungsrat, durch die Heimaufsicht, durch die Fachklinik selbst. Sie können das nachlesen. Ich hatte gedacht, Sie hätten das auch getan. Herr Garg, von Ihnen hätte ich das besonders erwartet. Tatsache ist, dass all diese Maßnahmen bisher offenbar nicht in erforderlichem Umfang und in der erhofften Schnelligkeit gegriffen haben. Deshalb geht es jetzt nicht um weitere neue Maßnahmen. Es geht um ein noch engmaschigeres **Umsetzungscontrolling**. Das hat die Fachklinik jetzt auf Anweisung des Geschäftsführers begonnen. Der Verwaltungsrat hat die entsprechenden Beschlüsse am 21. Januar gefasst. Wir verstehen uns, solange dieser Prozess andauert, trotz der Selbstständigkeit der Fachklinik, auch als eine Controllinginstanz. Im Übrigen werden wir, denke ich, im Ausschuss noch Gelegenheit haben, über die Einzelheiten zu sprechen.

Ganz zum Schluss finde ich vielleicht die Zustimmung aller Fraktionen, wenn ich sage: Ich schlage dem Geschäftsführer vor: Laden Sie doch einmal eine Delegation des Landtages ein,

(Beifall bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

damit sich die Damen und Herren in eigener Anschauung mit dem Problem und mit den Problemlösungen befassen können. - Diesen Vorschlag werde ich machen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Kleiner das Wort.

**Helga Kleiner** [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gebetsmühlenartig ist mir in den vergangenen Monaten von der Sozialministerin immer wieder ein Satz vorgehalten worden: „Qualität kann man nicht in die Heime hineinkontrollieren.“

Nachdem offenkundig geworden ist, in welchem Umfang die Sozialministerin bei ihrer **Heimaufsicht** über die Fachklinik Schleswig versagt hat, hat dieser Satz für mich eine neue Bedeutung bekommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das glaube ich!)

Sie hat nur das Sprichwort verfolgt: Wer selbst im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Hier ist vieles gesagt worden, was ich - auch aus Zeitgründen - nicht wiederholen will. Deswegen weise ich zunächst einmal auf ihre Presseerklärung vom 18. Januar hin. Dort hat sie auf Seite 9 gesagt:

„Erstmalig ist auch die Pflegequalität von der Heimaufsichtsbehörde zu prüfen.“

Das ist so nicht richtig! Es hat schon immer zu den Aufgaben der Heimaufsicht nach dem Heimgesetz gehört,

(Beifall bei CDU und FDP)

bei der Kontrolle von Heimen, in denen pflegebedürftige Menschen wohnen, auch zu prüfen, ob die Bewohnerinnen und Bewohner ausreichend gepflegt werden. Dies ist durch die Heimgesetznovelle, die am 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist, nur ergänzt und präzisiert worden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich kann der Frau Sozialministerin nur raten, die Begründungen zur Novelle des Heimgesetzes und zum Pflege-Qualitätssicherungsgesetz sorgfältig nachzulesen.

(Ministerin Heide Moser: Die habe ich selber mit formuliert!)

Dass sich die Heimaufsichtsbehörden aus diesem Kontrollbereich weitgehend zurückgezogen haben, nachdem das Pflegeversicherungsgesetz in Kraft getreten ist und der Medizinische Dienst der Krankenversicherung - das will ich ausdrücklich sagen - seine segensreiche Beratungs- und Kontrollfunktion aufgenommen hat, ist eine andere Sache.

Richtig ist, dass das Kontrollinstrumentarium jetzt ergänzt und präzisiert worden ist. Ich frage hier schlicht und einfach einmal: Wieso ist die **Heimaufsicht** des Landes Schleswig-Holstein, von der ich, weil ich denke, dass die Ministerien ihre Arbeit gut und richtig machen sollten, einfach einmal annehme, dass sie in der Lage war, auch vor Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes festzustellen, dass in der Fachklinik Schleswig aus den unterschiedlichsten Gründen nicht alles so lief, wie es im Interesse der pflegebedürftigen Menschen und der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ratsam gewesen wäre, nicht tätig geworden? Denn Heimaufsicht, Frau Ministerin, bedeutet nicht irgendeine rigide erscheinende Strafinstanz, sondern hat auch Beratungsfunktion. Sie soll auch helfen, dass es dort gut und richtig läuft.

(Beifall bei CDU und FDP)

In der ganzen Zeit, in der Sie schon Verantwortung trugen - also schon vor Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes -, hätten Sie im Zusammenwirken mit

(Helga Kleiner)

der Klinikleitung und mit den dort Tätigen schon vieles verbessern können. Das ist offenbar nicht geschehen.

Geradezu fassungslos habe ich Ihren Satz gelesen: „Wir haben aber die Klinik immer eng begleitet, so dass wir glaubten, wir wären besser informiert als andere Heimaufsichten.“

Lassen Sie diesen Satz einmal ganz ruhig auf sich wirken. Dann werden Sie ebenso fassungslos sein wie ich.

Als mein Kollege Kalinka und ich in unserer Presseerklärung angeregt haben, die Ministerin solle darüber nachdenken, ob sie nicht die Leitung ihres Hauses zum Wohl der pflegebedürftigen Menschen in andere Hände legen solle, habe ich gelesen, dass sie als Reaktion nur milde darüber lächeln können.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Ich will dazu abschließend erklären: Wer sich so anmaßend verhält, ist immer in der Gefahr zu stolpern, denn: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen zwar vor, aber nach der Geschäftsordnung beende ich Teil 1 der Aktuellen Stunde.

Bevor ich Teil 2 aufrufe, eine geschäftsleitende Bemerkung: Im Einvernehmen der Fraktionen sind die Tagesordnungspunkte 7 und 33 getauscht worden, so dass die Brennstoffzellentechnologie heute Nachmittag aufgerufen wird.

Wir befinden uns weiterhin in der Aktuellen Stunde.

**b) Erklärungen der Ministerpräsidentin bei ihrer Jahrespressekonferenz am 11. Januar 2002**

Antrag der Fraktion der CDU

Ich erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, Sie haben in Ihrer Pressekonferenz zum Jahresauftakt nicht etwa eine ehrliche Bilanz Ihrer Regierungspolitik gezogen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Haben Sie das erwartet?)

Frau Simonis hat auch in keiner Weise etwa Problemlösungen vorgelegt, sondern Ankündigungen gemacht, den Mund voll genommen. Sie muss aufpassen, dass es ihr nicht wie Präsident Busch geht, der sich an einer

Brezel verschluckt hat, vom Sofa gefallen ist und dabei erhebliche Schrammen abbekommen hat.

(Beifall bei CDU und FDP - Holger Astrup [SPD]: Glauben Sie das nicht?)

Frau Simonis, Sie haben in Ihrer Presseerklärung der staunenden Öffentlichkeit mitgeteilt: Der Beitrag, den die Landesregierung - Sie meinen, für den Konjunkturaufschwung - im neuen Jahr leisten könne, sei eine an mehr Arbeitsplätzen orientierte Wirtschaftspolitik. Deshalb gelte es, zügig und zielstrebig daran zu arbeiten, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen weiter zu verbessern.

Ich frage Sie, Frau Simonis: Was haben Sie eigentlich in den letzten 13 Jahren getan? Wo haben Sie denn die **Rahmenbedingungen** verbessert? Was heißt hier überhaupt „weiter verbessern“? Nennen Sie es eine Verbesserung, wenn Sie den Mittelstand mit einer Oberflächenwasserentnahmeabgabe, mit dem Landesnaturschutzgesetz, mit der massenhaften Ausweisung von Wasserschutzgebieten, mit einer immer niedriger werdenden Investitionsquote, mit dem schlechtesten Wachstum aller Flächenländer in Deutschland oder gar mit der Kürzung von Straßenbaumitteln belasten?

Sie lesen offenbar überhaupt keine Zeitung mehr. Wenn Sie heute beispielsweise in die „KN“ oder in die „Lübecker Nachrichten“ geschaut hätten, hätten Sie lesen können, wo beispielsweise die **Bauwirtschaft** der Schuh drückt. Vom Baugewerbeverband wird gesagt, dass es zwischen Nord- und Ostsee nicht an irgendwelchen ominösen Rezepten, sondern schlichtweg an Aufträgen mangelt und zwar insbesondere an Aufträgen der öffentlichen Hand. Da gibt es nicht nur das Beispiel A 20, sondern weitere.

Nennen Sie es eigentlich eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, wenn Sie - so der Haushalt - die Förderung für die Organisationen der Wirtschaft zurückfahren, wenn Sie bei den 8 Millionen für Deckenerneuerungen der Landstraßen, die wir noch hatten, kürzen, oder wenn Sie die Mittel für den Straßen- oder Radwegebau gar von 22 auf 14 Millionen € vermindern?

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Dort hätten Sie eingreifen müssen; kommen Sie nicht mit billigen Ankündigungen, die überhaupt nicht weiterhelfen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich weise daraufhin, dass sich der Mieterbund ebenfalls am 17. Januar gemeldet und gesagt hat, dass die Mittel, die Sie zuweisen, fehlgeleitet seien. Nun kann man darüber streiten, ob das, was er vorschlägt, richtig

**(Martin Kayenburg)**

ist. Fakt ist aber, dass hier eine Kürzung vorliegt, die die Bauwirtschaft belastet, die die Wirtschaft dieses Landes belastet.

Wenn unser Wirtschaftsminister am 16. Januar laut tönt, „1.350 neue Arbeitsplätze durch betriebliche Technologieförderung“ und „Rang 3 bei den Unternehmungsgründungen“, frage ich, wo denn die Arbeitsplätze sind, die durchschnittlich durch diese neu gegründeten Unternehmen hätten kommen sollen?

(Beifall bei der CDU)

Die Zahlen sagen doch etwas anderes aus, Herr Minister. Wir hatten im Dezember eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Es gab bei denjenigen, die sich erwerbslos melden, keine Abnahme, sondern ebenfalls eine Zunahme. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit gab es insbesondere in den Wirtschaftsbereichen, die von Ihnen so hoch gelobt werden. Das war ein Wegbrechen von Arbeitsplätzen. Das gilt gleichermaßen für Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik - immerhin 700 weniger -, wie auch für die Datenverarbeitung und das Baugewerbe.

Wenn Sie schon der Opposition nicht glauben, Herr Minister, dann hätte Ihnen, nachdem wir Ihnen das schon in der Haushaltsdebatte vorgeworfen und Frau Simonis aufgefordert haben, etwas zu tun, doch mindestens die Pressemeldung der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern zu denken geben müssen, die deutlich macht, dass auch die Wirtschaft ihre Investitionsquoten zurückfährt, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Immerhin wollen über 35 % der Unternehmen Arbeitsplätze abbauen und Beschäftigte entlassen. Das ist Ihre Wirtschaftspolitik.

Frau Simonis, da helfen Ihnen keine Ankündigungen. Da helfen nur Maßnahmen. Aber keine der Maßnahmen, die Sie beabsichtigen, haben Sie bis heute der Opposition und schon gar nicht der Öffentlichkeit kundgetan.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern Sie auf zu handeln und wir werden sicherlich Gelegenheit haben, gleich noch Ausführungen zum Thema Arbeitsmarkt zu machen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schröder.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat eine Aktuelle Stunde

zur Jahrespressekonferenz der Ministerpräsidentin beantragt. Rätselraten im hohen Haus! Geheimnisvolles Schweigen der CDU! Will der Antragsteller die vielfältigen Themen der Jahrespressekonferenz in Gänze ansprechen, angreifen oder - das wäre völlig neu - sogar unterstützen?

Da die Zeit für alle Themen nicht ausreicht, stellte sich die Frage, welche Bereiche angesprochen werden. Bildung, Arbeitsplatzsituation, sozialer Bereich, Förderprogramme, Investitionen, die Bandbreite der Wirtschaftspolitik?

Meine Damen und Herren, was erleben wir? Wieder ist jede Überraschung ausgeblieben. Nichts Aktuelles in der Aktuellen Stunde!

(Beifall bei der SPD)

Immer die alte, wohl bekannte und vor allen Dingen einfalllose Litanei!

Wer sich die Protokolle der Landtagssitzungen der Vergangenheit anschaut, wird in Ihren Beiträgen zu Regierungserklärungen, zum Haushalt, zum Wirtschaftsbericht, zu Förderprogrammen, zu Handwerk, zu Mittelstand und zu allen anderen Themen immer das gleiche Ritual, die gleichen Redetextbausteine finden, wie sie immer verwendet werden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Was die aktuellen Wirtschaftsdaten betrifft, so steht außer Frage, dass sie nicht gut sind. Sie beinhalten durchaus auch alarmierende Signale. Wer wollte das bestreiten!

Es steht auch außer Frage, dass uns die Arbeitslosenzahlen

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- nun halten Sie doch mal den Mund, Herr Kayenburg! - alle aufrütteln müssen. Alles Machbare und Vertretbare muss unternommen werden.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich bitte, die Debatte aufmerksam zu verfolgen.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Alles muss unternommen werden, um die Erwerbslosen in Lohn und Brot zu bringen, auch gerade vor dem Hintergrund der sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit.

Wenn Sie sich hier hinstellen und das Vergabegesetz als Beispiel anführen, dann ist das ein bodenloses

**(Bernd Schröder)**

Vorkommnis. Sie fordern, dass hier Maßnahmen ergriffen werden. Aber was machen Sie in Berlin? Da stellen sich Ihre Leute hin und sagen: Wenn das kommt, dann werden wir es verhindern und bekämpfen, weil es für die Arbeitnehmer im Osten eine Verschlechterung bedeutet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie dürfen nicht alles durcheinander bringen!)

Es ist doch unmöglich, sich so zu verhalten.

Es stellt sich ganz entschieden die Frage, wo die Ursachen der weltweiten konjunkturellen Schwäche liegen, die zu dieser Entwicklung geführt haben. Die liegen doch ganz sicher nicht ausschließlich in Kiel. Sie liegen vor allem darin, dass die Konjunkturlokomotive der Weltwirtschaft, die USA, ins Stocken geraten ist. Dazu hat die schreckliche Katastrophe vom 11. September ein Übriges getan. Sie alle wissen so gut wie ich, dass infolge dieses Anschlags ganze Branchen stagnierten und manche dramatisch auf Talfahrt gingen.

Die Wirtschaftsexperten sind sich aber auch in einem anderen Punkt einig. In diesem Jahr werden die Auftriebskräfte wieder die Oberhand gewinnen. Die Fachleute in den Forschungsinstituten, in den Arbeitgeberverbänden und in den Gewerkschaften sind sich hierüber einig, allerdings nicht darin, zu welchem Zeitpunkt in diesem Jahr die Wende kommt.

Einig sind sich die Wirtschaftsexperten auch über den Unsinn, konjunkturelle Strohfeuer zu entfachen. Sie wären im Übrigen auch gar nicht zu finanzieren. Sie brächten letztlich gar nichts.

Der richtige Kurs heißt: Konsolidierung der Haushalte und eine Steuerpolitik, die die Familien und Unternehmen entlastet, also eine Steuerpolitik, wie sie in Berlin betrieben wird.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, Zwischenrufe sind gestattet. Aber bei einem so vielstimmigen Chor kann sie niemand mehr verstehen.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Es steht außer Frage, dass wir alle in Schleswig-Holstein mit großer Verantwortung dafür stehen müssen, die wirtschaftlichen **Rahmenbedingungen** so zu gestalten, dass ein gesundes Wirtschaftsklima möglich ist. Es müssen diejenigen wirtschaftlichen Strukturen entstehen, die Arbeitsplätze sichern und wo neue Arbeitsplätze entstehen können. Genau dies ist in der Vergangenheit durch eine Vielzahl erfolgreicher Maß-

nahmen dieser Regierung in Schleswig-Holstein umgesetzt worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Welche denn?)

- Sie kennen die zahlreichen Projekte ganz genau. Sie sollten die Erklärung der Ministerpräsidentin auf der Jahrespressekonferenz lesen. Sie müssen die vielen Erklärungen des Wirtschaftsministers und unter anderem den Bericht lesen, der im Dezember behandelt worden ist. Außerdem sollten Sie sich die letzten Pressemitteilungen vergegenwärtigen. Dabei würden Ihnen einige Beispiele aktuell werden.

Ich spreche noch zwei Punkte an. Erstens. Schleswig-Holstein zählt unter allen Bundesländern nach wie vor zur Spitze, wenn es um **Betriebsgründungen** geht. Übrigens steht Schleswig-Holstein dabei vor Bayern, dessen Ministerpräsident ja gern Wirtschaftskompetenz für sich reklamiert.

Zweitens. Schleswig-Holstein ist auch Spitze, was die Förderung von **Technologie- und Gründerzentren** angeht, wodurch innovative und zukunftsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze entstehen. Anders ausgedrückt: Wo es um die modernen Technologien und innovativen Unternehmen geht, wo es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes geht, ist Schleswig-Holstein vorn mit dabei.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein, wir sind die Letzten unter den Bundesländern!)

Wir werden die Ministerpräsidentin und diese Regierung auf ihrem erfolgreichen Weg, Schleswig-Holstein - -

(Lachen bei der CDU und der FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die können Sie zu Grabe tragen!)

- Sie können diesen Wirtschaftsstandort nach wie vor schlechtreden. Aber das, was Sie machen, halte ich für ausgesprochen übel.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gesagt, dass die weltwirtschaftliche Lage zu der Entwicklung beigetragen hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Unsinn! Die Ursachen liegen auch an anderer Stelle!)

Ich komme jetzt zum Schluss. Wir werden die Regierung und die Ministerpräsidentin auf ihrem erfolgreichen Weg, Schleswig-Holstein für die Zukunft fit zu machen, intensiv unterstützen.

(Bernd Schröder)

Herr Kubicki, ich habe Sie bewusst nicht erwähnt. Ich habe ausschließlich die CDU angesprochen.

(Lachen bei der FDP und der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Angst hat er auch noch!)

Herr Kubicki, ich wollte Sie in Ihren sozial-liberalen Bemühungen nicht stören.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal kann ich die Verwirrung der SPD-Fraktion und des Kollegen Schröder teilen, was die Anberaumung der Aktuellen Stunde angeht. Wir haben zunächst versucht, zu recherchieren. Die Ministerpräsidentin muss dankbar dafür sein, dass die Aktuelle Stunde beantragt worden ist. Sonst wäre an ihr das vorbeigegangen, was hier gesagt worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Was die Ministerpräsidentin während der Regierungspressekonferenz gesagt hat, waren nur allgemeine Erklärungen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war nichts! Das ist das Problem!)

- Sie wissen, Herr Kollege Kayenburg, die Ministerpräsidentin redet unheimlich viel, wenn der Tag lang ist. Wir haben uns zunächst gefragt, ob sie vielleicht „by the way“ wie bei Beckmann wieder Einblick in das Familienleben und die Prägung ihres Gatten gegeben hat. Das hat mich veranlasst, meiner inneren Überzeugung Ausdruck zu verleihen, Herr Kollege Schröder, dass alles, was die Männer falsch machen, darin seine Erklärung finden kann, dass sie von ihren Müttern schlecht erzogen worden sind.

(Heiterkeit)

Aber ich will jetzt gern auch einmal zu ein paar Inhalten kommen. In der Jahresauftaktspressekonferenz sind einige Sachen gesagt worden, die ihresgleichen suchen.

Das einzige Neue - Herr Kollege Kayenburg, wir könnten eigentlich jedes Mal eine Aktuelle Stunde machen -, was uns bei dieser Pressekonferenz geliefert worden ist, ist von Ihnen leider nicht angesprochen worden: die beabsichtigte Einführung von Studiengebühren! Es handelt sich um einen Vorschlag, der von den Sozialdemokraten dieses Hauses und den Grünen noch drei Wochen vorher vehement bekämpft und

abgelehnt worden ist. Aber dann wurde er wie Phönix aus der Asche aus dem Hut gezaubert und es wurde gesagt, man wolle jetzt Studienkonten einführen, die mit **Studiengebühren** nichts zu tun hätten. Die Verbalakrobatik, mit der Sozialdemokraten und Grüne jetzt versuchen, zu erklären, warum Studiengebühren keine Studiengebühren seien, wenn eine bestimmte Zeit abgelaufen sei, beleidigt nicht nur jede intellektuelle Kapazität dieses Hauses - vielleicht auch der Sozialdemokraten selbst -, sondern beleidigt vor allen Dingen die Studierenden, die natürlich begreifen, wo der Hammer hängt. Denn das Studienkonto ist nach einiger Zeit aufgezehrt. Das wird nach Ablauf einer bestimmten Zahl von Semestern der Fall sein. Und dann will man Gebühren erheben. Das unterscheidet sich von dem FDP-Modell außer in der Semantik überhaupt nicht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Aber nun zu den wirtschaftlichen Daten! Es ist schon richtig ergreifend festzustellen, dass eine sozialdemokratische Ministerpräsidentin glaubt, der erstaunten Öffentlichkeit erklären zu müssen - ich zitiere! -:

„Die Arbeitslosigkeit ist und bleibt das größte Problem in unserem Land. 4 Millionen Arbeitslose und 120.000 im Land können uns nicht kalt lassen.“

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben wahrscheinlich vermutet, dass die Regierung das kalt lässt; denn sonst hätte sie das nicht erklären müssen, dass sie das nicht kalt lässt. Man muss sich das wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen, dass auch gefordert wird:

„Die Aufgabe 2002 besteht darin, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren.“

Herr Kollege Schröder, was debattieren wir hier im Landtag eigentlich seit Jahren? -

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Doch, dass der **Arbeitsmarkt** flexibilisiert werden muss! Das funktioniert aber nicht durch neue bürokratische Hemmnisse.

Ich will nur auf ein Problem hinweisen: Der Wirtschaftsminister, der nicht nur eine gleichfarbige Krawatte wie ich trägt, sondern der von Volkswirtschaft auch ein bisschen Ahnung hat, muss mir einmal erklären, wie man das Problem eigentlich lösen will, dass man jetzt geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, die man zunächst abgeschafft hat, staatlich neu subventionieren und wieder einführen will - ich meine jetzt die 630-DM-Arbeitsverhältnisse -, mit Kombilohnmodel-

(Wolfgang Kubicki)

len arbeitet, das heißt, staatlich subventioniert, deren Preise für die Unternehmen verbilligt und gleichzeitig durch ein Tariftreugesetz verhindern will, dass diese staatlich verbilligten Kräfte eingesetzt werden können, weil sie nämlich sonst in Konkurrenz zu den Unternehmen treten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Den Widerspruch müssen Sie mir einmal erklären.

Das bedeutet - das will ich nur sagen -, die Wirtschaftspolitik, die Arbeitsmarktpolitik dieser rot-grünen Regierung ist nicht mehr konsistent und weil sie nicht mehr konsistent ist, schafft sie mehr Probleme, statt dass sie zur Problembewältigung beiträgt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Herr Kollege Schröder, die Phänomene, die Sie beschreiben, gelten bundesweit und Sie müssen schon erklären, warum die Bayern besser dastehen als wir. Die Probleme, die Sie im Wirtschaftswachstum, in der konjunkturellen Auswirkung weltweit beschreiben, bestehen seit dem 11. September europaweit. Sie müssen schon erklären, warum Deutschland in der Tabelle ganz hinten steht und nicht im vorderen Drittel. Auch Frankreich, Herr Kollege Schröder, ist kein Entwicklungsland, sondern ein Hochindustrieland und liegt trotzdem insgesamt vor uns. Das kann doch nur damit etwas zu tun haben, dass wir in Deutschland unsere Hausaufgaben nicht erledigt haben; denn die Auswirkungen auf die Industrienationen sind gleich.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wenn wir diese Aufgabe nicht schnellstmöglich bewältigen, das heißt, die Komponenten, die zu Wachstum führen, nämlich eine **effiziente Nutzung von Kapital und Arbeit** in Deutschland nicht möglich machen, werden wir erleben, dass wir mit noch größeren Problemen im sozialen Bereich in der Tabelle zurückfallen. Und das trifft, Herr Kollege Schröder, Sie, die Sozialdemokraten, mehr als alle anderen.

Ich will noch einmal sagen: Es hat keinen Sinn zu deklamieren, wie die Situation ist. Es hat auch keinen Sinn, heute für die Landesregierung festzustellen, die Straßeninfrastruktur sei ein Standortfaktor.

Herr Kollege Steenblock, ich will Sie jetzt nicht persönlich ansprechen, sondern ich sage nur: Sie haben - aus Ihrer Sicht konsequent und vehement - gegen **Straßeninfrastrukturvorhaben** in Schleswig-Holstein demonstriert und gekämpft. Das ist legitim. Aber dass eine Regierung, die seit zehn Jahren oder seit acht Jahren in diesem Land nach unserer Auffassung in

diesem Bereich viel zu wenig tut, außer verbalen Erklärungen nichts abgibt, keine Leistungen vorlegt, keine Planungen beim Bund für die Verbesserung der Straßeninfrastruktur anmeldet, mit ihrer Aussage nicht mehr als glaubwürdig wahrgenommen werden kann, müssen Sie uns nachsehen.

Deshalb sage ich Ihnen: Sie werden mit dieser Form der Arroganz, in der Sie die wirtschaftlichen Probleme behandeln, am 22. September dieses Jahres eine dramatische Entwicklung beim Wählerverhalten erleben. Darauf freue ich mich schon.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen! Die CDU verspricht Steuersenkungen und Investitionsprogramme, als würde sich das aufheben. Herr Kayenburg, probieren Sie es doch einmal aus: Senken Sie Ihre Einnahmen und steigern Sie Ihre Ausgaben und gucken Sie dann einmal, was im Portemonnaie übrig bleibt. Sie werden stauen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Darin war doch schon vorher nichts!)

Schön ist allerdings - das muss ich feststellen, wenn ich mir den Zirkus der CDU auf Bundesebene angucke -, dass Herr Stoiber, ausgerechnet Herr Stoiber, jetzt klargestellt hat, dass die Ökosteuern bleibt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das finde ich sehr erfreulich. Das sollte Ihnen vielleicht zu denken geben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Schön ist auch, dass jetzt ausgerechnet Frau Merkel erklärt hat, dass das Vorziehen der Steuerreform, die Sie hier alle vorschlagen, nicht geht, weil wir dann die EU-Kriterien nicht erfüllen. Eine grandiose Erkenntnis!

Noch schöner ist aber, dass nun der niedersächsische Aspirant auf den Ministerpräsidentenposten, Christian Wulff, einer der Newcomer der CDU, erklärt hat, man

**(Karl-Martin Hentschel)**

solle das Verbot der Neuverschuldung ins Grundgesetz aufnehmen - als würde das die Probleme lösen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Damen und Herren, das Chaos in der CDU ist komplett und ich freue mich, dass Sie uns in der Aktuellen Stunde Gelegenheit geben, das auch in Schleswig-Holstein zu diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Martin Kayenburg [CDU]: Kommen Sie doch einmal zu Schleswig-Holstein!)

Zur **Umweltpolitik**, die Sie natürlich wie immer als den Bösewicht Nummer eins ausgemacht haben, ist festzustellen, dass ausgerechnet die Industrie- und Handelskammer zu Kiel im letzten Herbst festgestellt hat, dass die Umweltverwaltung in Schleswig-Holstein die schnellste Genehmigungspraxis in allen Verfahren in der gesamten Europäischen Union hat. Ich gratuliere!

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Weiterhin ist festzustellen, Herr Kayenburg, dass Sie in dem Schreiben auf die Aussagen von Frau Heinold zur OWAG, die Sie eben wieder heftig bekämpft haben, festgestellt haben, dass Sie zurzeit keine Änderungsanträge zu dem Punkt stellen, weil Sie keine Möglichkeiten sehen, die OWAG abzuschaffen, weil Sie das im Landeshaushalt nicht gegenfinanzieren können. Dafür Dankeschön! Das hätten Sie hier dann aber auch darstellen sollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Zusammenfassend muss ich feststellen: Die Aktualität dieser Aktuellen Stunde ist nicht zu überbieten. Ich schlage vor, nächstes Mal sollten Sie das „Stern“-Interview der Ministerpräsidenten wählen. Ich fand es so lustig, dass ich mich mit meiner Frau darüber halb totgelacht habe. Das hätte uns in diesem hohen Haus wirklich etwas mehr Freude bereitet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht verhehlen, dass auch ich, als ich den Antrag zu dieser Aktuellen Stunde sah, doch eher an die Interpretationsaufsätze in meiner Schulzeit dachte; die habe ich damals sehr gehasst. Deshalb war ich dann doch einigermaßen erleichtert, als ich von der CDU-Fraktion erklärt bekam, was das denn alles auf sich habe.

Aber trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn man bedenkt, wie oft in Wirtschaft und Politik darauf hingewiesen wird, dass Psychologie die halbe Miete sei, muss ich sagen, mir ist die optimistische Pressemitteilung der Ministerpräsidentin zum Jahresauftakt doch viel lieber - entschuldigen Sie, Herr Kollege Kayenburg! - als Ihre miesmacherische Reaktion auf diese Jahrespressekonferenz.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit meine ich natürlich nicht, jetzt sei alles Friede, Freude, Eierkuchen, aber ich denke, eine differenzierte Kritik bringt allemal mehr als solch ein Rundumschlag. Von „differenziert“ kann man nun aber bei Ihrer Kritik, lieber Herr Kollege Kayenburg, wirklich nicht reden.

(Beifall beim SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Wenn es keine differenzierten Vorschläge gibt, kann es auch keine differenzierte Kritik geben!)

Schließlich sind wir erst am Anfang dieses Bundestagswahljahres. Wer jetzt von einem Richtungswechsel in der Politik der Landesregierung spricht, der übertreibt aus der Sicht des SSW in hohem Maße; denn gerade in der **Arbeitsmarktpolitik** haben wir in Schleswig-Holstein bewiesen, was wir als Land machen können. Die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung hat funktioniert und sie funktioniert auch jetzt noch.

(Beifall bei SSW und SPD)

Das zeigt aus unserer Sicht das viel zitierte Elmshorner Modell und Sie wissen alle, dass noch weitere gute Beispiele genannt werden können.

Das Problem der Arbeitslosigkeit - natürlich ist das ein Problem - ist ein Bundesproblem; denn die Rahmenbedingungen - auch das muss man klar sagen - werden auf Bundesebene bestimmt. Deshalb kommen wir auch nicht darum herum, den Bundeskanzler daran zu erinnern, dass er sowohl 1998 als auch noch im letzten Jahr eine Senkung der Zahl der **Arbeitslosen** auf 3,5 Millionen Menschen versprochen hat. Er selbst hat ja die Messlatte so hoch gehängt, dass man jetzt

(Anke Spoorendonk)

nur noch darunter durchlaufen kann. Das ist das Problem.

Wir wissen natürlich alle - wenn wir ehrlich sind -, dass die schlechten internationalen Konjunkturen - vor allem die in den USA - eine maßgebliche Rolle spielen, aber wir wissen auch, dass das nicht die alleinige Erklärung sein kann. Wir wissen, dass andere europäische Länder, die unter den gleichen Bedingungen wie die Bundesrepublik wirtschaften, wesentlich bessere Arbeitsmarktzahlen haben. Auch das ist eine Tatsache.

Das heißt, aus der Sicht des SSW müssen wir endlich **grundlegende Reformen** in Angriff nehmen. Dazu gehört nicht zuletzt das Problem der Lohnkosten, und dazu gehört auch die Frage, ob unsere Strukturen nicht dermaßen ausgereizt sind, dass es nichts mehr bringt, an ihnen herumzudoktern. Wir werden das ja heute oder morgen bei dem Tagesordnungspunkt zum Thema 630-DM-Jobs und auch im Zusammenhang mit dem Antrag der Grünen diskutieren. Für den SSW heißt das auf jeden Fall, dass wir eine über Steuern finanzierte Grundrente fordern, dass wir neue Strukturen fordern, dass wir keine Steuerreform mitmachen werden, die das Ziel hat, weitere Steuersenkungen vorzunehmen. Das sind Vorschläge, die aus der populistischen Motenkiste kommen und nichts mit der Wirklichkeit in der Bundesrepublik zu tun haben.

(Beifall beim SSW)

Doch jetzt zurück zur Jahrespressekonferenz der Ministerpräsidentin! Die Punkte, die sie anführt, finden unsere Zustimmung; sie weisen in die richtige Richtung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Einschließlich Studiengebühren?)

Dazu haben wir eine etwas differenziertere Meinung.

(Lachen bei CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hast du aber gerade gesagt!)

Lieber Kollege Kubicki, da hätte ich natürlich schnell ein „aber“ hinzufügen müssen. Damit haben wir natürlich Bauchschmerzen. Wenn es aber darum geht, die Infrastruktur zu verbessern, wenn es darum geht, die Arbeitsmarktpolitik weiterzuentwickeln, dann findet das alles unsere Zustimmung.

Bei allem Tatendrang und bei allem Optimismus hätte ich mir allerdings gewünscht, dass im Rahmen der Pressekonferenz auch ein paar Reflexionen da gewesen wären. Ich denke dabei an den Landeshaushalt im letzten Jahr und ich denke daran, dass wir immer wieder gesagt haben, dass Sparen für uns kein Ersatz für Politik ist. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir im letzten Sommer zeitweise den Eindruck hatten, dass in der Landesregierung das sparpo-

litische Chaos ausgebrochen war und dass es vor allem um **Sparen** und nicht so sehr um Gestalten ging. Würden wir im kommenden Sommer die gleichen Erfahrungen machen, wäre das fatal und dann würden wir mit einer optimistischen Pressemitteilung nicht weiterkommen.

Ich fasse zusammen: Wir wünschen der Landesregierung alles Gute hinsichtlich der Umsetzung der vorgeschlagenen Ideen. Wir werden diese Ideen mittragen; ich klammere die **Studiengebühren** einmal aus. Wir werden aber auch fordern, dass Perspektiven eingebracht werden. Wenn der Gürtel weiterhin enger geschnallt werden soll, müssen deutliche Perspektiven für die Menschen in diesem Land gemacht werden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Oppositionsführer, was um Himmels willen hat Sie bewogen, uns Teile Ihrer Haushaltsrede heute noch einmal vorzulesen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aktuell war es nicht, aber vielleicht hatten Sie ja Angst, dass wir die gedruckte Form nicht lesen. Jedenfalls zeugt das, was Sie gesagt haben, nicht davon, dass Sie viel Ahnung davon haben, was in diesem Land vorgeht. Ihre Ausführungen zur **Oberflächenwasserentnahmeabgabe** waren leider falsch. 95 % werden von mittelständischen, kleinen Kernkraftwerken bezahlt, nur 5 % von anderen. Dieses Geld fließt in unser Land zurück. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat auch die CDU nichts dagegen, dass dieses Geld zum Beispiel zum Hochwasserschutz im Neufelder Fleet ausgegeben wird. Wer das Geld nimmt und ausgibt, kann sich nicht beschweren, wenn es bei ihm vorbeikommt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Oppositionsführer, ich gebe Ihnen Recht: Die momentane weltweite konjunkturelle Flaute, die auch unser Land erfasst hat, ist durchaus Besorgnis erregend. Aber das ist nichts Aktuelles und zum Teil von Ihnen mit zu verantworten gewesen.

Ich finde jedenfalls, dass Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Befragung der Unternehmer in

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Schleswig-Holstein, die für die Situation vor allem die Auftragslage aus dem Ausland verantwortlich machen und eine deutliche Kaufzurückhaltung der Konsumenten nennen, nichts ist, was man einfach vom Tisch wischen kann. Man muss sich damit auseinander setzen. Die Konjunkturprogramme, wie sie von Ihrem Kandidaten Herrn Stoiber im Moment vorgeschlagen werden, werden die Deutsche Bank in Frankfurt, wenn wir in Schleswig-Holstein kraftvoll in **Fahrradwege** investieren, auf den Tischen tanzen lassen.

Im Übrigen, die Verkehrsinvestitionen in unserem Land steigen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo denn?)

Dass der Mittelstand 20 Millionen € zusätzlich über das Beteiligungskapital erhält, haben Sie auch noch nicht zur Kenntnis genommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Presse stammt von heute!)

Ich glaube, so schlecht ist unsere Wirtschaftspolitik nicht, denn immer mehr Menschen in unserem Land machen sich selbstständig. Das haben Sie zwar schön durch den Kakao gezogen, es ist trotzdem eine Leistung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem im Bundesdurchschnitt die Zahl der **Unternehmensgründungen** um 2,2 % zurückgegangen ist, ist sie bei uns um 0,5 % gestiegen. Wir stehen damit an dritter Stelle nach Hamburg und Hessen vor den Ländern Bayern und Baden-Württemberg, die normalerweise Ihre kleinen Paraderpferde sind, die Sie uns immer vorführen. Ich finde übrigens, dass es für Existenzgründer schwer genug ist, sich gerade in der jetzigen Zeit selbstständig zu machen. Da haben die es nicht verdient, statt Zuspruch, Hilfe und Zuwendung von Ihnen Angst gemacht zu bekommen, dass es eine falsche Entscheidung wäre, in unserem Land zu investieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Oppositionsführer, ganz nebenbei: Die **Steuerreform 2000** - von Ihnen nun wirklich nicht auf den Weg gebracht - ist das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik: 45 Milliarden € jedes Jahr, 11,8 Milliarden € für den Mittelstand, 3,5 Milliarden € für Großunternehmen. Wir tun also etwas für den Mittelstand. Manchmal ist ein Blick auf die Faktenlage ganz hilfreich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die privaten Haushalte werden ebenfalls entlastet.

Nun kommt Herr Stoiber und möchte auf den Investitionspakt für den Aufbau Ost und den Solidarpakt II bis 2019 ein riesiges Investitionsprogramm draufsatteln. Wer war denn derjenige, der das ganze Ding in die Luft sprengen wollte? Wer hat denn die fünf neuen Länder so durcheinander gebracht mit der Bemerkung, man bekomme den Rachen nicht voll? - Das war Herr Stoiber. - Wer wollte denn den Krankenkassenlastenausgleich nicht bezahlen und hätte damit die ostdeutschen Krankenkassen in den Ruin getrieben? - Das war Herr Stoiber.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Klage hat Eichel mit unterschrieben!)

Ich glaube, je mehr wir uns damit beschäftigen, umso mehr kommen wir zu dem Ergebnis: Es stehen uns spannende Zeiten bevor.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Den Eindruck habe ich auch! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Vor allem Ihnen, Frau Ministerpräsidentin!)

Herr Kubicki, soweit wir in Schleswig-Holstein selbstständig handeln konnten, haben wir die **Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt** vorgenommen. Ich darf an das Beispiel Motorola und andere erinnern, wo wir den Arbeitszeitwünschen der Unternehmen entgegengekommen sind, um die Marktsituation bewältigen zu können. Ich darf darauf hinweisen, dass wir durch betriebliche Technologieförderung rund 1.350 neue Arbeitsplätze im Jahre 2001 geschaffen haben, dass wir unser Regionalprogramm Wirtschaft und Wachstum angestoßen haben und dass wir 17 öffentlich geförderte Technologie- und Gründerzentren in unserem Land haben, die als ausgesprochen gut bezeichnet werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Und wie kommt es, dass wir an letzter Stelle stehen?)

Nun zur Rahmenpolitik à la CDU: Das ist ein konsequenter Zickzackweg, bei dem die handelnden Akteure reihenweise aus der Kurve fliegen, wieder reinkommen, wieder rausfliegen und sich gegenseitig im Wege stehen: Abschaffung der **Ökosteuern** - einmal nachgerechnet, Mist, geht nicht. Also zurückgerudert. Wer dem Autofahrer zu populistisch nachläuft, darf sich nicht wundern.

Die zweite Stufe der **Steuerreform** ins Jahr 2003

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

vorziehen - geht nicht, kann man nicht bezahlen, zurückrudern lassen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja, weil Sie den Haushalt an die Wand gefahren haben!)

dementieren lassen, nicht einmal selber vor die Kameras treten. Ein Chaos der allerschönsten Sorte! Wenn Sie in dem Tempo weitermachen und jede Woche ein Wahlversprechen zurückziehen, reicht ein leeres weißes Blatt bis zum 22. September, um sich Ihre Wahlversprechungen merken zu können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann wollen Sie die Schulden erhöhen. Das kommt mir so bekannt vor. Wieso haben wir so viel **Schulden**? - Weil die von Ihnen damals gestellte Regierung und der dazugehörige Finanzminister munter auf Kosten der Zukunft gelebt haben, und das hat sich Frau Merkel gemerkt. Einzige Antwort für die Zukunft: Noch mehr Schulden! Kinder, zieht euch warm an, ihr dürft sie zurückbezahlen!

Sie bestehen wirklich aus Scheinriesen, die keine Ahnung von dem haben, was die Wirtschaft braucht, nämlich Ruhe,

(Lachen bei CDU und FDP)

festen Rahmendaten und eine vernünftige Politik, jedenfalls keine Schuldenmacher

(Martin Kayenburg [CDU]: Vor allem eine ruhige Hand!)

und keine Leute, die à la Michael Glos sagen: Es gibt Fragen, auf die man nicht mit Ja und nicht mit Nein antworten kann. Ja wie denn nun bitte? Irgendetwas werden die Herren und Damen aus der CDU schon sagen müssen; mit solchen Antworten kommt man jedenfalls nicht weiter.

Dann wollen Sie die **Windenergie** abschaffen und die **Kernenergie** wieder forcieren. Das bedeutet, dass eine herausragende Jobmaschine in Schleswig-Holstein zum Stillstand gebracht würde. Wissend und willentlich werden dort Chancen begraben, weil Sie es nicht wollen. Aber auch da rudert Herr Stoiber schon wieder zurück. Ich warte übrigens auf den Antrag, dass die in Bayern ein Zwischenlager einrichten. Wer zur Kernenergie A sagt, muss auch B sagen zu Lagerstätten und darf das nicht nur von anderen machen lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ganz nebenbei und zum Schluss, auch wenn Sie darüber jedes Mal lachen: Die **Struktur der Arbeitslo-**

**sigkeit** hat sich verändert, es sind neue Arbeitsplätze entstanden, es sind auch welche verschwunden. Das ist traurig. Aber es stimmt nicht, dass wir gar nichts geschafft hätten, sondern die strukturellen Probleme, denen wir im Moment gegenüberstehen, bedeuten, dass wir mit den alten Antworten nicht weiterkommen. Das JOB-AQTIV-Gesetz, von dem ich immer behauptet habe, dass es schade ist, dass es so still und heimlich in Kraft getreten ist,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ist ein Instrument, mit dem wir auf dem Arbeitsmarkt direkt und gezielt helfen können. Dazu gehört die Jobrotation.

(Zuruf von der CDU)

- Sie haben das doch alles nicht gewagt. Sie sind doch vor dem Arbeitsmarkt in die Knie gegangen, als Sie die Zahlen gehört haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie viele haben in Schleswig-Holstein schon teilgenommen? Das funktioniert bei Ihnen doch alles nicht!)

Es gibt nicht einen einzigen vernünftigen Vorschlag aus Ihrer Regierungszeit.

Die Einführung des Kombilohns - auch das war bei Ihnen Fehlangelegenheit. Beim Elmshorner Modell haben Sie sich hier schlapp gelacht, und jetzt wollen Sie die Zahlen nicht zur Kenntnis nehmen. Sie haben jedenfalls in 16 Regierungsjahren die höchste Staatsverschuldung, die höchste Arbeitslosenzahl und die höchste Staatsquote hinterlassen. Wer das alles zu verantworten hat, braucht sich über unsere Politik nicht lustig zu machen, schon gar nicht, wenn er keine Ahnung davon hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben noch einen oben draufgesetzt!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Eichelberg.

**Uwe Eichelberg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die Ankündigung der Ministerpräsidentin zur Neujahrspressekonferenz gelesen hat, der muss eigentlich den Eindruck haben, dass eine neue Regierung antritt. Mehr als: „Wir müssen, wir wollen, wir werden“, war nicht zu lesen. Dabei vergisst man, dass diese Regierung seit 13 Jahren die volle Verantwor-

(Uwe Eichelberg)

tung trägt, also verantwortlich für diese Zahlen und für die Schlusslichtposition ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist schon auf den darin enthaltenen Satz hingewiesen worden: „Die Arbeitslosigkeit ist und bleibt das größte Problem in diesem Lande.“ - Das ist das Ergebnis von 13 Jahren verfehlter Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Mein lieber Bernd Schröder, wenn du darauf hinweist, dass es immer die gleichen Redewendungen sind, dann muss ich dir sagen: Das ist wie zu Hause. Die Erziehung wirkt nur kontinuierlich. Wenn nichts klappt, dann muss man das immer wieder deutlich machen; sonst ändert sich nichts.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lieber Bernd, wenn du wieder nur auf den nächsten Herbst schielst - das hat auch Herr Minister Rohwer seit mehreren Jahren getan -, dann muss ich sagen: Irgendwann muss man einmal Bilanz ziehen und sagen: Das haben wir getan. Das kommt dabei heraus und das ist dabei eben nicht herausgekommen. Dessen muss man sich klar sein.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Lieber Kollege aus Rendsburg, es ist doch nicht von der Hand zu weisen, dass sich die **Maßnahmen für Arbeitslose** in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren eher am zweiten Arbeitsmarkt als am ersten Arbeitsmarkt orientiert haben. Es ist doch erst umgesteuert worden, als die EU keine entsprechenden Mittel mehr zur Verfügung gestellt hat. Das war kein Umdenken, sondern das war Zwang.

Deutschland ist in der EU und Schleswig-Holstein ist in Deutschland Schlusslicht. Das ist doch die Katastrophe schlechthin. Angesichts dessen können wir bei den Bürgern doch nicht Hoffnungen darauf wecken, dass sich etwas ändern würde. Sie haben dafür gesorgt, dass die **Investitionsquote** im Land so schlecht ist, indem Sie sie jedes Jahr weiter heruntergefahren haben. Da brauchen Sie auch die Handwerker nicht in den Arm zu nehmen. Wenn keine Arbeit da ist, dann können sie nichts tun. Das Land muss vorangehen und darf nicht hinterherlaufen. Die Erlöse aus unseren Verkäufen flossen in den Konsum und nicht in Investitionen. Das ist das, was uns nachhängt. In Bayern und in anderen Ländern hat man das, was man hatte, verkauft, um in die Zukunft zu investieren. Das war vernünftig. Das haben wir hier aber nicht getan.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Lieber Herr Dr. Rohwer, ich lese genüsslich Ihre Aussagen dazu, wie viele **Arbeitsplätze** geschaffen wur-

den und wie viele **Neugründungen** es gegeben hat. Ich bitte Sie, das einmal zu saldieren. Ziehen Sie die Insolvenzen davon ab und ermitteln Sie das, was übrig geblieben ist. Es ist nämlich nichts an neuen Arbeitsplätzen übrig geblieben. Unter dem Strich ist lediglich ein Wachstum im Hamburger Umland festzustellen. Man profitiert von Hamburg und nicht von Schleswig-Holstein. Im Norden unseres Landes, worauf wir unser Augenmerk richten müssen, wandern die junge Bevölkerung und die Experten ab. Das ist die Katastrophe, die man einfach nicht zur Kenntnis nehmen will, und das ist schlimm.

(Beifall bei der CDU)

Schlimm finde ich auch, dass in den Ankündigungen die Chipfabrik erwähnt wird. Das wäre eine tolle Ansiedlung gewesen. Aber Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, meine Damen und Herren, dass sich da angesichts des augenblicklichen Chipmarktes etwas tut. Was die Förderung mit Mitteln, die eigentlich für den Mittelstand vorgesehen waren, angeht, so sehe ich MEMS nicht unbedingt als mittelständischen Betrieb an. Wenn eine Ansiedlung geklappt hätte, wäre es dennoch eine schöne Sache gewesen.

(Holger Astrup [SPD]: Also nicht fördern oder was heißt das?)

- Mit den richtigen Mitteln.

Wachstum bei den Arbeitsplätzen allein in Südholstein, das kann es nicht sein. In den vergangenen Jahren sind **regionalspezifische Schwerpunkte** nicht richtig gesetzt worden und das wirkt sich jetzt bitter aus. Man ist dem, was andere Länder gemacht haben, nur hinterhergelaufen und hat nicht geschaut, wo die Stärken bei uns liegen, um daran die Wirtschaftspolitik zu orientieren. Dadurch wären Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Förderung des **Tourismus** beispielsweise ist völlig heruntergefahren worden. Seit Ende der achtziger Jahre ist dort nichts mehr getan worden. Jetzt fangen wir an, in diesem Bereich neue Ideen zu entwickeln, weil wir hinterherlaufen und selbst Mecklenburg inzwischen an uns vorbeigezogen ist. Wir kommen immer viel zu spät in die Hufe.

Genauso stellt es sich im Bereich **Lebensmittel und Agrarprodukteveredlung** dar. Die Betriebe sind abgewandert. Das waren keine IuK-Technologien. Die Arbeitsplätze in den strukturschwachen Gebieten sind verloren gegangen und wir haben noch keinen Ersatz dafür gefunden. Durch eine neue Mehrzweckhalle und ein Schwimmbad werden doch nicht die Arbeitsplätze ersetzt. Das ist das große Problem. Daher meine ich, es fehlt ein Konzept dafür, wie wir im Lande zukunftsgerichtet vorangehen können. Ein solches Konzept ist in dem Vortrag der Ministerpräsidentin zum

(Uwe Eichelberg)

neuen Jahr überhaupt nicht deutlich geworden. Ohne Konzepte aber kann man die Zukunft nicht gestalten, weil man die Mittel nur streut und sich immer nur opportunistisch verhält. Das ist nicht die Zukunft, die wir brauchen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

In der Aktuellen Stunde bleiben uns noch vier Minuten Redezeit. Als Letztes hat Herr Abgeordneter Benker das Wort.

**Hermann Benker [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg, Sie haben ausgeführt, in der Presseerklärung seien keine Bilanz und keine Problemlösungen vorgelegt worden. Da das so aktuell war, dass Sie für heute eine Aktuelle Stunde zu dem Thema beantragt haben, frage ich Sie: Wo sind denn Ihre Vorschläge und Ihre Problemlösungen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Warten Sie ab, bis wir die Regierung übernommen haben! - Holger Astrup [SPD]: So lange wollen wir nicht mehr warten!)

- Herr Kayenburg, Sie haben - um etwas zur Aktualität zu sagen - am 11. Januar ebenfalls eine Presseerklärung herausgegeben. Auch darin findet sich nichts in der Richtung, dass man sagt: Das sind unsere Vorschläge und wenn Sie so verfahren, dann ändert sich etwas. - Im Gegenteil, Sie haben in dieser Presseerklärung sogar einen Richtungswechsel der Landesregierung anerkannt, wie es Herr Eichelberg eben auch getan hat.

Was mir in dieser Debatte bei Ihnen immer zu kurz kommt, ist der Umstand, dass die Unternehmen in gleicher Weise für die Wirtschaftsentwicklung dieses Landes verantwortlich sind wie die Politik.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die müssen Sie lassen!)

- Ach, Herr Kubicki! - Sie tun so, als hätte die Politik allein das Sagen. Das ist falsch. Ich empfehle Ihnen, einfach einmal den Presseartikel von Professor Siebert vom 18. Januar zur Hand zu nehmen. Dazu gibt es auch ein Papier, nämlich Considerations zu der Frage: How the EU can move to a higher growth path? Es ist interessant, dem zu entnehmen, dass es eben nicht die Politik ist. Als Hauptursachen werden dort nämlich die geringe Spezialisierung auf **Hightechprodukte** und der Umstand genannt, dass deutsche Produkte nicht mehr in vollem Umfang der Nachfrage auf dem Weltmarkt entsprechen. Wir investieren im Wesentlichen in

mittlere Technologien und nicht in Hightechnologien.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben das nur halb gelesen!)

Den Wirtschaftsunternehmen wird darin zum Schluss bescheinigt: Es gibt ein Problem: Wir sind innovationsunfähig. Erst am Ende wird dort ausgeführt, dass die Innovationsunfähigkeit alle Bereiche betrifft. Dazu gehören sowohl die Unternehmen als auch die Tarifpartner sowie der Staat. Das konzedere ich durchaus. Aber es ist nicht allein der Staat und nicht allein die Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Eichelberg, Sie haben gesagt, dass sich nichts geändert hat. Daher muss man die Faktenlage einmal durchgehend betrachten. Es war eine PISA-Aufgabe, eine Kurvendiskussion zu betreiben, die von vielen wahrscheinlich nicht berücksichtigt worden ist. Wenn man den Zeitraum von 1988 bis heute betrachtet, dann hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze von 742.000 auf 826.000 erhöht. Das heißt, es sind 80.000 zusätzliche **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein geschaffen worden, und zwar in einem Zeitraum, in dem das Land den Truppenabbau zu verkraften hatte. Dass wir in all den Jahren durch die Ansiedlung und Neugründung von Firmen in Schleswig-Holstein 2.000 bis 3.000 Arbeitsplätze jährlich geschaffen haben, verschweigen Sie. Noch einmal zurück zu PISA: Wenn Sie die Kurvenentwicklung der Zahl der Arbeitsplätze dort betrachten, dann ergibt sich eine Steigerung um 80.000 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie viel Einwohner mehr haben wir denn?)

Dies hat diese Regierung mit bewirkt. Ich sage nicht, dass sie es allein war. Aber sie hat es durch eine konsequente Wirtschaftspolitik mit bewirkt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich möchte auf der Besuchertribüne neue Besuchergruppen begrüßen, und zwar die Besuchergruppe der Gustav-Johannsen-Skole Flensburg und die Besuchergruppe der Realschule Kronshagen.

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/1129

Bericht und Beschlussempfehlung des Agrarausschusses

Drucksache 15/1491

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/1524

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1526

Zunächst erteile ich dem Berichterstatter des Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Hopp, das Wort.

**Claus Hopp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Agrarausschuss hat über diesen Gesetzentwurf in vier Sitzungen beraten. Bei der abschließenden Beratung am 20. Dezember hat es zwei Anträge gegeben. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mehrheitlich angenommen. Der FDP-Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Im Übrigen verweise ich auf die Vorlage Drucksache 15/1491, die die Frau Präsidentin eben aufgerufen hat.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [FDP])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Kruse hat das Wort.

**Maren Kruse [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon im Vorfeld dieser Plenartagung hat sich abgezeichnet, wie die Diskussion zum Gesetzentwurf der Landesregierung, den wir am 20. Dezember abschließend beraten haben, ablaufen würde. Wir waren schon sehr erstaunt, als wir heute Morgen - ich glaube, es war 10:50 Uhr - endlich einen Antrag der CDU auf den Tisch bekamen. Ganze vier Monate lang hat sich die CDU Zeit gelassen, um endlich selber Stellung zu nehmen. Weder in den vier vorangegangenen Sitzungen, die Herr Hopp gerade erwähnt hat, noch zwischendurch konnten Sie sich dazu entschließen, mündlich oder schriftlich eigene inhaltliche Vorschläge vorzulegen. Keine Perspektiven, keine strategischen

langfristigen Konzepte, nicht ein einziger sinnvoller Vorschlag! Stattdessen lautes Geschrei und Prophezeiungen, die nicht einmal die Kammer nachvollziehen kann. Für mich ist das unverantwortlicher Populismus ohne jegliches Verantwortungsbewusstsein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch in dieser Situation hat die CDU nach dem gern und oft von ihr praktizierten „Webenowinola“-Verfahren verfahren. Ich erkläre das gerne: Weder bereit noch Willens noch in der Lage.

(Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eines steht eindeutig fest: Die CDU-Landtagsfraktion kann sich nicht hinstellen und behaupten, sie hätte das Gesetz verbessert. Allerorten wird den Politikerinnen und Politikern immer wieder der Vorwurf gemacht, der da lautet: Noch immer hat Politik wenig **Mut zu Reformen**. Die grundlegenden Reformen mit dem Ziel größerer Eigenverantwortung sind dringend notwendig. Häufig wird ein größeres Maß an **Eigenverantwortung** jedoch als bedrohlich empfunden und viel zu wenig als Chance begriffen. Die Landwirtschaftskammer hat genau diese Chance aufgegriffen und sich aktiv in den Prozess der Neuorientierung eingebracht und die Zukunftsorientierung konsequent angepackt. Das hat sie bereits frühzeitig mit dem Fachkonzept „Landwirtschaftskammer 2004“ im Juni 2001 bewiesen und sich neu positioniert. Die Kommunikation hat im weiteren Wandlungsprozess - zumindest zwischen Kammer, Ministerium und den Mehrheitsfraktionen - hervorragend funktioniert.

Der Agrarausschuss hat in seiner 32. Sitzung am 22. November des Vorjahres in einer umfassenden Anhörung zum Entwurf des Kammergesetzes alle vorgeschlagenen Verbände zu Wort kommen lassen und sich ein ausführliches Bild von den Stellungnahmen gemacht. Ich frage mich, ob die Opposition an dieser und auch an anderen Stellen vielleicht nicht richtig zugehört hat, denn im Ausschuss hat der Präsident der Landwirtschaftskammer, Herr Fruchtenicht, ausdrücklich betont, dass es letztendlich für die Kammer von zweitrangiger Bedeutung sei, ob es sich um eine institutionelle Förderung oder die Finanzierung von **Zielvereinbarungen** handeln werde. Der auf der Hauptversammlung der Kammer am 5. Dezember vorgelegte Jahresbericht enthält die Bemerkung, dass die Einhaltung des Finanzrahmens von 7 Millionen DM an Landeszuwendungen im Jahre 2004 für die Bewältigung der Umstrukturierung unerlässlich ist.

(Maren Kruse)

Genau diese Maßgabe wollen wir nun mit den Zielvereinbarungen erfüllen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Parlament wird sich sicherlich ausführlich und konstruktiv mit den noch auszuhandelnden Zielvereinbarungen befassen können. Die Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2002 und die mittelfristige Finanzplanung sehen eine Zuweisung bis zum Jahr 2005 vor.

Ein ebenfalls schwieriger Punkt war die Berechnungsgrundlage für die von der Kammer zu erhebenden Beiträge, bei der sich die Belastung der Betriebe bei Umstellung der **Umlageregelung** wesentlich verändert hätte. Da auch auf Bundesebene in absehbarer Zeit eine Änderung der Einheitsbewertung zu erwarten ist, ist die Entscheidung, es bei der jetzigen Bemessungsgrundlage zu belassen, nur pragmatisch. Die Frage der **Friedenswahl** hat im Rahmen der Anhörung einen breiten Raum eingenommen, obwohl die Meinung der SPD-Landtagsfraktion dazu bereits im September sehr deutlich geworden war. Selbstverständlich stehen wir noch heute dazu.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hapach-Kasan [FDP])

Mit der bis zuletzt offenen Frage der **Pensionslasten**, die von der Kammer bisher aus dem Globalbudget finanziert wurden, haben wir uns breit und ausführlich befasst. Wir sind zu der Auffassung gelangt, dass das Land die Pflicht hat, sich an den Pensionslasten zu beteiligen, und zwar mit der Hälfte der Kosten, also zu 50 %. Dies sind nach der Berechnung der Kammer zurzeit rund 3 Millionen DM jährlich. Die Summe ist abhängig von der tatsächlichen Entwicklung der Pensionslasten. Diese 50-prozentige Beteiligung wird die Landwirtschaftskammer also zusätzlich zu den 7 Millionen DM Landeszuweisungen erhalten. Die Verpflichtung zur Zahlung haben wir im Gesetzentwurf ausdrücklich aufgenommen.

Hinzu kommen die Mittel für den sozial verträglichen Personalabbau und für den gleitenden Übergang auf die geringeren Landeszuweisungen sowie die Beträge für die sozioökonomische Beratung. Die Kammer erhält somit in notwendigem und ausreichendem Maße öffentliche Mittel, also Steuergelder. Die Zahlen sind so transparent, dass jeder Bürger und jede Bürgerin sie nachvollziehen kann.

Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium und insbesondere dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Herrn Früchtenicht, der diesen Prozess immer konstruktiv, kritisch und ver-

handlungsbereit begleitet hat und damit Verantwortung und Tatkraft bewiesen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist Selbsthilfe anstelle des alleinigen Rufes nach staatlicher Unterstützung: Die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein hat ihre Chance, **Bindeglied** zwischen öffentlicher Aufgabe und berufsständischer Selbstverwaltung zu sein, verstanden und aktiv mitgestaltend.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen das Wort.

**Peter Jensen-Nissen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Parlament wird heute mit Mehrheit ein neues Landwirtschaftskammergesetz verabschieden, das unvollständig, rechtswidrig und nicht zielführend ist. Für dieses Gesetz wird niemand in der CDU seine Hand heben. Mehrere Monate haben wir über den Regierungsentwurf zur Änderung des Kammergesetzes beraten. Drei voneinander unabhängige juristische Gutachten kommen zu dem Ergebnis, dass der Entwurf in weiten Teilen rechtswidrig und sogar **verfassungswidrig** sein könnte. Dies haben die Mehrheitsfraktionen ganz genauso gesehen und die Notbremse gezogen. So war es!

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Sie haben gemeinsam den Entwurf der Ministerin Franzen zerrissen, über Bord geworfen und durch einen umfassenden Änderungsantrag ersetzt.

Das ist ein Synonym für diese Regierung. Es besteht kein Zweifel: Nie zuvor hat eine Landesregierung in Schleswig-Holstein so einen schlampigen, katastrophalen Gesetzentwurf vorgelegt. Einzig rechtlich haltbar daran sind das Datum und die Überschrift.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Änderungsentwurf der Regierungsfractionen geht in einigen Punkten auf die Vorstellungen der Verbände, die die Kammer tragen, ein. Er unterscheidet sich damit deutlich von dem Entwurf der Ministerin. Es ist interessant: Die Vorstellungen der die Kammer tragenden Verbände waren der Ministerin schon vorher durch die in ihrem Hause durchgeführte Anhörung sowie durch von ihr eingesetzte Lenkungs- und Ar-

(Peter Jensen-Nissen)

beitsgruppen bekannt. Ich sage deutlich: Es ist mir schlicht unverständlich, dass sie darauf überhaupt nicht eingegangen ist und einen durch und durch maroden Entwurf vorgelegt hat.

(Beifall bei der CDU)

Dem Entwurf der Ministerin trauert also niemand nach. Es bleibt jedoch die Gewissheit: Die Ministerin ist in ihrer eigenen Fraktion gescheitert und wurde im Regen stehen gelassen. Dies ist ein weiterer Akt des Trauerspiels dieser Landesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich darf darauf hinweisen, dass die alles entscheidende Frage die künftige **Finanzierung der Kammer** sein wird. Auch der Änderungsantrag der Regierungsfraktion beantwortet diese Frage inhaltlich überhaupt nicht. Der darin enthaltene Verweis auf eine **Zielvereinbarung** ist die Forderung nach einem Blankoscheck für eine im Dunkeln liegende Zukunft. Bisher kennt niemand die Inhalte der Zielvereinbarung. Jedenfalls liegen sie dem Parlament nicht zur Beratung vor. Die künftige Mittelzuweisung für die institutionelle Förderung, also für die Selbstverwaltung, ist für die Kammer - ich sage es deutlich - von existentieller Bedeutung. Daneben sind alle anderen Regelungen des neuen Gesetzes zwar wichtig, jedoch nur nachrangig zu betrachten.

Die bisherigen Versuche der Landesregierung, mit den Hochschulen des Landes Zielvereinbarungen abzuschließen, sind bislang ausnahmslos gescheitert. Das sollte jeder in diesem Haus wissen und Sie auf Ihrer Seite wissen das ganz genau. Das ist eine Tatsache, an der Sie nicht vorbeikommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Daher gibt es für uns genügend Gründe, diesem neuen Anlauf kein Vertrauen zu schenken. Jeder, der sich hier ins Boot setzt, weiß, dass er sich auf ungewisse Fahrt begibt.

Das noch geltende Gesetz - daran sei erinnert - garantiert der Kammer im Rahmen einer Budgetierung die Mittelzuweisung des Landes. Ich darf darauf hinweisen: In keinem einzigen Haushaltsjahr hat das Land das Gesetz eingehalten. Es gibt für uns keine Veranlassung, davon auszugehen, die Zielvereinbarung werde der Kammer mehr Sicherheit geben als das blutleere und zahnlose Budget.

Hier sei noch einmal daran erinnert: Das Gesetz, das Sie, Frau Franzen, 1995 mit verabschiedet haben, sah vor, dass die Kammer in diesem Jahr hätte 11 Millionen € erhalten müssen. Durch Ihre eigene Politik haben Sie ihr aber nur 5,5 Millionen zugestanden. Daran haben Sie mitgewirkt und viele Abgeordnete,

die hier im Hause sitzen und das jetzt nicht mehr wahrhaben wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, das muss man auch begreifen: Die Ministerin erklärte am vergangenen Freitag, Globalbudgets unterlägen risikoreichen Haushaltsrestriktionen. Ich gebe Ihnen Recht, Frau Ministerin, dies ist in der Tat so: Wenn man am Kabinetttisch keine Durchsetzungskraft hat, besteht ein hohes Risiko.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Vereinbarung soll Inhalte, Umfang und Tätigkeiten der Durchführung der Selbstverwaltung regeln. Alle drei vorliegenden juristischen Gutachten kommen zu dem selben Ergebnis. Dies muss man wirklich beachten. Dies ist ein rechtswidriger Eingriff in die **Selbstverwaltung**. Das Planen und Handeln der Selbstverwaltung wird in unzulässiger Weise eingeschränkt. Und, verehrte Frau Kollegin Kruse, dies ist Ihre Definition von Eigenverantwortung, so wie Sie sie zu Anfang sehr deutlich gemacht haben. Darauf lassen wir uns nicht ein.

Der Kollege Steenblock hat mir am Freitag vergangener Woche in einer Presseerklärung den Vorwurf gemacht, Totalopposition zu betreiben. Ja, Herr Kollege Steenblock, wir betreiben an dieser Stelle Totalopposition. Damit das ganz klar ist: Für dieses neue Kammergesetz lässt sich die CDU nicht in die Mitverantwortung nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Als Krönung erklärt die mit ihrem Gesetzentwurf in der eigenen Fraktion gescheiterte Ministerin am vergangenen Freitag, die Unterstützung bei der Anwerbung von EU-Geldern sei ein sichtbares Zeichen für den gemeinsamen Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der Kammer. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: die Unterstützung bei der Anwerbung von EU-Geldern! Die Ministerin verfährt nach dem Fielmann-Prinzip: Mein Papi hat keinen Euro dazu bezahlt, fühlt sich großartig, weil sie bei der Anwerbung von EU-Geldern behilflich ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Ministerin, die ihre Pflichtaufgabe als Beleg für eine konstruktive Zusammenarbeit wertet, ist am Ende. Frau Ministerpräsidentin, sie ist am Ende, und zwar nicht nur finanziell!

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben monatelang über den inzwischen im Reißwolf gelandeten Regierungsentwurf beraten. Für den umfassenden Änderungsentwurf der Regierungsfaktionen hatten wir zwei Tage Zeit. Für dieses Verfahren

**(Peter Jensen-Nissen)**

gibt es eine mathematische Gleichung - das lassen Sie mich auch deutlich sagen -: SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Arroganz der Macht mal zwei. Das ist das übliche Verfahren hier im hohen Hause. Wenn Sie uns Vorwürfe machen, wir hätten zu spät einen Gesetzentwurf vorgelegt, dann lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen. Sie tragen die Regierungsverantwortung, Sie wollten ändern und Sie haben in diesem Verfahren schlichtweg versagt.

(Beifall bei der CDU)

Der Kollege Wodarz - darauf einzugehen sei mir gestattet - beklagt, dass die CDU auf inhaltliche Vorschläge zum Regierungsentwurf verzichtet hat. Welchen Regierungsentwurf meinen Sie denn, Herr Kollege? Meinen Sie den Entwurf, den Sie in den Reißwolf geschickt haben? Oder welchen meinen Sie? Das ist eine interessante Frage. Die dürfen Sie einmal beantworten.

Wir erleben zurzeit den dritten Akt eines Trauerspiels: Einer der leistungsfähigsten Landwirtschaftskammern werden erneut die Flügel gestutzt, wird möglicherweise der Hals umgedreht. Die CDU wird sich daran nicht beteiligen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen liegt der Kollege Steenblock mit seiner Aussage richtig.

Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Wir koppeln die Zuweisung des Landes an die Umlage und geben der Kammer Zeit bis zum Jahre 2008, sich inhaltlich und personell auf die zukünftigen Aufgaben einzurichten. Dies ist eine ehrliche, zukunftsgerichtete Perspektive.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Die Finanzierung der Kammer ist unser Hauptanliegen. Das andere regelt die Kammer in ihrer Selbstverwaltung der berufständischen Vertretung. In diesem Sinne sollten wir unseren Antrag begreifen. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Dann können wir über andere Dinge gemeinsam reden.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

In der Loge begrüße ich jetzt Herrn Präsidenten Hermann Fruchtenicht mit Mitgliedern seines Vorstandes und den Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer.

(Beifall im ganzen Haus)

Jetzt erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen haben in der Beratung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes ihre Regierung im Regen stehen lassen und das ist gut so. Der Gesetzentwurf wurde in wesentlichen Punkten auf den Kopf gestellt. Ich bin mir nicht ganz sicher, Kollege Jensen-Nissen, ob man sagen darf: Der Gesetzentwurf wurde schlampig formuliert. Ich glaube, nein. Es war die Zielrichtung des Gesetzentwurfs, die Kammer zu zerschlagen. Das waren keine schlampigen Formulierungen.

(Beifall bei FDP und CDU - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das verschlimmert es ja noch!)

- Das ist so, und ich finde, man sollte der Sache auch ins Auge sehen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Ja!)

Aber damit ist die Landesregierung zum Glück gescheitert. Ich muss den Koalitionsfraktionen Anerkennung aussprechen, dass sie dieses gesehen und es verhindert haben.

Aber ich will auch meine Position begründen.

Erstens. Die Kammer sollte finanziell ausgehöhlt werden, und zwar über das in den Haushaltsberatungen schon erfolgte Maß hinaus. Bei drastisch zurückgefahrener Förderung durch das Land sollte die Kammer gleichwohl die vollen **Pensionslasten** übernehmen. Dies wäre erkennbar rechtswidrig gewesen. Die Regierung hat damit bewusst eine Klage gegen das Gesetz riskiert. Es wäre im Übrigen nicht das erste Gesetz gewesen, das erfolgreich angefochten worden wäre. Wir wollen an die „Wiesen“-Steuer und an das Abfallabgabengesetz erinnern. Der Wissenschaftliche Dienst des Landtages hat dazu ausgeführt: Das Land Schleswig-Holstein hat fast 50 Jahre der Landwirtschaftskammer 50 % der Pensionen für die Beamtinnen und Beamten aus dem Selbstverwaltungsbereich erstattet. Es hat durch jahrzehntelanges kontinuierliches staatliches Handeln einen Vertrauenstatbestand geschaffen, der für das Land verfassungsrechtliche Bindung erzeugt hat. - Es ließe sich Weiteres dazu zitieren.

Zweitens. Die **Zusammensetzung der Hauptversammlung**, des höchsten Organs der Kammer, sollte empfindlich gestört werden. Diesem Ziel diene die Abschaffung der **Friedenswahl**, der Wahlbezirke und das gewichtete Stimmrecht. Durch den Erhalt der Friedenswahl und der Wahlbezirke wird sichergestellt, dass in der Kammerhauptversammlung alle landwirtschaftlichen Berufsgruppen und Delegierten aus allen

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Kreisen vertreten sind. Gleichzeitig werden pro Jahr etwa 500.000 € gespart. Auch das ist in Ordnung.

Drittens. Falls das nicht reichte, sollte Streit in die Kammer getragen werden. Diesem Ziel diene die Änderung der **Bemessungsgrundlage** der **Umlage**. Wenn die einen deutlich mehr Umlage bezahlen müssen und die anderen deutlich weniger, gibt es Unruhe, gibt es Streit. Nun bleibt es bei der jetzigen Bemessungsgrundlage der Umlage nach dem Einheitswert. Da auf Bundesebene bereits 2004 eine Neuberechnung der Einheitswerte erfolgen wird, ist eine Änderung der Bemessungsgrundlage zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.

Alle drei von mir in unseren Änderungsanträgen beschriebenen Punkte sind von den Koalitionsfraktionen aufgenommen und geändert worden. Dies musste so sein, um eine Demontage der Kammer, wie sie von der Landesregierung geplant wurde, zu verhindern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dass es im Landwirtschaftsministerium Mitarbeiter gibt, die die Kammer als lästige Konkurrenz empfinden, ist bekannt. Dass sich die Ministerin vor deren Karren hat spannen lassen, enttäuscht all die, die ihr Lernbereitschaft und Lernfähigkeit zugetraut haben.

(Beifall bei der FDP)

Das bedeutet gleichzeitig einen enormen **Vertrauensverlust**, von dem ich fürchte, dass Sie, Frau Ministerin, ihn in Ihrer Amtszeit nicht wieder aufarbeiten können.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Aber das Vertrauen der Landwirtschaft ist Ihnen, Frau Ministerin, vermutlich auch nichts wert. So jedenfalls ist Ihr Vorgehen bei der Novellierung des Kammergesetzes bei gleichzeitiger drastischer Kürzung des Titelansatzes zu bewerten. Sie haben Unruhe gestiftet, für die Landesregierung einen drastischen Vertrauensverlust bewirkt und den ehrenamtlich arbeitenden Vorstand der Landwirtschaftskammer aufs Äußerste belastet. Immerhin war Rainer Steenblock so fair, die Arbeit von Kammerpräsident Früchtenicht anzuerkennen.

Ihr Ziel der **Demontage der Kammer** wollen Sie, Frau Ministerin, jetzt anderen in die Schuhe schieben: Bauernverband und CDU. Das ist eine bodenlose Frechheit.

(Beifall bei FDP und CDU)

Frechheit siegt nicht immer, Frau Ministerin.

Auf dem Schleswig-Holstein-Abend in Berlin sprach erstmalig entgegen der Tradition dieses inzwischen vom Bauernverband gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft ausgerichteten Abends nicht die zuständige Ministerin das Grußwort für die Landesregierung, sondern die Ministerpräsidentin.

(Ministerin Ingrid Franzen: Nur um zu loben!

- Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das ist jetzt auch eine Chefsache! Wie bei PISA!)

- Ich glaube, Sie haben es nicht ganz verstanden. Das war ein Misstrauensvotum der Ministerpräsidentin gegen ihre eigene Ministerin. Sie kapierten überhaupt nichts.

(Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD)

- Frau Kollegin Kähler, was interessiert Sie an Landwirtschaft? - Gar nichts! Nur, dass Sie sparen können! Also: Was soll das?

(Beifall bei der FDP)

Heute soll die dritte Änderung des Landwirtschaftskammergesetzes in drei Legislaturperioden erfolgen. Ich möchte herausstellen: Es gibt keinen echten Bedarf für diese Änderung. Das geltende Kammergesetz wäre praktikabel, wenn denn Rot-Grün die darin festgeschriebene Finanzierung auch gewährleisten würde. Nur in einem einzigen Jahr hat sich Rot-Grün an die Finanzierungsvorgabe des eigenen Gesetzes gehalten, in allen anderen Jahren wurde durch das Haushaltsgesetz diese Regelung des Landwirtschaftskammergesetzes außer Kraft gesetzt. Die faktische Bedeutungslosigkeit der Vorgaben des Landwirtschaftskammergesetzes ist beschämend.

Alle Landwirtschaftsminister haben mehrfach erklärt, die Kammer stärken zu wollen. Sie alle haben jedoch im Gegenteil alles getan, um sie zu schwächen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Es besteht eindeutig Widerspruch zwischen den Worten, den Sonntagsreden, und dem praktischen Handeln, ein Widerspruch, der mit den Händen greifbar ist und gleichwohl hartnäckig geleugnet wird.

(Helmut Plüschau [SPD]: Das ist Quatsch!)

- Der Widerspruch ist praktisch zu fühlen. Merken Sie das nicht, Herr Kollege Plüschau?

Die Ursache liegt in der schwachen Position des Landwirtschaftsministeriums der rot-grünen Regierung. Der letzte Haushalt ist ein deutlicher Beleg: 16 % Minderung gegenüber dem Haushaltsansatz für

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

das Jahr 2001! Deutlicher kann eine Regierung nicht belegen, dass ihr die Landwirtschaft keinen Heller wert ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ursache dieser Minderung ist nicht der Zwang zum Sparen, denn im Umweltministerium weiß man zum Beispiel nicht, wohin mit dem Geld; Ursache ist allein der Wille, den ungeliebten landwirtschaftlichen Mittelstand in die Knie zwingen zu wollen.

(Widerspruch bei der SPD)

- Herr Kollege Wodarz, ich könnte das auch belegen, zum Beispiel an der unsinnigen Ausgabe für das Umweltranking. Offensichtlich hat man so viel Geld, dass man sich etwas leisten kann, was ein absoluter Flop ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ein **schwaches Ministerium** duldet keine **starke Kammer** neben sich. Nur aus diesem Grund tut das Landwirtschaftsministerium alles, die Kammer zu schwächen, obwohl es auf die fachlichen Leistungen der Kammer angewiesen ist. Jüngstes Beispiel sind die von der Ministerpräsidentin auf der Grünen Woche in Berlin vorgestellten **Qualitätstore**. Die Qualitätstore bieten bei Lebensmitteln eine erhöhte Sicherheit, das in diesem Haus mehrmals diskutierte Qualitätszeichen der Landwirtschaftskammer hat Premium Qualität. Herr Kollege Hopp, da sind wir uns wohl einig. Zu Deutsch: Genuss pur! Das Konzept für die Qualitätstore wie für das Gütezeichen stammt aus der Landwirtschaftskammer.

(Ministerin Ingrid Franzen: Das ist falsch!)

Es zeugt von einer ziemlichen Chuzpe, wenn sich die Ministerpräsidentin einerseits für die schleswig-holsteinische Erfindung der Qualitätstore feiern lässt, andererseits der Institution, der sie diesen medialen Erfolg zu verdanken hat, jedoch an die Gurgel geht. Genau das passiert zurzeit.

Frau Ministerin, wir waren gemeinsam bei der Anhörung bei der Landwirtschaftskammer und haben uns von der Landwirtschaftskammer die Entwicklung der Qualitätstore als Voraussetzung für das Gütezeichen vorstellen lassen. Ich frage mich: Waren wir wirklich auf der gleichen Veranstaltung?

Die im Ausschuss von den Regierungsfractionen beschlossenen Änderungen gehen alle in die richtige Richtung, aber sie sind nicht ausreichend. Deshalb bringen wir einen Änderungsantrag ein, der die Förderquote der Landwirtschaftskammer besser regelt, die Frauenquote auf ein realistisches Maß zurückführt und das Zählverfahren nach Hare-Niemeyer - entsprechend

den Regelungen im Deutschen Bundestag und in den meisten Landesparlamenten - einführt.

In einem von Männern geprägten Berufsstand die 50-prozentige **Frauenquote** zu fordern, spricht dem gesunden Menschenverstand Hohn. So wird die berechnete Forderung der Frauen nach gesellschaftlicher Gleichstellung lächerlich gemacht. Daher lehnen wir diese Forderung ab.

Kernpunkt ist jedoch die zukünftige **Förderung** der Landwirtschaftskammer. Der Ursprungsentwurf des Kammergesetzes der Landesregierung zielte auf ihre Zerschlagung. Die Regierungsfractionen sind diesem politischen Ziel nicht gefolgt. Das ist anerkennenswert. Doch woher soll die Landwirtschaft mit ihren Institutionen Vertrauen in eine rot-grün geführte Landesregierung bekommen, die in der Vergangenheit fünfmal das eigene Gesetz missachtete?

Was sind gesetzliche Regelungen einer rot-grünen Landesregierung wert?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Nicht viel!)

Der Kollege Jensen-Nissen hat deutlich gemacht: **Zielvereinbarungen** sind bis jetzt immer gescheitert. Wird das bei der Landwirtschaftskammer nicht genauso sein? Wie kann es sein, dass Umweltverbände institutionell gefördert werden, die Kammer mit ihren öffentlichen Aufgaben dagegen nicht?

Wie stark will die Landesregierung in die Kammer hineinregieren? Die jetzigen Regelungen des § 21, Zuweisung von Landesmitteln, lassen das Schlimmste befürchten. Um dies abzuwenden, haben wir unseren Änderungsantrag eingebracht. Ohne eine Änderung von § 21 lehnt die FDP das Gesetz ab.

Eine der Stärken Schleswig-Holsteins ist die Landwirtschaft. Wir können es uns nicht leisten, auf diese Stärke zu verzichten. Allein über die Flächenbeiträge der EU kommen über 300 Millionen € ins Land. Das nutzen Landwirte nicht, um in die Toskana zu fliegen, sondern um in ihre Betriebe zu investieren, wenn denn die Politik günstige oder zumindest faire Rahmenbedingungen schafft. Doch diese Rahmenbedingungen verschlechtert die rot-grüne Landesregierung kontinuierlich. Dieses Land kann sich Rot-Grün nicht leisten. Frau Kollegin Franzen, das muss dringend geändert werden.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Steenblock.

**Rainer Steenblock** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil die Debatte ein bisschen redundant ist und wir in den Ausschüssen schon sehr intensiv diskutiert haben, möchte ich mich auf zwei Kernpunkte in der Diskussion konzentrieren. Zum einen möchte ich ein paar Worte zum Verfahren sagen, zum anderen zum Kernpunkt, die Finanzierung und die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, um der Landwirtschaftskammer die Erledigung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Das sind die beiden zentralen Punkte.

Zunächst einmal zum Verfahren! Herr Jensen-Nissen und Frau Happach-Kasan, es ist schon merkwürdig, welches Verständnis von Parlament, der Interventionsmöglichkeiten und der Qualität der Arbeit von Parlament Sie hier mit Ihrer **Kritik am Verfahren** deutlich machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Was anderes ist die Aufgabe des Parlaments, als einen Gesetzentwurf, den die Regierung vorlegt, inhaltlich zu bewegen, zu diskutieren, Anhörungen zu veranstalten und aus diesen Anhörungen, aus diesen Debatten, die wir sehr ernsthaft geführt haben - das müssen Sie doch konzederen -, als Parlament, als Gesetzgeber Schlüsse zu ziehen und einen vorgelegten Gesetzentwurf zu ändern?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dies zu kritisieren, heißt doch, dass Ihr Verständnis vom Verhältnis zwischen Regierung und Parlament dahin geht, dass die Parlamentsvertreter letztlich nur das abnicken, was von ihren Regierungen kommt. Es mag so sein, das Sie in der CDU so ein Verständnis haben. Rot-Grün hat ein anderes Verständnis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir nehmen unsere Aufgabe als Parlamentarier ernst. Deshalb ist gerade dieser Gesetzentwurf, sind die Debatten, die es darum gegeben hat, ein ausgesprochen positives Zeichen auch für das Ernstnehmen von Gesprächspartnern.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich beim Präsidenten und beim Vorstand der Kammer dafür bedanken, dass es ein inhaltlich, faires, sachliches Verfahren gegeben hat, bei dem versucht worden ist, einen Kompromiss an einer für ein landwirtschaftlich geprägtes Land zentralen Stelle zu finden, mit dem beide Seiten leben können. Natürlich zockt hier keiner. Wir haben Kompromisse gefunden, mit denen man leben kann. Die Kammer hat eine In-

teressenvertretung praktiziert, die nicht auf Konfrontation und politische Demonstration, sondern auf fachlich fundierte Auseinandersetzungen ausgerichtet war. Ich glaube, dafür gebührt der Kammer ein Dankeschön dieses hohen Hauses.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

So weit zum Verfahren.

Der zweite Kernpunkt der Kritik, den ich sehr ernst nehme - das ist das, was übrig bleibt -, ist die Frage der **Finanzierung**. Natürlich kann die Kammer mit den Geldern, die sie selber akquiriert, machen, was sie will. Es ist ja auch vernünftig, dass die **Trennung zwischen Selbstverwaltungs- und Weisungsaufgaben** jetzt sehr viel deutlicher geworden ist und die Finanzierung der unterschiedlichen Teile klar geregelt worden ist. Das liegt auch im Interesse der Steuerzahler und im Interesse von Transparenz. Es ist eben notwendig, dass wir hier zu einer schärferen Trennung kommen. Das wollten auch alle erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Weiter ist es so, dass sich durch diese Trennung eine deutliche Mittelreduktion ergibt. Das war der Kammer selber klar. An dieser Stelle haben wir auch vernünftige Gesprächsergebnisse erreicht. Die Mittelreduktionen sind ja notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, dass auch Sie das so gesehen haben, zeigt, dass Sie zu den Haushaltsberatungen in diesem Jahr keinen einzigen Antrag zur Erhöhung der Mittel für die Landwirtschaftskammer eingebracht haben. Für die Finanzierung haben Sie anscheinend keine konkreten Alternativen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch eine bestimmte Modalität der Überwachung der Gelder notwendig. Frau Happach-Kasan, vor dem Hintergrund, den Sie gerade generell zur institutionellen Förderung und den **Zielvereinbarungen** aufgezeigt haben - das betrifft auch andere Bereiche -, glaube ich, dass die Landesregierung insgesamt darüber nachdenken muss. Das muss man konsequenterweise sagen.

Das Instrument der Zielvereinbarungen ist zugegebenermaßen schwierig. Darüber haben wir schon diskutiert. Ich bin auch der Auffassung, dass uns damit ein schweres Stück Arbeit - genauso wie im Hochschulbereich - bevorsteht. Es ist nicht einfach, Zielvereinbarungen so zu formulieren, dass man sich über die Interessengegensätze, die es zwischen den Verhandlungspartnern zwangsläufig gibt, so verständigen kann, dass alle hinterher glücklich und zufrieden sind.

**(Rainer Steenblock)**

Aber welche Alternativen haben wir denn, um die Gelder der Steuerzahlerinnen und -zahlern tatsächlich transparent zu verwalten? Die institutionellen Zuschüsse sind auf jeden Fall nicht das Instrument, das uns **Transparenz in der Verwaltung von Steuergeldern** garantiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss man sich auf die Mühsal des Prozesses der Zielvereinbarung als eines modernen Steuerungsinstrumentes einlassen. Unsere Erfahrungen sind, dass sich dabei einige zum Teil eine blutige Nase holen werden. Trotzdem glaube ich, dass es dazu keine Alternative gibt.

Deshalb sind alle aufgefordert, die Dinge anzupacken. Zuerst muss das die Regierung machen. Das ist ihre Aufgabe. Aber wir werden die Regierung bei diesem Prozess konstruktiv begleiten. Die Kammer wird sicherlich das Ihre tun. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit schöpfe ich jedenfalls viel Vertrauen, dass es hier zu einem fachlichen Dialog kommt.

Die Kritik hieran verstehe ich nicht. Wenn Sie sagen, man müsse der Kammer das Geld ohne Kontrollmöglichkeiten geben, dann bedeutet das, einen Blankoscheck auszustellen. Das will, glaube ich, keiner in diesem hohen Hause. Deshalb bitte ich, diesen Prozess vertrauensvoll zu begleiten.

Wir haben in der Auseinandersetzung um das Kammergesetz so viele Kompromisse hingebracht, dass am Ende die Finanzierungsfrage als einziger Interessengegensatz übrig geblieben ist. Das haben wir am Anfang dieses Prozesses nicht für möglich gehalten. Wir haben damit einen Prozess hinbekommen, der im Interesse der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins und des ländlichen Raums ausgesprochen positive Erlebnisse gebracht hat. Dabei sehe ich einmal vom Bauernverband ab; intern kann man mit den Kollegen ja auch etwas anders sprechen. Jedenfalls wurde mit dem Prozess keine Spaltung ausgelöst, sondern versucht, unterschiedliche Positionen zu versöhnen.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

- Lieber Claus Ehlers, dafür, dass wir das hinbekommen haben, solltet ihr dankbar sein. Wir haben nicht scharf gemacht, sondern gestaltet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beratungen zum Landwirtschaftskammergesetz waren schwierig, aber eben doch von Erfolg gekrönt. Wir haben heute einen Gesetzentwurf vorliegen, der zur notwendigen Neustrukturierung der Landwirtschaftskammer beiträgt und gleichzeitig die eigenen Interessen der Landwirtschaftskammer berücksichtigt.

Wer die Entwicklung der Diskussion verfolgt hat - vom Ursprungsentwurf über die Anhörungen im Ausschuss bis hin zum gemeinsam von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW im Ausschuss eingebrachten Änderungsantrag -, erkennt, dass der Landtag im gesamten Gesetzgebungsprozess offen für Ergänzungen und gute Argumente war, die sich jetzt auch im endgültigen Gesetzentwurf wiederfinden.

Nun zu den Punkten im Einzelnen.

Da die gesamten Änderungen des Landwirtschaftskammergesetzes darauf beruhen, dass die Kammer mehr **Standesvertretung** als öffentlicher Aufgabenträger wird, ist es nur logisch, dass der **Einfluss des Landwirtschaftsministeriums** in der **Hauptversammlung** der Kammer zurückgefahren wird. Aus zwölf Mitgliedern mit Stimmrecht werden nun nur noch fünf Mitglieder mit beratender Stimme.

Was die berufsmäßige Zusammensetzung der Hauptversammlung angeht, so bleibt alles beim Alten. Damit ist man den Vorschlägen und Wünschen der Landwirtschaftskammer und der Berufsverbände gefolgt.

Gleiches gilt für die **Frauenquote**. In der Diskussion bestand der Wunsch nach einer gesicherten Repräsentanz von Frauen in den Gremien der Landwirtschaftskammer. Die Beratungen und die Anhörungen haben gezeigt, dass dies nicht so einfach möglich ist wie erhofft. Gleichwohl haben wir Regelungen finden können, die zumindest die Möglichkeit eröffnen, die Frauen so umfangreich wie möglich zu beteiligen und ihre Mitsprache auf jeden Fall abzusichern. Ich denke, dies ist ein erheblicher Fortschritt, der manchmal übersehen wird.

(Beifall bei SSW und SPD)

Auch die Rückkehr zu den alten Regelungen, was die **Wahlbezirke** angeht, zeigt, dass die intensiven Beratungen gefruchtet haben. In der Anhörung zum Kammergesetz ist plausibel dargelegt worden, dass die alte Regelung praktikabler ist. Sie sieht auf den ersten Blick aus, als ob sie schwierig umzusetzen wäre. Aber in der Vergangenheit hat man gute Erfahrungen mit dieser Regelung gemacht. Vor allem trug sie dazu bei, die flächendeckende Repräsentanz in der Landwirt-

(Lars Harms)

schaftskammer zu gewährleisten. Gutes soll man nicht verändern. Aus diesem Grund haben wir mit unserem gemeinsamen Antrag im Agrarausschuss die alte Regelung wieder eingeführt.

Gleiches gilt im Übrigen auch für die **Durchführung der Wahl**. In der Landwirtschaft bestand der Wunsch, die bisherige Regelung beizubehalten. Wenn man schon bei der Zusammensetzung der Hauptversammlung und den Wahlbezirken die alte Regelung bestehen lässt, hat es Sinn, die Wahlhandlung ebenfalls in der bisherigen Form durchzuführen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, von Beratungsresistenz kann, zumindest was das Landwirtschaftskammergesetz angeht, nicht die Rede sein.

(Beifall beim SSW)

Kommen wir nun zum heikelsten Thema: zur **Finanzierung** und zu den Aufgaben der Landwirtschaftskammer! Neben den Aufgaben der berufsständischen Vertretung der Landwirtschaft, die selbstverständlich durch den Berufsstand wahrgenommen werden müssen, wird sich die Landwirtschaftskammer auch weiterhin um die Bereiche **Forschung** und **Entwicklung** kümmern. Diese Bereiche werden in Zukunft durch das Land Schleswig-Holstein mit gefördert. Allerdings gibt es keine institutionelle Förderung der Kammer mehr. Dies hat der SSW schon am Anfang der Beratung zur Zukunft der Landwirtschaft und zum Landwirtschaftskammergesetz gefordert.

Die Landwirtschaftskammer hat ausreichende eigene Möglichkeiten, ihre Fixkosten zu tragen.

Darüber hinaus werden die **Weisungsaufgaben**, die vom Land auf die Kammer übertragen werden, nach § 2 Abs. 3 immer noch voll vom Land finanziert. Somit verfügt die Landwirtschaftskammer erst einmal über eine vernünftige Grundausstattung, um ihren Standesaufgaben und den Weisungsaufgaben nachkommen zu können.

In Zukunft werden **Zielvereinbarungen** für weitere Aufgaben zwischen dem Landwirtschaftsministerium und der Landwirtschaftskammer abgeschlossen. Dabei handelt es sich nicht um eine klassische Projektförderung, sondern um eine gemeinsame Festlegung von Zielen, bei denen die Landwirtschaftskammer selbstverständlich einen eigenen Weg beschreiten kann, um die Ziele zu erreichen.

Die Zielvereinbarungen werden über vier bis fünf Jahre laufen. So wird ausgeschlossen, dass kurzfristig und willkürlich die gemeinsame Richtung in der Arbeit geändert werden kann. Für beide Seiten entsteht so Planungssicherheit, sowohl was die Ziele als auch was die finanzielle Seite angeht.

Im Übrigen haben Zielvereinbarungen natürlich auch den Charme, dass man mit Hilfe eines Controlling überprüfen kann, ob die zur Verfügung gestellten Mittel so eingesetzt worden sind, wie es vom Geldgeber gewünscht war. Schließlich sind der Landtag und die Landesregierung dafür verantwortlich, dass die eingesetzten Steuermittel vernünftig eingesetzt werden. Bei solch hohen Summen, wie sie in Rede stehen, sind somit Zielvereinbarungen ein vernünftiger Weg.

Einen weiteren wichtigen Punkt bei der Finanzausstattung der Landwirtschaftskammer stellen die **Pensionslasten** dar. Im Ursprungsentwurf des neuen Landwirtschaftskammergesetzes war eine Beteiligung des Landes an den Pensionslasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammer noch nicht vorgesehen. Auch hier trugen die Beratung und die Anhörung im Ausschuss dazu bei, dass nach einer geeigneten Lösung gesucht wurde.

In dem von SPD, den Grünen und vom SSW im Agrarausschuss eingebrachten Änderungsantrag, der sich im heutigen Beschlussvorschlag wiederfindet, ist auch für die Pensionslasten eine Regelung vorgesehen.

(Zuruf von der CDU)

50 % der jeweiligen Aufwendungen, Herr Kollege, sollen durch das Land getragen werden. Ich glaube, auch hier wird deutlich, dass die Beratungen gefruchtet haben und wir der Landwirtschaftskammer entgegengekommen sind und so eine echte Last von der Kammer genommen haben.

Die künftige Finanzierung der Kammer steht somit nach der Verabschiedung des neuen Landwirtschaftskammergesetzes auf vier Säulen: Zum einen auf den eigenen Einnahmen, zum Zweiten auf der vollen Übernahme der Kosten für Weisungsaufgaben durch das Land, drittens auf der 50-prozentigen Übernahme der Pensionslasten durch das Land und viertens auf Landesmitteln aufgrund von Zielvereinbarungen, die jeweils über eine längere Periode laufen.

Durch das neue Landwirtschaftskammergesetz hat die Kammer weiterhin finanzielle Planungssicherheit und behält gleichzeitig ihre Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Aus diesen Gründen bitten wir um Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf.

(Beifall bei SSW und SPD sowie Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Ministerin Franzen.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein wichtiger Tag für die schleswig-holsteinische Landwirtschaftskammer. Ich denke, man kann es hier auch an der Beteiligung sehen. Mit der zweiten Lesung des Kammergesetzes geht die Reform der Kammer in den parlamentarischen Endspurt. Dabei gibt es fitte und weniger fitte Teilnehmer, langsamere und schnellere. Beim Endspurt gibt es viel Getöse, Beifall, Pfiffe, aber das alles gehört dazu. Das soll uns nicht aus der Ruhe bringen.

Ich will deshalb noch einmal unbeirrt diesen wichtigen Tag nutzen, die Hauptziele der Reform zu benennen. Es ging darum - vielfach von mir und von Ihnen gesagt -, die **mangelnde Ausfinanzierung** des bisherigen Gesetzes zu beenden. An die Stelle eines jährlich durch Kürzungen wechselnden Betrages tritt nach einer Übergangszeit ein auf mehrere Jahre verlässlicher Zuschuss von 7 Millionen DM. - Das hört sich ja immer besser an als 3,585 Millionen €, auch wenn wir jetzt in Euro rechnen; das hilft ja nichts.

Darüber hinaus wollen wir eine **Zielvereinbarung** - ich werde darauf noch zu sprechen kommen - abschließen. Ich sage hier auch schon einmal den Zeitraum: von 2002 bis einschließlich 2005. Das wird auch den Forderungen aller, die mit Modernisierung der Verwaltung und des Staates zu tun haben, entsprechen. Ich bin mir sehr bewusst, dass das eine große Herausforderung für die Landwirtschaftskammer ist; ich bin mir dessen sehr bewusst - auch durch interne Gespräche, durch die Teilnahme an den Hauptversammlungen. Ich sage uns und Ihnen noch einmal ganz deutlich: Diese Reform muten wir uns in der Form in vielen Bereichen selber so nicht zu, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Aber die Kammer hat diese Herausforderung angenommen, sie hat das Fachkonzept „Landwirtschaftskammer 2004“ vorgeschlagen, das heißt, in wesentlichen Punkten durch zwei Hauptversammlungen beschließen lassen; es ist schon in der Umsetzung. Die Kammer hat die LUFÄ/ITL, verbunden mit Personalabbau und auch mit Kündigungen, verkauft.

(Zurufe von der CDU)

Ich sage das, weil es stattfindet, obwohl Sie es nicht in der Presse lesen. Die Kammer befreit sich dadurch von Defiziten. Das ist klug, meine Damen und Herren, und deshalb von dieser Stelle aus auch von mir noch einmal Dank, Respekt und Anerkennung an den Kammerpräsidenten Hermann Fruchtenicht und an alle die ihn

tragenden Verbände und Personen. Und das sind mehr, als Sie uns hier weismachen wollen, meine Damen und Herren von der Opposition!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Dass Reformen besser miteinander als gegeneinander gehen, gehört zu den Grundweisheiten zumindest meiner Fraktion und meiner Farbe und es entspricht auch meiner Grundüberzeugung und auch meinem politischen Stil. Deshalb noch einmal der Hinweis darauf: Wir hatten vor dem eigentlichen Gesetzgebungsverfahren sieben Sitzungen der Arbeitsgruppe unter Rüdiger von Plüskow, meinem ehemaligen Staatssekretär, und fünf Sitzungen der Lenkungsgruppe unter meiner Leitung. Wir haben viele Konsense gefunden, wir haben Dissense offen gelegt und dann sind wir ins Verfahren gegangen.

Ich bedanke mich bei allen beteiligten Gruppen und Menschen, die hieran teilgenommen haben. Das war immer noch einmal Extraarbeit und es war nicht immer Friede, Freude, Eierkuchen. Ich will gar nicht so tun, als wäre das ein Instrument, das alles einfacher machte. Ich bedanke mich aber auch hier ausdrücklich - das tue ich mit großer innerer Überzeugung - bei dem Spiritus Rector des Kammergesetzes, bei dem leider durch Krankheit früh pensionierten und ausgeschiedenen Leiter der Abteilung 3, Herrn Dr. Dieter Rave.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ist keine Beratung gewesen, die mich übertölpelt hat, sondern das war schon sehr wohl eine, die ich auch gern so mit vorgeschlagen habe; denn es ging um mehr als um eine Finanzreform, eine Anpassung. Es ging auch um eine **innere Reform** im Sinne von „mehr Demokratie wagen“ - Teilen dieses hohen Hauses ja als „Spruch von Willy Brandt“ sehr wohl bekannt.

Ich habe selbstverständlich auch - ich leide nicht unter Schwerhörigkeit; ich sehe schlecht, aber hören kann ich wirklich sehr gut - bei den Anhörungen mitbekommen, dass die Begeisterung bei manchen Vorschlägen nicht groß war - ich drücke mich einmal vornehm aus - oder - das habe ich auch schon bei der ersten Lesung zur Friedenswahl gesagt - dass es gar keine Akzeptanz gab. Aber nun besteht doch eine Frau, eine Ministerin - beide zusammen sowieso - nicht nur aus inhaltlichen Überzeugungen, sondern auch aus taktischen. Das heißt, man reicht einen Gesetzentwurf auch deshalb weiter, damit die wesentlichen Punkte heil überstehen. Das ist passiert. Ich

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

glaube, das haben vor mir auch schon andere Ministerinnen und Minister so gemacht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Da habe ich für mich überhaupt kein Problem mit beiden Rollen. Ich sitze hier ja - Herr Jensen-Nissen, ich komme gleich noch einmal zu Ihnen - auch als Parlamentarierin. Ich habe kein Problem, diesem geänderten Gesetzentwurf - Herr Steenblock hat auf die Rechte des Parlaments hingewiesen - zuzustimmen. Ich sage Ihnen noch einmal: Ich habe hier acht Jahre auf der anderen Seite gesessen und ich habe mich bei manchen Änderungsanträgen, die ich formuliert habe - das war meistens Richtung Wohnungsbau -, scheckig geärgert, wenn dann der Minister diese Änderungsvorschläge mit großer Empfindlichkeit zur Kenntnis genommen hat. Ich habe mir geschworen: So werde ich nicht sein; so bin ich nicht. Nun haben Sie mich so.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist auch eine Logik! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Augenblick! Ich möchte sehr darum bitten zu akzeptieren, dass Frau Ministerin Franzen im Moment das Wort hat. - Bitte, Frau Ministerin!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Ich bin mit der ausdrücklichen Zustimmung zu diesen Änderungen, die nichts kosten, wie sich der Herr Präsident bei seiner Wortmeldung im Hauptausschuss des Bauernverbandes im Rahmen der NORLA ausgedrückt hat, im Grunde genommen auch sehr nahe bei dem, was die Akzeptanz der sehr schwierigen Umsetzung des Kammerkonzepthes leichter macht. Und warum sollte ich das nicht unterstützen? Das wäre ja dumm.

Nun spiele ich einmal Opposition für Sie! Was wäre denn passiert, wenn das Gesetz hier ohne Änderung durchgegangen wäre? Dann hätten Sie hier gesessen und gesagt: durchgepeitscht, Arroganz der Macht. Alle diese Dinge haben wir doch tausendmal gehört.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Nun hat sich das Parlament bewegt und mit ihm die Ministerin. Schon ist es schlecht, schon ist es Schwäche und schon glauben Sie, Sie haben da etwas gefunden.

Dann muss ich doch noch einmal zu der von mir zumindest abends immer sehr geschätzten Kollegin Happach-Kasan kommen: In welcher Begründungsnot für die Ablehnung, liebe Frau Happach-Kasan, muss eine Opposition denn sein, müssen Sie denn heute gewesen sein - Ihnen sind fast alle Truppen weggelaufen, weil sie die Vorstandsbeschlüsse, die Beschlüsse der Hauptversammlung kennen; die Truppen stehen ja beim Kammerkonzepth alle nahe beieinander -, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, die Teilnahme - übrigens war Frau Simonis eingeladen; das ist doch wohl klar - und die Rede einer Ministerpräsidentin auf dem Schleswig-Holstein-Abend der Grünen Woche seien Ausweis der Schwäche der Ministerin? Darüber kann ich mich nur totlachen. Eine Ministerin kann froh sein, wenn eine Ministerpräsidentin für den Themenbereich, den sie zu verantworten hat, Zeit hat, sich dafür aktiv einsetzt, die Qualitätstore selber vorstellt. So sehe ich das mit großem Selbstbewusstsein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Vorwurf etwas sagen, der heute nicht so kam, der aber in der Pressekonferenz, Herr Jensen-Nissen, gekommen ist: Die Ministerin, das MLR könne ohne die Kammer überhaupt nicht arbeiten und umgekehrt. Das ist also der Vorwurf, das MLR könne ohne die Kammer Teile der Arbeit nicht umsetzen. Damit habe ich überhaupt keine Probleme. Das jüngste Beispiel sind die **Qualitätstore**; denn dort, am Stand des MLR - das war unser Stand; den haben wir bezahlt -, haben wir gemeinsam, in doppelter personeller Besetzung, MLR und Landwirtschaftskammer, gestanden und die schleswig-holsteinische Idee der Qualitätstore aktiv nach außen getragen.

Diese Idee - das wissen Sie, meine Damen und Herren, weil Sie es erlebt haben - stammt von der Landesregierung. Es ist eine Schlussfolgerung der Schwachstellenanalyse, bei der wir gesagt haben: Wir wollen nicht nur sagen, was wir falsch machen und was wir im kontrollierenden Bereich besser machen sollen, sondern wir wollen auch qualitativ nach vorn gehen. Das hat Ihnen Ministerpräsidentin Heide Simonis in ihrer Regierungserklärung im März letzten Jahres vorgetragen. Deshalb ist und bleibt es bei aller Kooperation unsere Idee, aber gern in Kooperation mit der Landwirtschaftskammer.

(Beifall bei der SPD)

Was ist denn schlecht daran, dass die Kammer das schon auf der NORLA aufgegriffen hat? Der Chef des Bauernverbandes knust immer noch an dem Ding herum und weiß nicht recht, ob er es gut oder schlecht

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

finden soll. Wir kriegen ihn schon noch. Aber er ist da etwas langsamer.

Aber umgekehrt - ich nehme da Ihre Kritik nur als Kompliment - braucht die Landwirtschaftskammer auch uns. Nehmen Sie das Gartenbauzentrum in Erllerhoop/Thiensen! Ich sage noch einmal als Kompliment: Was für eine Reformkraft einer Kammer, der wir diese Finanz- und damit inneren Reformen zumuten müssen, die sich aber gleichzeitig in der Lage sieht, einen völlig neuen Bereich, nämlich das **Kompetenzzentrum Gartenbau** Thiensen, aufbauen zu wollen, mit „ZAL“-Geldern. Das ist genau das, was Sie, was wir haben wollen. Es ist doch wunderbar, wenn das Land keinen Pfennig dazu bezahlen muss, weil die Kammergelder als Landesgelder gelten. Das ist doch nicht zu bemekern, das ist doch einfach nur gut.

(Beifall bei SPD und SSW)

Selbstverständlich leisten wir die Arbeit, die wir dazu leisten müssen - und das Know-how haben wir nun einmal, obwohl die Kammer auch die I-Bank beteiligt hat, was mich sehr freut -, gern. Ob Sie das meine Pflicht oder meine Kür nennen, ist mir so etwas von schnurzpiepegal; Hauptsache, das klappt.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Ich kann zu Thiensen auch sagen, dass ich dazu inzwischen die Rückendeckung des Kabinetts habe. Denn bei größeren Maßnahmen muss ich ja fragen; das Parlament hat mich da eher getrieben.

Schlussbemerkung, Frau Präsidentin! - Ich gucke, ob Sie noch da sind; letztes Mal hatte der Vorsitz ja gewechselt. - Ziel der heutigen Novellierung des Kammergesetzes ist eine effizientere, auf die wesentlichen Aufgaben konzentrierte und transparent finanzierte Landwirtschaftskammer. Ich werde bei der notwendigen und schmerzlichen Umsetzung eine verlässliche Partnerin bleiben. Ich habe mit Herrn Sebelin als Leiter der Abteilung 3 einen neuen Partner gewonnen, der ein Fachmann für Modernisierung ist und Ihnen die **Zielvereinbarung** hoffentlich noch vor den Sommerferien vorlegen wird.

Ich denke, dass wir mit der zweiten Lesung dieses Gesetzes gut davor sind, dass wir das schaffen können, was wir uns vorgenommen haben. Meine Damen und Herren der Opposition, passen Sie auf: In ein paar Jahren werden andere Bundesländer zu uns reisen, um zu schauen, was für eine tolle Kammer wir haben. Passen Sie auf! Der Reformzug läuft schon. Sehen Sie zu, dass Sie in die Hufe kommen, dass Sie noch aufspringen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Mir liegt noch eine Wortmeldung nach § 58 Abs. 2 vor. Herr Abgeordneter Ehlers hat das Wort.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

**Claus Ehlers [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, wenn es nach Ihrem Willen gegangen wäre und nach dem Regierungsentwurf, hätte es in Zukunft keine Landwirtschaftskammer in Schleswig-Holstein mehr gegeben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Mit der **Finanzierung** fällt die Zukunft der Landwirtschaftskammer. Die Selbstverwaltung wird auch mit dem neuen Kammergesetz weniger Geld zur Verfügung haben als je zuvor in der Geschichte der Landwirtschaftskammer. Eine zu geringe Zuweisung gefährdet die Erfüllung der Kernaufgaben. Dies ist politisch gewollt.

(Beifall bei CDU und FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn sonst?)

Die Landesregierung treibt die Kammer in die **Umlagefälle**. Eine deutliche Erhöhung der Umlage wird in der Landwirtschaft zu einem Akzeptanzproblem gegenüber der Landwirtschaftskammer in der Fläche führen.

(Holger Astrup [SPD]: Aha!)

Dies weiß auch die Landesregierung. Ich wiederhole: Auch dies ist der politische Wille und seitens der Landesregierung politisch gewollt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn hier jetzt der Bauernverband und die CDU als destruktiv im Rahmen der Kammerdiskussion in einer Presseerklärung Ihrerseits, Frau Ministerin, angeführt werden,

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

so kann ich nur sagen: Welche Erfahrungen hat denn die Bauernschaft, die Landwirtschaftskammer im Rahmen der Budgetierung mit der Landesregierung gemacht? Sie haben den Bauernstand, die Landwirtschaftskammer jährlich im Rahmen der Budgetierung, im Rahmen der Finanzzuweisungen betrogen, jedes

(Claus Ehlers)

Jahr wieder neu, indem die Mittel nicht bereitgestellt worden sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Welche Chancen hat denn die Kammer überhaupt, ihre Interessen gegenüber der Landesregierung durchzusetzen? Entweder sie akzeptiert die Vorstellungen der Landesregierung oder es gibt kein Geld. Das ist doch die brutale Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In dieser Situation wird die Landwirtschaftskammer gezwungenermaßen jede Kröte schlucken müssen. Von gleichberechtigter Partnerschaft kann überhaupt nicht die Rede sein.

Allein die **Zielvereinbarung** bestimmt die Höhe der Mittelzuweisung für die Selbstverwaltung. Die Zuweisung wiederum ist entscheidend für die Zukunft der Kammer. Die Zukunft bleibt ohne das Wissen um die Zielvereinbarung ein Buch mit sieben Siegeln. Nicht das Parlament entscheidet heute über die Zukunft der Kammer, sondern die Landesregierung, die später die Zielvereinbarung der Kammer diktiert und aufbürdet. Da haben wir ja auch gewisse Erfahrungen mit der Universität.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nicht das Parlament entscheidet heute über die Zukunft der Kammer, sondern die Landesregierung. Im Agrarausschuss haben wir gehört, die Vereinbarung solle im Parlament debattiert werden. Die Kammer hat leider keine Chance, sich an dieser Debatte zu beteiligen.

(Konrad Nabel [SPD]: Die wird das schon machen!)

Im Übrigen dürften die Mitwirkungsmöglichkeiten für uns als Opposition bei den Mehrheitsverhältnissen im Landtag und der Einstellung gegenüber der Kammer seitens der Mehrheitsfraktionen schon vorgegeben sein, sodass unsere Rolle wiederum sehr schwer ist, im Interesse der Landwirtschaftskammer unsere Interessen durchzusetzen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich möchte zunächst einmal die Wortmeldungen nach § 58 Abs. 2 aufrufen. Ich erteile zunächst der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

(Unruhe)

**Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Steenblock, ich bin über Ihren Gleichmut ein bisschen erstaunt. Sie nehmen es gern hin, dass Sie ein Gesetz ändern müssen, weil es von der Landesregierung in einer Form vorgelegt worden ist, die **verfassungsrechtlich** erkennbar nicht durchsteht. Dass Sie damit zufrieden sind, finde ich bemerkenswert. Ein bisschen mehr Qualitätsanforderung sollten Sie auch an eine von Ihnen getragene Landesregierung stellen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Frau Ministerin, Sie hatten die Chance, hier einfach einmal zuzugestehen, dass Sie bei der Einbringung des Gesetzentwurfs wohl nicht ganz genau gewusst haben, worauf Sie sich einlassen. Wenn Sie jetzt die Änderungen alle begrüßen und sagen, es sei Taktik gewesen, um das, was Sie eigentlich ändern wollten, durchzukriegen, bin ich äußerst erstaunt. Was Sie wirklich durchbekommen haben, ist, dass die Landwirtschaftskammer sozusagen keine Residenzpflicht mehr in Kiel hat. Das ist eine bedeutende Änderung, die Sie hier haben durchbringen wollen. Dafür die drei anderen Punkte, die vom Ausschuss korrigiert worden sind, sozusagen als *Quantité négligeable* zu bezeichnen, finde ich bemerkenswert. Ich hatte Ihnen zugetraut - das will ich ehrlich sagen -, dass Sie eingestehen, dass Sie sich mit Ihrem Gesetzentwurf verrannt haben, dass Sie sehen, dass Sie falsch beraten worden sind, und dass Sie anerkennen, dass Sie - -

(Ein Handy klingelt)

- Herr Kollege Hentschel, hier herrscht Handyverbot.

(Beifall)

Ich hätte erwartet, dass Sie anerkennen, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsfractionen mit ihren Änderungsvorschlägen Recht haben, und nicht einerseits diese Änderungsvorschläge begrüßen und andererseits dem Ministerialbeamten danken, der diesen fehlgeleiteten Gesetzentwurf vorgelegt hat. Ich meine, Sie hätten sich etwas ehrlicher aus der Affäre ziehen können, indem Sie eingestanden hätten: Da ist etwas schief gelaufen. Ich werde in Zukunft mehr auf die Menschen hören, die mich wirklich beraten. Frau Ministerin, das war keine Glanzleistung.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ehe ich zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 der Frau Abgeordneten Heinold das Wort erteile, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass das

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

Handyverbot sehr ernst zu nehmen ist. Ich behalte mir vor, beim nächsten Mal einen Ordnungsruf zu erteilen.

(Zuruf von der CDU)

- Ich habe gesagt: beim nächsten Mal. Ich möchte, dass diese Warnung ernst genommen wird.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bitte zu klären, wer es war!  
Ich war es nicht!)

- Ich habe Sie auch nicht angesprochen. Ich möchte es nur zur Kenntnis geben.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ehlers, Sie haben in Ihrem Beitrag eine Sache vergessen: Sie haben in Ihrer eigenen Fraktion keine Mehrheit für Ihre Position. Sie haben es in den Haushaltsberatungen nicht geschafft, die Forderung, der Landwirtschaftskammer mehr Geld zur Verfügung zu stellen, in Ihrem Entwurf zu berücksichtigen. Aus Ihrem Beitrag höre ich aber heraus, dass Sie mehr Mittel wollen. Ich sage Ihnen ganz ruhig: Gehen Sie erst einmal zurück in Ihre eigene Fraktion und werben Sie dafür, dass in diesem Bereich mehr Mittel eingestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Konkretisieren Sie dies mit Haushaltsanträgen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Vorschule!)

Kommen Sie dann zurück und versuchen Sie, uns davon zu überzeugen. Wenn Sie sich in Ihrer eigenen Fraktion damit abspeisen lassen müssen, hier einen populistischen Beitrag halten zu dürfen, der in keiner Weise fundiert ist, dann braucht uns nicht bange zu werden.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Vorschuljahr!)

Die Sache ist gut geregelt und ich freue mich auf die Abstimmung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich komme jetzt zu den Wortbeiträgen nach § 56 Abs. 4. - Zunächst hat der Herr Abgeordnete Hopp das Wort.

**Claus Hopp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin - Frau Dr. Happach-Kasan hat es eben

schon sehr treffend gesagt -, ist es denn wirklich so schwer zuzugeben, dass Sie in der Anhörung erfahren mussten, dass nicht ein einziger Verband auch nur annähernd positiv auf Ihren Gesetzentwurf eingegangen ist? Alle haben ihn abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Ist es denn wirklich ein Wunder, wenn man hier heute zum Ausdruck bringt, dass Sie, die - wie wir gehört haben - leider Gottes treibende Kraft in Ihrer Fraktion gewesen sind, bis zuletzt an diesem Gesetzentwurf festgehalten haben, obwohl inzwischen feststand, dass es ein Irrtum war? Ich gehöre diesem hohen Haus seit 1988 an. Ich habe es noch nicht erlebt, dass sich ein Gesetzentwurf im Zuge der Beratungen so verändert hat, dass man im Ausschuss eigentlich eine erneute Anhörung hätte durchführen müssen, um von den Verbänden zu erfahren, wie sie dazu stehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dass die berechtigte Sorge geäußert wird, dass die **finanzielle Förderung** in der Zukunft möglicherweise nicht auf richtigen Füßen steht, ist doch kein Wunder. Was hat diese Landwirtschaftskammer in den letzten Jahren alles erleben müssen? Wie viele Vereinbarungen und wie viele finanzielle Festlegungen hat es gegeben, die im Nachhinein allesamt nicht erfüllt worden sind?

Ich bin der allerletzte, der in einer solchen Debatte Misstrauen säen will. Aber es ist bei allem, was wir mit der Landesregierung erlebt haben, überhaupt kein Wunder, dass es uns schwer fällt, hier Vertrauen zu haben.

Abschließend möchte ich noch Folgendes sagen. Es ist doch nicht so, dass die Änderung des Gesetzentwurfes vorgenommen worden ist, weil Sie zu der Einsicht gekommen wären, dass eine solche Änderung erforderlich ist; vielmehr ist es schlicht und ergreifend so gewesen, dass Ihnen der Inhalt der wissenschaftlichen Gutachten zu Ohren gekommen ist, und dass Sie das, was Sie hier finanziell vorhaben, keinem anderen Umweltverband in Schleswig-Holstein zumuten. Die Landwirtschaftskammer allerdings soll mit einer solchen Finanzierung leben. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Es liegen noch zwei Wortmeldungen nach § 56 Abs. 2 vor. - Zunächst hat Herr Abgeordneter Jensen-Nissen das Wort.

**Peter Jensen-Nissen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, dass Sie sich im Rahmen Ihrer Presseerklärung mit zwei Themen beschäftigt haben, die ich am Rande meiner Pressekonferenz genannt habe, zeigt, in welcher hilfloser Lage Sie sind. Dies ist Ausdruck Ihrer Hilflosigkeit. Deshalb will ich darauf nicht näher eingehen. Es hat keinen Sinn, Sie auf diesem Weg noch zu begleiten.

Herr Kollege Steenblock, was den Anspruch an die Qualität unserer Arbeit hier im Parlament angeht, so sind wir uns, denke ich, darüber einig, dass das zentrale Element die **Finanzierung** der Landwirtschaftskammer ist. Wenn Sie sich einmal das zu Gemüte geführt hätten, was der Wissenschaftliche Dienst zu den Zielvereinbarungen sagt - der Kollege Hopp hat es eben bereits angesprochen und auch die Kollegin Happach-Kasan hat das sehr deutlich gemacht -, so wüssten Sie, dass das nach Ansicht des Wissenschaftlichen Dienstes - das ist die Konsequenz aus all unseren Überlegungen - zu weitgehend, zu stringent und gegen die Selbstverwaltung ist. Dies hat der Wissenschaftliche Dienst explizit festgestellt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Diese Mahnung sollten Sie ernst nehmen. Darüber werden wir uns auseinander setzen. Was die Qualität der Arbeit im Parlament angeht, so muss ich darauf hinweisen, Herr Kollege, dass wir da gar nicht beteiligt sind. Dies ist reines Verwaltungshandeln. Dies wollen Sie einer Ministerin überlassen, die mit einem Gesetzentwurf gescheitert ist.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat der Herr Abgeordnete Ehlers.

**Claus Ehlers [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Happach-Kasan hat den Vorwurf erhoben, wir hätten über die 7 Millionen hinaus keine Haushaltsmittel beantragt.

(Zurufe: Heinold!)

- Entschuldigen Sie, es war Frau Heinold. Das wäre schlimm. Die Frage stellt sich aber überhaupt nicht. In 2002 stehen genügend Haushaltsmittel für die Landwirtschaftskammer bereit. Wir diskutieren über ein Kammergesetz, das die Zukunft betrifft.

(Beifall bei der CDU)

In Zukunft reichen die 7 Millionen DM nicht. Wir werden uns für einen ausreichenden Betrag einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich habe nicht vor zu schreien.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer dem Gesetz in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden jetzt noch die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache aufrufen. Es geht um Abstimmungen. Überlegen Sie sich daher, ob Sie den Raum verlassen wollen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 15/29

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 15/1508

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Beran, das Wort.

**Andreas Beran** [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verweise auf die Vorlage.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf abzulehnen. Bei einer Ablehnungsempfehlung ist über den Ursprungsantrag abzustimmen. Wer dem Ursprungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt. Das ist vielleicht schwer verständlich, aber es ist so.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1434

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses**

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD  
Drucksache 15/1515

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen. Ich schlage vor, offen abzustimmen und weise darauf hin, dass für die Wahl eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer dem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1505

Ich lasse über den Berichtsantrag in der Sache abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

**Bericht zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik des Landes**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1513

Auch hier handelt es sich um einen Berichtsantrag. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

**Änderung der Datenschutzordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1523

Ich gehe davon aus, dass Abstimmung in der Sache beantragt wurde. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

**Erhalt der Abendschulen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1326

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses  
Drucksache 15/1443

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone, das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone** [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss hat sich ausführlich mit dem Bericht befasst und ihn beraten. Er empfiehlt dem Landtag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

**Entschließung zur Bekämpfung des Terrorismus**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1259

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1292 Abs. 2

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und  
Rechtsausschusses  
Drucksache 15/1446

Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Innen- und  
Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm, das  
Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Frau Präsidentin! Der Innen- und Rechtsausschuss  
empfiehlt dem Landtag nach Durchführung einer alternativen  
Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen  
von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den An-  
trag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, Drucksache 15/1292, Abs. 2, anzunehmen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Es gibt eine  
Wortmeldung des Abgeordneten Hildebrand für eine  
Erklärung. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Günther Hildebrand [FDP]:**

Frau Präsidentin! Die FDP-Fraktion wird diesem An-  
trag nicht zustimmen. In dem Absatz 2 der Drucksache  
15/1292 sind insgesamt sechs Punkte aufgeführt, von  
denen wir die beiden letzten, nicht mittragen können.  
Das sind die Verbesserung der Identitätsfeststellung  
bei der Vergabe von Visa und die Erweiterung der  
Bankauskunftspflicht bei Gefahrenabwehr und Straf-  
verfolgung. Deshalb lehnen wir den gesamten Antrag  
ab.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse  
über die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechts-  
ausschusses abstimmen. Wer dem zustimmen will, den  
bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! -  
Stimmenthaltungen? - Das ist mit den Stimmen von  
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen  
die Stimmen der FDP bei Enthaltung der Fraktion der  
CDU angenommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Grünen wer-  
den auch immer rechter, das muss man fest-  
stellen)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

**Opferschutz im Strafverfahren**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/961

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und  
Rechtsausschusses  
Drucksache 15/1447

Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Innen- und  
Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Schwalm, das  
Wort, nicht dem Herrn Abgeordneten Kubicki.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Frau Präsidentin! Der Innen- und Rechtsausschuss  
empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktio-  
nen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ge-  
gen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP,  
den Antrag abzulehnen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Auch hier wer-  
den wir über den Ursprungsantrag der Fraktion der  
CDU, Drucksache 15/961, abstimmen. Wer dem An-  
trag, den der Ausschuss abgelehnt hat, zustimmen will,  
den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! -  
Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen  
der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN und SSW bei Gegenstimmen der Fraktionen von  
CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

**a) Abschaffung der Befahrungsabgabe des Nord-  
Ostsee-Kanals**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1357

**b) Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1383

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschafts-  
ausschusses  
Drucksache 15/1461

Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Wirtschafts-  
ausschusses, Frau Abgeordneter Strauß, das Wort.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Frau Präsidentin, ich verweise auf die Vorlage.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Der Ausschuss  
empfiehlt, den Antrag der Fraktion der CDU, Druck-  
sache 15/1357, abzulehnen und den Antrag der Frakti-  
on der FDP anzunehmen. Wer dem folgen will, den  
bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! -  
Stimmenthaltungen? - Das ist mit den Stimmen der  
Fraktionen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

NEN und SSW gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf:

**Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1258

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 15/1290

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses  
Drucksache 15/1496

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Europaausschusses, Herrn Abgeordneten Fischer, das Wort.

**Rolf Fischer [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss hat sich ausführlich mit den Anträgen beschäftigt. Wir empfehlen mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Annahme der im Ausschuss beschlossenen Fassung und bitten um Ihre Zustimmung.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

(Abg. Heinz Maurus [CDU] meldet sich zu Wort)

Zum Bericht? - Zur Geschäftsordnung. - Der Abgeordnete Maurus hat das Wort.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Frau Präsidentin, wir bitten, die beiden Anträge, den Antrag des SSW und den Antrag der CDU, getrennt abzustimmen.

(Holger Astrup [SPD]: Das geht nicht! - Heinz Maurus [CDU]: Alternativ abstimmen!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Alternative Abstimmung. Gut.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, es gibt eine neue Beschlussempfehlung!)

Der Ausschuss hat eine Fassung nach Abstimmung mit den Fraktionen vorgelegt. So wie ich das verstehe, ist das die Version, die der Ausschuss insgesamt beschlossen hat. Das heißt, wir lassen über die Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU beschlossen.

Ich rufe nun den letzten Tagesordnungspunkt ohne Aussprache auf:

Tagesordnungspunkt 36:

**Leitlinien für die Forst- und Waldpolitik in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1190

Bericht und Beschlussempfehlung des Umweltausschusses  
Drucksache 15/1498 (neu)

Ich erteile der Berichterstatterin des Umweltausschusses, der Frau Abgeordneten Tengler, das Wort.

**Frauke Tengler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Vorlage.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Auch hier hat der Ausschuss beschlossen, den Antrag abzulehnen. Ich lasse über den Ursprungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 15/1190 abstimmen. Wer dem Ursprungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und des SSW abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ehe wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich Ihnen noch Folgendes bekannt geben. Die Abgeordneten des Bildungsausschusses, die Beteiligte in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht sind, sowie die Abgeordneten, die an der Sitzung des Bildungsausschusses vom 5. Juli teilgenommen haben, und die Abgeordneten Frau Sassen, Frau Heinold, Herr Jacobs und Herr Astrup werden gebeten, heute um 14:30 Uhr zu einer kurzen Besprechung in das Ausschusszimmer 138 zu kommen. - Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:53 bis 15.01)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Zunächst möchte ich auf der Besuchertribüne die Besuchergruppen der Kaltenkirchener Turnerschaft

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

von 1894 e.V. und der Realschule am Seminarweg aus Bad Segeberg begrüßen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Neue Wege in der Drogenpolitik - Projekt:  
„Schleswig-Holsteins Schulen sind rauchfreie Zonen“**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1398

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich Frau Abgeordneter Tengler das Wort.

**Frauke Tengler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder, die in Schleswig-Holstein zur ersten Zigarette greifen, werden immer jünger. Das Durchschnittsalter liegt bei nur noch 11,3 Jahren. Dieses dramatische Ergebnis ist der Antwort auf meine Kleine Anfrage, Drucksache 15/1350, zu entnehmen. Die Aussage deckt sich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erhebungen aus anderen Bundesländern. Bereits laut Ecstasy-Bericht vom August 1999 lag das Durchschnittsalter beim Griff zur ersten Zigarette bei 12,7 Jahren. In nur zwei Jahren gab es ein Absinken des Alters um 1,4 Jahre. Schon damals sagte Frau Moser am 3. September 1999 in der „Dithmarscher Zeitung

das muss unserer Gesellschaft zu denken geben“.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Johann Wade-phul [CDU])

Aber nur zu denken geben und betroffen zu sein reicht nicht aus.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen endlich den ersten Schritt einer klaren Linie gehen. Es ist doch nicht Aufgabe von **Schule**, den Schülern das **Rauchen** zu ermöglichen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Bei der Auswertung des Projektes „Gläserne Schule“ auf der Grundlage der Antwort auf die Kleine Anfrage zeigt sich, dass fast doppelt so viele Hauptschülerinnen und -schüler zur Zigarette greifen wie Gymnasialschüler. Die Beantwortung der Kleinen Anfrage sagt weiter, dass sich 62 % der befragten Schüler für eine stärkere Einschränkung und Kontrolle des Rauchens an ihrer Schule aussprechen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Da es in der Prävention und in der Drogenpolitik keinen Königsweg gibt, ist unser Antrag, Schleswig-Holsteins **Schulen** auf dem Verordnungsweg zu **rauchfreien und alkoholfreien Zonen** zu erklären, ein wichtiger Mosaikstein in der Suchtprävention.

(Beifall bei CDU und FDP)

Als Vorbild kann uns hierfür Niedersachsen dienen.

Die Regelungen über den Umgang mit dem Nikotinkonsum an Schleswig-Holsteins Schulen sind höchst unterschiedlich. Laut Aussage der KOSS wird das Rauchen an Hauptschulen nicht mehr zum Thema gemacht. Schulleitung und Lehrer haben resigniert. An Gymnasien und Realschulen gibt es unterschiedliche Regelungen für die unter 16-Jährigen, bei jüngeren Rauchern auf dem Schulgelände wird häufig wegge-guckt.

Es gibt drei Möglichkeiten, wer die Verantwortung für die Situation übernehmen muss, wenn man im Sinne des Jugendschutzgesetzes handeln will: der Träger, die Schule oder das Land. Da nun von der Bundesregierung im Sinne der Angebotseinschränkung nichts zu erwarten ist - sie erhöht die Tabaksteuer für die Finanzierung der Sicherheit - und die DB AG das Rauchen auf den Bahnhöfen nur verbietet, um Reinigungskosten zu sparen, sollte wenigstens die Landesregierung Farbe bekennen. Frau Moser hat immer wieder von einer Angebotsverringerung sowohl im illegalen als auch im legalen Drogenbereich gesprochen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wo ist Frau Moser jetzt?)

- Frau Moser hat vielleicht etwas anderes zu tun!

Heute unserem Antrag zuzustimmen und ihn umzusetzen, wäre ein Schritt in diese Richtung.

„Sofort das Rauchen an Schulen verbieten“, fordert der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung in Hamburg. Er wird vom Berufsverband der Kinderärzte und der Vorsitzenden der Elternkammer in Hamburg unterstützt. Unser Antrag wird unterstützt von den Vorsitzenden der Landeselternbeiräte in Schleswig-Holstein.

Die Umsetzung unseres Antrages würde zu einem **Paradigmenwechsel** an den Schulen führen. Das Normale ist danach das Nichtrauchen. Soll geraucht werden, muss das von der Schulkonferenz beschlossen werden. Ich hoffe, dass dem Staatssekretär Dr. Stegner - leider ist er heute auch nicht da - jetzt deutlich geworden ist, dass mit unserem Antrag keineswegs das Rauchen einfach plump verboten werden soll.

**(Frauke Tengler)**

Dr. Stegner, die CDU passt nicht in Ihre polemische Schublade.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten  
Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Umsetzung unseres Antrages soll den Erlass der Landesregierung von 1992 zur Suchtprävention unterstützen und verstärken. Ich zitiere ein von der Landesregierung genanntes Ziel aus dem Erlass: „Abstinenz im Hinblick auf alle Suchtmittel zum Schutz der Gesundheit“. Die Umsetzung unseres Antrages soll weiter einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitserziehung leisten, sie soll der Umsetzung des Jugendschutzgesetzes Rechnung tragen und sie soll ein Beitrag zur Angebots- und Gelegenheitsverringerung sein. Es ist erwiesen, dass die Zigarette die Einstiegsdroge für viele Drogenkarrieren ist. Wenn wir Kinder und Jugendliche vor der Sucht schützen wollen, dann ist die Umsetzung unseres Antrages ein Beitrag dazu und der Anfang vom Ende der Kapitulation vor dem Rauchen an unseren Schulen.

Wir werden aber weiter über die Einschränkung der Tabakwerbung mit Jugendlichen als Zielgruppe und über die Reduzierung des Zugangs zu Zigarettenautomaten zu sprechen haben.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten  
Dr. Heiner Garg [FDP])

Ein letzter Punkt: Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat die Tabakprävention zu ihrem Schwerpunktthema 2002 erklärt. Sie sollten Sie durch die Umsetzung unseres Antrages dabei unterstützen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Dr. Höppner hat das Wort.

**Dr. Henning Höppner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Rauchen schadet der Gesundheit

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und  
FDP)

und Rauchen ist die Ursache für schwere Erkrankungen. Das können wir auf jeder Zigaretenschachtel nachlesen. Und es ist wissenschaftlich erwiesen und unbestritten, dass vor allem Kinder und Jugendliche in der Wachstumsphase Schäden nehmen können, die ihre körperliche und geistige Entwicklung auch im Erwachsenenalter negativ beeinflussen. Leider gibt es in der Bundesrepublik gegenwärtig - anders als in den skandinavischen Ländern oder in Nordamerika - keine

öffentliche Diskussion über die **Folgen des Konsums** dieser **Alltagsdroge**. Dass Zigarettenwerbung in den Kinos auch am Nachmittag und bei Filmen, die für Kinder ab sechs Jahre freigegeben sind, noch laufen darf, ist das mehr als bedenklich.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich bin Ihnen, liebe Kollegin Tengler, aus diesem Grunde dankbar für Ihre Kleine Anfrage zum Thema „Rauchen in der Schule“ und dafür, dass sie heute auf die Tagesordnung gebracht wurde.

In der Tat sind die Erhebungen über das Rauchverhalten von Schülerinnen und Schülern im Rahmen des Projekts „Gläserne Schule“ erschreckend genug. Das trifft insbesondere auf das **Einstiegsalter** zu. Wenn wir feststellen müssen, dass das durchschnittliche Einstiegsalter in den Hauptschulen heute bei 11,3 Jahren liegt, und erfahren, dass gut die Hälfte der Hauptschülerinnen und -schüler Raucherfahrung haben und an dieser Schulart 36,5 % der Schülerinnen und Schüler aktuelle Raucher sind, dann ist eine neuerliche Initiative hinsichtlich Aufklärung und Prävention vor gesundheitlichen Schäden des Rauchens bei Kindern und Jugendlichen ausgesprochen notwendig.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wenn wir nach den Erhebungen dieser Studie feststellen müssen, dass das Einstiegsalter bei Gymnasiasten etwa zwei Jahre später liegt und auch nur halb so viele Gymnasiasten wie Hauptschüler Gewohnheitsraucher sind, dann stellt sich hier - nicht anders als bei den ersten Erkenntnissen zur PISA-Studie - dar, dass es um die Chancengleichheit von Hauptschülerinnen und -schülern gegenüber den Schülerinnen und Schülern anderer Schularten schlecht steht, in diesem Fall also hinsichtlich des Gesundheitsschutzes.

Eine Initiative für das Nichtrauchen, über die wir im Bildungsausschuss ausführlich diskutieren sollten, muss zielgerichtet auf die Schulen sein, aber auch auf das Elternhaus und das außerschulische Umfeld. Denn letztlich hilft uns ein Rauchverbot in den Schulen, wie Sie es fordern, im Hinblick auf eine nachhaltige Gesundheitserziehung allein nicht weiter.

In meiner eigenen kleinen Stadt muss ich zur Kenntnis nehmen, dass an fast jeder Bushaltestelle, also an Haltestellen, an denen Schülerinnen und Schüler des Morgens oder Mittags in den Schulbus einsteigen, frei zugängliche Zigarettenautomaten stehen oder hängen. Das Ordnungsamt der Stadt hat mir mitgeteilt, dass das so in Ordnung sei. Ich aber denke, dass wir über **gesetzliche Einschränkungsmöglichkeiten bei diesen Verkaufsformen** Überlegungen anstellen sollten. Schließlich ist es vor vielen Jahren gelungen, die frü-

**(Dr. Henning Höppner)**

her so reichlich vertretenen Bierautomaten aus unseren Gemeinden zu verbannen.

Ich halte - übrigens in Übereinstimmung mit anderen EU-Ländern - eine eigens für den Tabakwarenverkauf notwendige Konzessionierung von Ladengeschäften für durchaus denkbar und für die Raucher zumutbar.

Die **Konsumhürden** für jugendliche Raucher zu erhöhen kann allerdings nur ein Beitrag sein. Wir müssen daneben erneut an der **Bewusstseinschwelle** arbeiten. Der Aspekt der Gesundheitserziehung in den Schulen muss neu positioniert werden.

Wir wissen, dass das Problem des Rauchens an den Schulen schwer in den Griff zu bekommen ist, wenn das Elternhaus nicht bereit ist, die Kinder und Jugendlichen vor gesundheitlichen Schäden durch das Rauchen zu schützen.

Der Erlass über die Suchtprävention in den Schulen ist mittlerweile zehn Jahre alt. Die Situation hat sich in dieser Zeit an den Schulen nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Ich denke, dies sollte für uns Anlass genug sein, das Problem des Rauchens von Kindern und Jugendlichen gesundheits-, jugend- und bildungspolitisch neu aufzuarbeiten. - Ich bitte, den Antrag in den Ausschuss zu überweisen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine beiden sozialdemokratischen Freundinnen Birgit Herdejürgen und Sandra Redmann haben sich extra von der letzten in die dritte Reihe gesetzt, weil sie sich ganz besonders auf den Beitrag freuen.

(Heiterkeit)

- Ja, ja, da sind manche neidisch. Selten bin ich in den letzten Wochen - gerade von Sozialdemokraten kenne ich das allerdings - so unter Druck gesetzt worden. Heute Morgen gipfelte das sogar in der Androhung der Kinder- und Jugendbeauftragten, man wolle mir ganze Schulklassen auf den Hals schicken, wenn ich in dieser Frage reagiere, wie ich es heute tue.

Frau Kollegin Tengler, deswegen ist es mir ein ganz besonderes Bedürfnis, hier ganz klipp und klar zu sagen: In dieser Frage passt überhaupt kein Blatt zwischen uns beide.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Nun zu dem Einwand, der immer wieder kommt, heute gebe es ja schon eine **grundsätzliche Erlaubnis**, aber mit **Verbotsvorbehalt**, und das sollten die Schüler und Eltern in der Schulkonferenz alles selber ausmachen. Liebe Kollegin Redmann und liebe Kollegin Herdejürgen, es ist ja so: Auch in den Nichtraucherabteilen eines ICE oder eines Flugzeugs oder in öffentlichen Gebäuden, wo das Rauchen strikt untersagt ist, wird nicht in irgendwelchen Kuschelrunden vereinbart, dass nicht geraucht werden darf oder ob vielleicht doch geraucht werden darf. Vielmehr ist dort das Rauchen schlicht verboten.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie können mir ja nachher den Hals umdrehen. Aber jetzt hören Sie erst einmal zu.

Ich habe aufgrund des Vorbildcharakters und der Erziehungsfunktion, die die Schule nach wie vor hat, überhaupt keine Bedenken und keine Einwände, dass gerade an **Schulen** ein **striktes Rauchverbot** herrscht.

(Lebhafter Beifall bei FDP und CDU)

Ich sage das, obwohl ich selber 17 Jahre lang geraucht und erst vor vier Monaten damit aufgehört habe.

Heute muss ich zur Kenntnis nehmen, dass bereits Elfjährige - und zwar nicht als Ausnahme, sondern in der Regel - anfangen, zur Zigarette zur greifen.

(Zuruf der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

- Frau Kollegin Herdejürgen, die Schule ist einer der prägenden Orte. Natürlich prägt auch das Elternhaus, aber die Schule tut das genauso. Deswegen dieser Antrag, die grundsätzliche Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt in ein **Verbot mit Erlaubnisvorbehalt** umzukehren. Das ist genau der richtige Weg, wenn man in dieser Frage einen ganz klaren Akzent setzen will.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn man sich den CDU-Antrag genau anguckt und nicht böswillig interpretiert, sieht man, dass es selbstverständlich Ausnahmen geben kann, die in der Schulkonferenz gemeinsam mit den Schülern besprochen werden sollen.

Die Aufregung, die darum teilweise entstanden ist, habe ich nicht verstanden. Es geht lediglich um die Umkehr des Prinzips. Dazu kann ich ganz klar sagen: Wir können den Antrag gern an den Ausschuss überweisen und darüber reden. Wir können aber genauso gern heute in der Sache abstimmen, weil es nämlich um eine ganz vernünftige Regelung geht,

(Beifall bei FDP und CDU)

**(Dr. Heiner Garg)**

die einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, den Schutz von Kindern - Elfjährige sind für mich nach wie vor Kinder - zu gewährleisten und etwas für die Gesundheit der Bevölkerung zu tun.

In diesem Sinne passt zwischen uns, Frau Tengler, nicht nur kein Blatt Papier, sondern auch kein Zigarettentpapier.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Garg, auch wenn Sie in Ihrem Liebeswerben nach beiden Seiten Ihrem großen Vorbild Herrn Kubicki folgen und auch wenn der ehrenwerte Antrag der CDU dem Ziele nach hier von niemand bestritten wird, ist zu sagen: Was der Antrag will, ist längst gesetzliche Realität. Allerdings sieht die Umsetzung, sieht die Realität, sieht die Praxis anders aus. Wenn wir den Antrag beschließen, ändert das an der Praxis gar nichts. Deswegen sollten wir uns dieses Themas anders als durch solche papiernen Beschlüsse annehmen.

Das **Rauchen** im Schulgebäude ist mit Ausnahme der Lehrerzimmer und eigens dafür deklarerter Raucheräume oder -zonen im Innenbereich oder auf den Schulhöfen an unseren Schulen in der Regel verboten. Gleiches gilt in noch eindeutigerer Form für Alkohol. Beides ist im normalen Schulbetrieb nicht erlaubt. Erst wenn ein Fest vorbereitet wird, darf man sich darüber unterhalten, wann Alkohol getrunken und wie verabreicht werden darf. Das ist die **Theorie**.

**Realität** ist, dass die rauch- und alkoholfreie Schule leider sehr selten existiert. Der Alltag muss natürlich nüchtern betrachtet werden. Deswegen bin ich Frau Tengler tatsächlich dankbar, dass sie die neuesten Zahlen durch ihre Anfrage an die Öffentlichkeit gebracht hat. Diese Zahlen müssen nachdenklich machen.

Was aber passiert, wenn wir Verbote erlassen? Es wird auf den Toiletten geraucht und es wird auf der Straße gegenüber geraucht. Natürlich wird auch weiterhin im Lehrerzimmer geraucht. Der Umstand, dass das Rauchen unter 16 generell verboten ist, ändert nichts daran, dass Kinder es trotzdem tun. Wenn wir hier überregulieren, dann erreichen wir gar nichts. Wir vertreiben die Kinder vom Schulhof und werden der Sache in keinsten Weise Herr.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir wissen aber auch - das ist meiner Meinung nach an den Zahlen besonders interessant -, dass Rauchen offensichtlich gerade für diejenigen, die sich in ihrer Schulkarriere bereits auf dem Abstellgleis fühlen, eine besondere Attraktion hat. **Suchtverhalten** ist immer auch eine Reaktion auf Verlust, sei es auf persönlichen oder sozialen Statusverlust. Das muss man natürlich mit bedenken, wenn man an **Prävention** denkt. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass nur ein umfassendes Präventionsprogramm hilft. Schulverbote allein werden nichts ausrichten. Vielmehr müssen wir das tun, was uns auch die Suchtberatungsstellen neulich, als wir Sozialpolitiker mit ihnen gesprochen haben, sehr eindringlich aufgezeigt haben. Die Gläserne Schule, die Situation der Peer-to-Peer-Counseling-Gruppen, wie es heute neudeutsch so schön heißt, und Wettbewerbe wie „be smart - don't start“ sind Sachen, die Kinder und Jugendliche tatsächlich überzeugen, die sie motivieren, die sie in die Wettbewerbssituation bringen: Wie schaffe ich es, nicht zu rauchen? Wie kann ich stark sein, ohne den starken Mann oder die starke Frau mit einer Zigarette oder mit einer Flasche Alkohol nur markieren zu müssen? - Das ist von der Wirkung her langfristiger und viel überzeugender.

Wir wollen eine demokratische Schule und keine Schule, die von Verboten lebt. In der heutigen Schule muss dafür geworben werden, dass das Rauchen nicht „in“ ist. Das ist natürlich viel schwieriger, als irgendwo einfach nur ein Schild hinzuhängen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Lehrerinnen und Lehrer und auch die einzelnen Elternvertretungen nicht allein zu lassen, ist die politische Aufgabe dieses Parlaments und auch der Landesregierung. Da sind wir mit Ihnen wieder einig, Frau Tengler. Der alte Erlass ist in manchen Punkten sicherlich nicht mehr zeitgemäß. Es ist sicherlich auch richtig, was Herr Höppner gesagt hat, nämlich dass Zigarettensautomaten raus aus der Öffentlichkeit gehören. Die Sozialministerin hat das zu Recht wiederholt gefordert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten einmal überlegen, wie wir andere Bundesländer und unsere Bundestagskollegen davon überzeugen. Das ist alles richtig. Aber ich glaube, die eigentliche Aufgabe besteht darin, eine entsprechende öffentliche Atmosphäre, ein öffentliches Klima zu schaffen, sich zu einer gemeinsamen Initiative zusammenzutun und auch den Jugendlichen klar zu machen: Es ist eine Entscheidung ab 16, ob sie rauchen oder nicht. Es ist nicht einfach irgendetwas, was ihnen passiert. Dies wäre tatsächlich ein Stück Emanzipation, das sich wahrscheinlich auch in anderen Dingen im

(Angelika Birk)

Schulleben positiv bemerkbar machen würde. Das bedeutet dann für die Lehrerinnen und Lehrer allerdings auch, konsequent zu sein.

Machen wir unsere Kinder stark, nicht durch Verbote, sondern durch schlaue gemeinsame Konzepte und leben wir ihnen diese Stärke beispielhaft vor.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hinrichsen.

**Silke Hinrichsen** [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich sind wir uns alle einig, dass wir Nikotin und Alkohol aus den Schulen weitgehend fern halten müssen. Es geht darum, dass Schülerinnen und Schüler erfahren, dass Zigaretten und Alkohol problematisch sind, und es geht darum, dass Lehrerinnen und Lehrer - ebenso wie die Eltern - eine Vorbildfunktion für Kinder und Jugendliche haben. Allerdings ziehen wir daraus nicht dieselben Konsequenzen wie die CDU; denn wir meinen aus mehreren Gründen, dass es nicht einer Verordnung der Landesregierung bedarf, wie die CDU es sich wünscht.

Erstens. Schulleiterinnen und Schulleiter können heute schon die **Spielregeln** in Bezug auf das **Rauchen** an der einzelnen Schule bestimmen.

Zweitens. Wir glauben nicht, dass es möglich ist, an den Schulen ein totales Rauchverbot durchzusetzen, weil dort nämlich neben den Schülerinnen und Schülern auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern verkehren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Für die gilt das Rauchverbot auch!)

Es macht keinen Sinn, das Rauchen in Lehrerzimmern auf diesem Weg zu untersagen, weil die sofortige Einführung einer Ausnahmeregelung so sicher wäre wie der Tod. Wie im Rest der Drogenpolitik ist es zunächst sinnvoll, der Realität ins Auge zu sehen. Diese ist, dass Lehrerinnen und Lehrer in Bezug auf das Rauchen keine besseren Menschen als andere sind. Wir können ihnen auch nicht abverlangen, dass sie das Rauchen beenden, bevor sie in den Schuldienst eintreten. Jeder Kriminologe wird ihnen aber bestätigen, dass ein vollzugsdefizitäres Verbot, also ein Verbot, das nicht durchgesetzt werden kann, kontraproduktiv wirkt und die drogenpolitische Zielsetzung lediglich untergräbt.

(Beifall bei SSW und SPD)

Drittens. Menschliche Vernunft lehrt: **Verdrängung** allein reicht nicht aus. Wenn das Rauchen per Ukas im ganzen Schulgebäude, im Schulhof und bei Schulveranstaltungen verboten wird, dann werden sich die Raucherinnen und Raucher eben an der Grenze zum Schulgebäude, neben dem Schulhof und außerhalb von Schulveranstaltungen aufhalten, ohne dass dies eine präventive Wirkung hat. Ich glaube eigentlich nicht, dass damit etwas gewonnen ist. Drogenpolitisch gesehen ist es sogar eher das Gegenteil.

Es ist also richtig, dass die **Einstellung** der Kinder und Jugendlichen und der Lehrerinnen und Lehrer verändert werden müssen, wenn man den Einstieg in die Nikotinabhängigkeit vermeiden und den Ausstieg erleichtern will. Es ist aber naiv zu glauben, dass man eine solche Veränderung der Akzeptanz des Rauchens am besten durch ein Verbot erreicht. Wir brauchen einen umfangreicheren und breiteren Einsatz gegenüber Zigaretten und Nikotin an jeder Schule, wenn wir wirklich die Zahl der Raucherinnen und Raucher reduzieren wollen. Das Einzige, was wirklich Sinn macht, ist, an den Schulen selbst im Dialog der Beteiligten eine eigene Nikotin- und Alkoholpolitik für diese Schule zu entwickeln.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Jede Schule soll ihren eigenen Weg für den Umgang mit Drogen finden. Dadurch stellt man am besten sicher, dass diese Politik, nämlich wie man damit umgeht, von den Schülerinnen und Schülern, aber auch von den Lehrerinnen und Lehrern an der Schule und auch von den Eltern akzeptiert und unterstützt wird.

(Beifall beim SSW)

Dafür können wir aber gerade nicht ein ministerielles Verbot gebrauchen.

Die CDU hat ihren Antrag „Neue Wege in der Drogenpolitik“ genannt. Das zeigt, dass ihr der tiefere Sinn des gemeinsamen Antrags etwas verborgen geblieben ist. Bei den neuen Wegen geht es gerade darum, dass bestimmte **traditionelle drogenpolitische Instrumente** allenfalls eine begrenzte vorbeugende Wirkung entfalten und im Sinne des Gesundheitsschutzes sogar sehr kontraproduktiv wirken können. Zu diesen Mitteln gehören Verbote und Zwang. Eine Drogenpolitik, die maßgeblich auf diese Prinzipien baut, mag zwar Gemüter beruhigen, weil sie den Alltagsvorstellungen entgegenkommt, aber die drogenpolitischen Probleme dieser Zeit hat sie bis heute nicht gelöst.

(Beifall bei SSW und SPD)

(Silke Hinrichsen)

Dies gilt im Übrigen gerade an den Schulen. Auch zu meiner Zeit war es verboten, an der Schule zu rauchen. Es wurde trotzdem geraucht. Wir haben eine schöne große Toilette gehabt. - Gut. Ich sage einfach nur, wo die Probleme wirklich liegen. Wenn die Lehrer hereinkamen, konnten wir die Zigaretten ausmachen. Aber die gesamte Bude war verqualmt. Es nutzte irgendwie nicht viel.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer so handelt, ist ein denkbar schlechter Redner zu dem Thema!)

Eben deshalb müssen wir meiner Ansicht nach neue Wege finden. Ich denke, wenn man bei uns an der Schule offen darüber gesprochen und versucht hätte, mit uns allen, die in diesem Alter waren, eine Verabredung zu treffen, wäre es viel leichter gewesen. Das ist damals aber überhaupt nicht besprochen worden und irgendwie zog sich jeder zurück.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir wollen doch etwas für morgen machen und nicht für gestern!)

Wie überall im Leben muss man ein anderes Werkzeug wählen, wenn das, was man in der Hand hat, nicht greift. Das hat es auch schon zu meiner Zeit nicht getan, das Verbot nämlich. In dieser Hinsicht haben wir alle noch viel zu lernen. Deshalb freue ich mich auf unsere Anhörung zur Drogenpolitik, die am Montag beginnt.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es besteht überhaupt kein Zweifel daran, dass wir es mit einer sehr bedenklichen Entwicklung zu tun haben; Frau Tengler, da gebe ich Ihnen absolut Recht. Ich meine auch, es ist ein sehr ernstes Thema, mit dem wir es zu tun haben, vor allem im Hinblick auf die Verlagerung nach vorne, was das Alter angeht, und im Hinblick auf die offenbar dahinter stehende schichten-spezifische Problematik. Das ist hier angedeutet worden. Da ist auch Prinz Harry kein Gegenbeispiel. Natürlich wird auch an Eliteinternaten geraucht und getrunken. Aber offensichtlich haben wir es hier mit einem solchen Problem zu tun. Das sollten wir nun nicht den Hauptschülern als Gruppe anlasten. Aber wir müssen uns schon Gedanken darüber machen, warum es gerade dort so ist.

Wir streiten jetzt auch nicht - jedenfalls sollten wir es nicht tun; das wäre mein Wunsch dabei - um die Frage: Sollte das Rauchen an der Schule erlaubt sein?

Natürlich soll es untersagt sein. Ich finde, an unseren Schulen sollte nicht geraucht werden. Das ist vollkommen klar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich bin manchmal entsetzt, wenn ich an Schulen komme und ausgewiesene Raucherecken sehe. Manche Schüler halten mir ihre Raucherpässe entgegen. Auch das gibt es an Schulen. Diese Pässe müssen übrigens von den Eltern unterschrieben werden. Ich glaube, wir reden und streiten über die Frage, was am effektivsten ist. Ich habe Zweifel daran, ob ein Verbot im Schulgesetz wirklich die geeignetste Maßnahme ist. Lassen Sie uns darüber reden und lassen Sie uns auch meinetwegen im Ausschuss gute Beispiele dafür anhören, wie Rauchen an Schulen wirksam verhindert wird. Lassen Sie uns darüber intensiver reden, als dies in einer Fünf-Minuten-Debatte möglich ist.

Lassen Sie uns klären, was die wirksamste Verbotsebene ist. Ist es nicht vielleicht viel wirksamer, wenn an der Schule gemeinschaftlich - durch eine Schulkonferenz - eine Schulordnung aufgestellt wird, die das Rauchen verbietet? Dies wäre auf die Situation der Schule bezogen und mit schulspezifischen Sanktionen versehen. Ich glaube, dass dies einen Unterschied macht. Ich halte es für das bessere pädagogische Prinzip, wenn auf der Grundlage von Diskussionen, Aufklärung und von gemeinschaftlich erarbeiteten Verfahren von **Schulen** selbst ein generelles **Rauchverbot** beschlossen wird, als es von oben verordnet zu bekommen. Dies bedeutet am Ende nämlich nur, dass der Verstoß gegen ein solches Verbot - gerade in der Pubertät, denn über diese Altersgruppe reden wir insbesondere - erst besonders attraktiv gemacht wird.

Ich halte aber nichts davon, nur auf **Prävention** zu setzen. Lesen Sie das „Flensburger Tageblatt“ von heute. Über 2.000 Schüler haben an der „gläsernen Schule“ in Flensburg teilgenommen. Das ist ein höchst erfolgreiches Projekt. Trotz eines guten Erlasses und trotz der Suchtvorbeugung, die an vielen Stellen hervorragend geleistet wird, müssen wir diese Zahlen zur Kenntnis nehmen und uns damit auseinandersetzen. Die Zahlen sind nicht so, dass wir uns zurücklehnen und sagen könnten: Alles ist prima geregelt, wir brauchen nichts zu machen. Ich finde, wir haben Grund, etwas zu tun. Wir sollten uns intensiv mit den Wegen auseinandersetzen, die am effektivsten sind. Ein Stück müssen wir uns auch mit uns selber und den Dingen

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

auseinander setzen, die ansonsten noch eine Rolle spielen.

Es ist nicht nur das schulische Verbot, das Kinder vom Rauchen abhält. Dies hat mit **Erziehung** insgesamt zu tun. Erziehung ist immer ein Zusammenwirken und eine Wechselwirkung von Regeln, Grenzen, gutem Vorbild der Eltern und auch von Verboten. Natürlich müssen Dinge auch verboten sein. Aus dieser Mischung besteht Erziehung in der Schule und in der Gesellschaft insgesamt. Wir können nicht zulassen, dass an jeder Ecke Zigarettenautomaten stehen und dass im Kino die Zigarettenwerbung läuft.

(Frauke Tengler [CDU]: Genau!)

Erwachsene können nicht ständig zu Hause vormachen, dass Alkohol und Zigaretten zum Alltag gehören, und gleichzeitig von den Schulen erwarten, dass sie dieses Problem allein lösen. Ich finde, wir haben eine Verantwortung insgesamt für dieses Thema.

Ich bin sehr dafür, dass wir uns im Ausschuss mit den positiven Modellen zur Verhinderung von Rauchen in der Schule auseinander setzen und dann entscheiden, ob wir eine Veränderung des Erlasses brauchen. Wenn ja, dann müssen wir klären, in welche Richtung. Was ist das wirksamste Instrument? In diesem Sinne möchte ich diese Auseinandersetzung gern begleiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Tengler das Wort.

**Frauke Tengler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich der Frau Ministerin für ihr Gesprächsangebot. Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie sagen, dass auch wir eine Verantwortung haben. Ich möchte mich sehr herzlich bei den Kollegen Garg und Höppner bedanken. Sie haben den Antrag der CDU-Fraktion verstanden.

(Beifall bei der CDU - Wortmeldung des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Es handelt sich hier nämlich nicht um einen Verbotsantrag. Das ist kein Verbotsantrag. Die **Schule** ist ein öffentliches Gebäude und wird zur **rauchfreien Zone** erklärt. Nichts anderes. Frau Hinrichsen, wir meinen auch, dass Eltern und Lehrer Vorbilder sein sollen. Selbstverständlich! Wir können aber die Verantwortung nicht immer von uns wegschieben. Wir müssen schon alle zusammenarbeiten, und zwar auch da, wo wir das können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn rauchfreie Zonen an Flughäfen und Bahnhöfen - ebenso wie in anderen öffentlichen Gebäuden - durchzusetzen sind, dann wird das auch in öffentlichen Schulen so sein können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] - Zuruf der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW])

Frau Kollegin Birk, die Zahlen sind nicht interessant, sie sind erschreckend. Die „gläserne Schule“, die Sie hier als ein Projekt preisen, das es schon regeln wird, wird von mir in hohem Maße geschätzt. Die „gläserne Schule“, die KOSS, unterstützt diesen Antrag, denn sie sagt, dass die Umsetzung dieses Antrags die Arbeit erleichtert. Es gibt in Deutschland Gymnasien, an denen Alkohol und Zigaretten verboten sind. Es funktioniert!

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Frau Birk, mein Problem mit dieser Landesregierung - es ist nicht das einzige - ist, dass wir vor lauter Initiativen, Aktionen, Modellen, Projekten und Arbeitskreisen nicht zu Potte kommen. Vor lauter Modellen, Arbeitskreisen und Initiativen sinkt das Alter der Kinder, in welchem sie anfangen zu rauchen. Dagegen sollten wir endlich konkret gemeinsam etwas tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 58 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Nabel zu einem weiteren Kurzbeitrag das Wort.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Tengler, ich habe den Antrag verstanden, halte ihn aber für inhaltlich falsch. Ja, die Zahlen sind erschreckend. Ja, das Einstiegsalter sinkt. Diese Diskussionen haben wir im Rahmen von Sucht- und **Drogenpolitik** in Schleswig-Holstein von vorn bis hinten geführt. Es ist ein falsches Instrument, mit einem Verbot zu arbeiten.

(Frauke Tengler [CDU]: Es ist kein Verbot!)

Das Verbot, noch dazu von oben, konterkariert die gesamte Diskussion um die alternative Schule, die Initiative aus der Schule heraus, das Schulprogramm und so weiter.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was machen Sie denn im Umweltschutz? Auch nur Verbote!)

(Konrad Nabel)

Alle Diskussionen würden dadurch konterkariert. Die Geschichte der Drogen- und Suchthilfepolitik ist eine Geschichte des Versagens von Repression. Nehmen Sie das Alkoholverbot in den USA, nehmen Sie Schweden oder Skandinavien allgemein mit dem restriktiven Umgang mit dem Vertrieb. Der **Alkoholismus** ist dort wahrscheinlich höher als bei uns. Es sind andere Gründe, die dazu führen. Das sollte sich in zu erwägenden Maßnahmen niederschlagen.

Es ist total an der Realität vorbei, hier mit Verboten zu agieren. Es geht doch darum, möglichst viel Bewusstsein zu wecken. Es geht darum, dass sich Schülerinnen und Schüler möglichst früh - vielleicht schon im Kindergartenalter - mit der Frage von Sucht und der Gewöhnung an ausweichendes Verhalten auseinander setzen müssen. Es ist doch nicht die Schule, die dafür sorgt, dass Kinder und Jugendliche rauchen! Es sind Umstände, die in der Gesellschaft, der Familie, der Individualisierung und dem Wegfall von Erziehungsgefühl innerhalb der Familie begründet liegen. Ich will nicht sagen, dass der Auftrag wegfällt, aber das Gefühl von Erziehung in der Familie fällt weg.

(Uwe Greve [CDU]: Sagen Sie doch gleich:  
Rauchen ist Schicksal!)

All das kann man bedauern, aber man kann es mit einem Verbot nicht wegdiskutieren. Wir müssen dafür sorgen, dass möglichst viel darüber geredet wird. Nur dann kann es in das Bewusstsein der Kinder gehoben werden. Das ist ein sehr mühsamer Weg. Den kann man nicht einmal beschreiten, den muss man immer wieder beschreiten, weil es immer neue Generationen gibt, die mit den gleichen Problemen konfrontiert werden. Dies äußert sich dann in Verhaltensweisen wie **Rauchen**, Alkoholismus, Drogen-, Spiel- oder Esssucht.

Lassen Sie uns lieber versuchen, in der Diskussion Wege aufzuzeigen - gegebenenfalls in Programmen über die Bildungsministerin, über die Sozialministerin, über die Kinder- und Jugendbeauftragte -, damit sich möglichst viele Kinder diesem Problem stellen, darüber diskutieren und darüber nachdenken, wie sie denn dazu gekommen sind, ein solches Verhalten an den Tag zu legen. Alles andere wäre eine Verdrängung. Das ist mit mir nicht zu machen. Wir haben seit rund 12 Jahren in diesem Hause mühsam versucht, den Weg weg von der Repression in der Sucht- und Drogenhilfepolitik zu gehen. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg und sollten uns mit solchen Anträgen den Weg nicht verbauen.

(Beifall bei SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1492

Zur Begründung erteile ich dem Herrn Innenminister Klaus Buß das Wort.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es hat sich bewährt, bei den wahlrechtlichen Vorschriften regelmäßig zu prüfen, ob aus Sicht der Praxis oder zur Verfahrensvereinfachung oder -erleichterung Veränderungen angebracht sind. Die Erfahrungen der Wahlleiterinnen und Wahlleiter auf Gemeinde- und Kreisebene und die von ihnen gegebenen Hinweise und Anregungen bieten hierzu eine wertvolle Hilfe. Darüber hinaus ist im vergangenen Jahr das **Bundeswahlgesetz** in einer Reihe von Punkten geändert worden. Zur Wahrung einer größtmöglichen Rechtseinheitlichkeit wird die Übernahme der Veränderungen des Bundeswahlrechts in das **Landeswahlrecht** ebenfalls geprüft.

Seit der letzten Novellierung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes hat sich ein Änderungsbedarf ergeben, der durch den vorliegenden Gesetzentwurf zur **Kommunalwahl** 2003 umgesetzt werden soll. Die Änderungen werden auch von der kommunalen Seite unterstützt. Ich möchte kurz auf folgende wesentliche Änderungen eingehen.

Erstens. Die bisher übereinstimmend im Bundeswahlrecht und in den Landeswahlrechten bei der **Wahlberechtigung** verankerte Wartefrist von drei Monaten hinsichtlich der Wohnungsnahme im Wahlgebiet führte bei Kommunalwahlen beispielsweise dazu, dass jemand, der innerhalb dieses Zeitraumes von Kiel nach Kronshagen umzog, in Kiel nicht mehr und in Kronshagen noch nicht wählen durfte. Eine solche das Wahlrecht unglücklich einschränkende Folge wollen wir nun durch die Halbierung der Wartefrist abmildern. Die Frist orientiert sich künftig vorrangig an den wahlpraktischen Erfordernissen bezüglich der Aufstellung der Wählerverzeichnisse. Parallel dazu wird die bisher für die Wählbarkeit bestehende Mindestfrist von sechs Monaten hinsichtlich der Wohnungsnahme

**(Minister Klaus Buß)**

im Land auf drei Monate reduziert. Damit könnte auch den Parteien und Wählergruppen bei ihrer Bewerberaufstellung ein größerer Kreis von Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung stehen.

Zweitens. Der gestiegenen Bedeutung der **Briefwahl** soll dadurch Rechnung getragen werden, dass für die Durchführung des Briefwahlverfahrens ein um zwei Wochen verlängerter Zeitraum zur Verfügung steht.

Drittens. In Anpassung an das geänderte Bundeswahlrecht wird auf die mit einem hohen Aufwand für die Kommune verbundene öffentliche Auslegung der Wählerverzeichnisse verzichtet. Die Belange der Wahlberechtigten sollen durch die Möglichkeit gewahrt werden, bei Bedarf im Einzelfall Einsicht in das **Wählerverzeichnis** nehmen zu können.

Viertens. Schließlich wird künftig auf die repräsentative **Wahlstatistik** zu Kommunalwahlen verzichtet. Sie verursacht einen erheblichen Aufwand sowohl beim Land als auch auf kommunaler Ebene. Dagegen muss ihre Nutzung beziehungsweise ihre Aussagekraft wegen des regionalen Charakters eher als eingeschränkt angesehen werden. Es stehen regelmäßig aktuelle statistische Informationen über Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zur Verfügung, die vornehmlich für Zwecke der Wahlforschung herangezogen werden dürfen.

Meine Damen und Herren, die vorgeschlagenen Änderungen werden dazu beitragen, zur Kommunalwahl im März nächsten Jahres ein modernes und allen Ansprüchen genügendes Wahlrecht zur Verfügung zu haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Grundsatzberatung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schlie.

**Klaus Schlie [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf besteht im Wesentlichen aus Erfahrungen, die bei den letzten **Kommunalwahlen** gesammelt wurden und in einigen Teilbereichen Vereinfachungen, Entbürokratisierungsmaßnahmen und Anpassungen an die Realität darstellen. Insofern signalisiere ich die für die CDU-Landtagsfraktion für die meisten vorgeschlagenen Änderungen vom Grundsatz her unsere Zustimmung, wobei wir die Anregungen der kommunalen Landesverbände im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu den Einzelvorschriften sicherlich diskutieren und gegebenenfalls berücksichtigen sollten.

Zum Teil sind die angestrebten Änderungen auch auf die Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamten zurückzuführen, wenn es beispielsweise darum geht, auf das Amt des Wahlleiters frühzeitig zu verzichten, wenn es um eine Wiederwahl als Bürgermeister beziehungsweise Landrat geht.

Auch die Vorverlegung des Termins für die Aufstellung des Wählerverzeichnisses erscheint sinnvoll, da dadurch erhebliche Erleichterungen bei der Ausgabe von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen an Wahlberechtigte erreicht werden können.

Ebenfalls unsere Zustimmung findet die Vorverlegung des Zeitpunktes für die Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern um kommunale Mandate. Dies ist aufgrund der Verlängerung der Wahlperiode ein folgerichtiger gedanklicher Ansatz, der es den Parteien und Wählergruppen ermöglicht, ihre Kandidatinnen und Kandidaten den Wählern rechtzeitig zu präsentieren. Diese Regelung ist auch aus Sicht der Wähler zu begrüßen, da sich dadurch die Möglichkeit einer frühzeitigen und intensiven Orientierung über die zu wählenden Personen ergibt. Darüber, ob die Frist so lang sein muss, können wir vielleicht noch einmal gemeinsam nachdenken.

Die Notwendigkeit einer Parallelberatung der Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes und der Änderung der Kommunalverfassung wird unter anderem auch bei der im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Änderung des § 46 GKWG deutlich. Dort geht es darum, dass formal klargestellt werden soll, dass bei der **Direktwahl** Wahlvorschläge auch zurückzuweisen sind, wenn sie die kommunalverfassungsrechtlichen Anforderungen nicht erfüllen. Wir denken schon, dass wir zumindest im weiteren Gesetzgebungsverfahren und vor einer endgültigen Festlegung und Regelung schauen müssen, wo wir im kommunalen Verfassungsrecht bei dieser Fragestellung landen. Ich denke, das wird im weiteren Verfahren aufeinander abzustimmen sein.

Auf die Zustimmung zu Regelungen, die eine **Entbürokratisierung** zur Folge haben, habe ich bereits hingewiesen. Dazu gehört sicherlich auch die vorgeschlagene Änderung des § 57 GKWG, die einen Wegfall der Wahlstatistik bei Kommunalwahlen vorsieht. Das ist aus unserer Sicht wirklich in Ordnung.

Als außerordentlich problematisch - das will ich doppelt und dreifach unterstreichen, weil das einen Hauptpunkt darstellt - betrachten wir allerdings die geplanten Änderungen der §§ 3 und 6 GKWG. Wir sollten in den Ausschussberatungen nochmals intensiv darüber diskutieren, ob die vorgeschlagenen Änderungen für die Voraussetzung des passiven und aktiven Wahl-

(Klaus Schlie)

rechts nicht gerade zu einem Umzugstourismus provozieren.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister Buß, ich will nicht unterstellen, dass das die Absicht war. Wir sehen durchaus, dass es auch Probleme gibt. Aber vor allem in kleinen und Kleinstgemeinden könnte dies zu Manipulationen führen. Wir denken schon, dass man das noch einmal abwägen muss.

Wir verkennen nicht die Tatsache - ich habe dies bereits angedeutet -, dass es bei bestimmten Berufsgruppen, etwa - darauf hat mich mein Kollege Maurus hingewiesen - bei Berufssoldaten aufgrund dienstnotwendiger Umzüge wegen der jetzigen Fristen zu Problemen gekommen ist. Es gibt sicherlich auch andere Fälle, in denen das so ist. Allerdings halten wir in einer Abwägung dieser Faktoren die bisherigen Fristen für sachgerecht. Dies gilt sowohl für die Wähler als auch für die zu wählenden Bewerber um ein kommunales Mandat, also sowohl für das **aktive** als auch für das **passive Wahlrecht**.

Über die vorgeschlagenen Änderungen sollten wir in den Ausschussberatungen noch einmal intensiv diskutieren, weil gerade der letzte Punkt, so glauben wir jedenfalls, nicht dazu führen sollte, dass wir uns durch die Hintertür und vor allen Dingen dass wir in den Gemeinden Probleme schaffen. Das sollten wir noch miteinander beraten. Wir würden unsere Gesamtzustimmung zum Gesetzentwurf letztendlich hiervon abhängig machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Puls.

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren von den nicht sozialdemokratischen Fraktionen! In meiner eigenen Fraktion werde ich den Vortrag bei einer der nächsten Fraktionssitzungen wiederholen.

(Heiterkeit und Beifall)

Auch für die Fraktion der Sozialdemokratie darf ich erklären, Herr Kollege Schlie, dass wir Zustimmung signalisieren können und damit einverstanden sind, dass wir den Gesetzentwurf der Landesregierung an den Innen- und Rechtsausschuss überweisen. Die von Ihnen angesprochenen problematischen Punkte werden wir dort wieder aufrufen und mit Ihnen gemeinsam beraten, auch was das Verhältnis zu dem Verfahren Kommunalverfassungsreform angeht, das Sie angesprochen haben.

Im Wesentlichen sind wir mit den Punkten, die vom Innenminister vorgeschlagen worden und hier vorgebracht worden sind, einverstanden. Das trifft auch und insbesondere für die ja - wie wir meinen - weitestgehende Regelung in diesem Paket zu, die die **Verkürzung der Wohnfristen** am Wahltag betrifft, sowohl für das aktive als auch für das passive **Wahlrecht**. Es mag zweifelhaft sein, ob das als notwendig erachtete Mindestmaß an Vertrautsein mit dem politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Gegebenheiten und Bindungen zur Gemeinde in einer auf sechs Wochen verkürzten Frist zu erlangen ist. Aber wir wägen diesen Gesichtspunkt mit dem auch vom Minister eingebrachten Gesichtspunkt des Umzugsproblems ab, das heißt, Menschen in die Lage zu versetzen zu wählen, die bisher hier und da wegen Umzugs am Wahltag gar nicht wählen konnten. Wenn dieses Problem durch den Gesetzentwurf abgemildert werden kann, würden wir in diesem Punkt zustimmen.

Sinnvoll und auch ein Beitrag zur Erhöhung der Wahlbeteiligung könnte sein, dass man die Einreichungsfrist für Wahlvorschläge vorverlegt, um für das Briefwahlverfahren einen längeren Zeitraum zu bekommen. Das würde alle die reiselustigen Menschen in Schleswig-Holstein begünstigen, die von der Briefwahl regelmäßigen Gebrauch machen wollen.

Sinnvoll und vielleicht sogar ein Beitrag zur Funktionalreform ist der vorgeschlagene Wegfall des Beauftragtenrechts der Kommunalaufsichtsbehörde, wenn es darum geht, Entscheidungen der Wahlleitungen in den einzelnen Gemeinden und Kreisen, die die Feststellung einer Listennachfolgerin oder eines Listennachfolgers betreffen, wegfällen zu lassen. Das bedeutet auch für die **Kommunalaufsicht** des Landes etwas weniger Arbeit und Einflussnahme.

Schließlich zur **Kommunalwahlstatistik!** Bisher ist es so gehandhabt worden, dass all die im Wesentlichen auch von uns für unsinnig gehaltenen Statistiken meist in den Papierkörben landeten. Künftig wird es so sein - das finden wir vernünftig -, dass unsinnige Statistiken gar nicht erst erhoben werden.

Zu den Verfahrensvereinfachungen will ich im Einzelnen nicht mehr vortragen; sie sind vom Innenminister eingebracht worden.

Wir sind der Auffassung, dass man dem Gesetzentwurf im Ergebnis insgesamt zustimmen kann. Wir werden die Problempunkte im Ausschuss beraten.

(Beifall bei SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

**Günther Hildebrand** [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Die Landesregierung hat uns einen Gesetzentwurf zur Beratung vorgelegt, der - wie sie verkündet - das Wahlrecht einfacher und praxisgerechter gestalten soll. Der Entwurf sieht unter anderem vor, die **Fristen** zur **Wählbarkeit** und zur **Wahlberechtigung** beim Zuzug in eine Kommune sowohl beim aktiven als auch beim passiven Wahlrecht zu halbieren. Was hieran einfacher ist, kann ich nicht erkennen, und ob es praxisgerechter ist, bezweifle ich.

Es wird immer behauptet - ich teile diese Auffassung -, dass gerade **Kommunalwahlen** Persönlichkeitswahlen sind. Das heißt, vielfach kennen die Wählerinnen und Wähler ihre Kandidaten oder können sich ein Bild von ihnen machen. Jetzt sollen Zuzüglern sechs Wochen ausreichen, sich zum Beispiel neben dem Stress des Umzugs oder der Einrichtung der neuen Wohnung auch mit den politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Gegebenheiten am neuen Wohnsitz vertraut zu machen und zusätzlich die Kandidatin oder den Kandidaten zu ermitteln, den Frau oder man am geeignetsten findet, die Probleme vor Ort am besten zu lösen. Ich glaube, das ist ein bisschen viel verlangt.

Ebenso ist es mit dem passiven Wahlrecht. Wenn es nach dem Willen der Landesregierung geht, reichen künftig drei Monate Wohnen am neuen Wohnsitz aus, um sich dort wählen zu lassen. Gerade eine Gemeindevertreterin oder ein Gemeindevertreter sollte doch die entsprechenden Ortskenntnisse haben und mit den vielfältigen Gegebenheiten in ihrer oder seiner Gemeinde vertraut sein. Ich bezweifle, ob wir den Anforderungen, die wir alle an Gemeinde- oder Stadtvertreter und natürlich auch an Kreistagsabgeordnete stellen, mit diesen Änderungen des Gemeinde- und Kreiswahlrechts gerecht werden.

(Beifall bei der FDP)

Herr Schlie, Sie haben gerade vom Umzugstourismus gesprochen. Wir bei uns im Kreis Pinneberg hatten so einen Fall. Das war in den 80er-Jahren. Da haben sich in der Stadt Barmstedt sämtliche Mitglieder der DKP des Kreises Pinneberg gesammelt und immerhin dazu beigetragen, dass die DKP seinerzeit ein zweistelliges Wahlergebnis bei einer Kommunalwahl erreicht hatte. Dies wird möglicherweise auch durch eine Fristhalbierung möglich gemacht.

Ich habe bisher keine Klagen von Bürgerinnen und Bürgern gehört, die sich aufgrund eines Wohnortwechsels beschwert haben, nicht wählen zu dürfen oder nicht gewählt werden zu können. Welche Motive hinter den beabsichtigten Änderungen stehen, bleibt mir unerklärlich, zumal auch aus der Begründung kein

zwingender Handlungsbedarf hervorgeht. Dabei wird niemand gehindert, sich in seiner Gemeinde zur Gestaltung seines Wohnumfelds zu engagieren. Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben auch jetzt schon die Möglichkeit, sich nach Ablauf der Sechsmonatsfrist zum Beispiel als bürgerliche Ausschussmitglieder aktiv in die Gemeindepolitik einzubringen. Eines hoffe ich wenigstens nicht, dass nämlich mit der Fristverkürzung - der Innenminister hat das eben sogar angeführt - dem möglichen Mangel an Kandidatinnen oder Kandidaten entgegengewirkt werden soll.

Als weiteren Punkt möchte ich die öffentliche Auslegung des Wählerverzeichnisses ansprechen. Ich halte die geltende Regelung genau wie der Innenminister in seiner Begründung zum Gesetzentwurf, die **Wählerverzeichnisse** im Zeitraum vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl auszulegen, für das Verfahren zur Sicherung der Transparenz und Bürgerfreundlichkeit von Wahlverfahren. Es wird zwar festgestellt, dass das Bundeswahlrecht eine andere Praxis vorschreibt, wir sind aber nicht gezwungen, uns dieser anzupassen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Nach der neuen Regelung müssen vor dem Recht auf Einsichtnahme erst Tatsachen glaubhaft gemacht werden, aus denen sich die Fehlerhaftigkeit des Verzeichnisses ergibt. Das wird aber in der Regel schwierig sein, wenn das Wählerverzeichnis vorher nicht eingesehen werden kann.

Neben den von mir angesprochenen Punkten werden uns weitere Änderungsvorschläge unterbreitet, die aber unproblematisch sind und von uns mitgetragen werden.

Meine Damen und Herren, wenn uns die Landesregierung in den Ausschussberatungen keine weiteren Argumente unterbreitet, werden wir dem Gesetzentwurf nicht zustimmen können.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Großteil der Änderungsvorschläge erscheint uns sinnvoll, über einige wird zu reden sein. Herr Hildebrand, die Bedenken, die Sie in Bezug auf die Frage der Fristverkürzung geäußert haben, teile ich nicht. Ich weiß nicht, warum man Leute daran hindern sollte, zu

(Karl-Martin Hentschel)

wählen oder gewählt zu werden, die noch nicht lange genug in einer Kommune wohnen. In Bezug auf die Frage des Gewählt-Werdens sollten die Bürger selber entscheiden, wen sie wählen oder wen sie nicht wählen wollen. Das brauchen wir nicht vorzuschreiben.

Ich glaube, dass dieser Gesetzentwurf keine großen politischen Veränderungen beinhaltet, sondern im Wesentlichen Anpassungen vornimmt. Daher messe ich ihm keine zentrale Bedeutung zu und glaube, dass es Sinn macht, den Gesetzentwurf an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen und all das, was gesagt worden ist, zu bedenken. Ich wünsche für die Beratung im Innen- und Rechtsausschuss denjenigen, die daran beteiligt sind, viel Freude.

(Beifall des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Hinrichsen.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf zur Änderung des Wahlgesetzes befasst sich - wie meine Vorredner schon gesagt haben - mit den Anpassungen an die bundesweit geltenden Wahlregelungen. Dabei werden nach meiner Ansicht einige Verbesserungen eingeführt, die es den Menschen bei Wahlen zu Gemeinderäten, Kreistagen und bei Direktwahlen leichter machen sollen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Positiv ist nämlich unter anderem hervorzuheben, dass Bürgerinnen und Bürger nicht mehr in so großem Umfang wie bisher beim Umzug ihr Wahlrecht verlieren. Herr Hildebrand, Sie und einige Vorredner haben gesagt, da gebe es doch gar nichts.

Ich kann Ihnen sagen, bei uns hat es bei jeder Kommunalwahl ganz große Probleme gegeben - auch bei den Wahlvorständen -, weil Bürgerinnen und Bürger erschienen sind und sagten: Wir dürfen jetzt doch wählen. - Das durften sie aber nicht, denn sie wohnten noch nicht lange genug in der Gemeinde.

In Leserbriefen, die jedenfalls bei uns nach jeder Kommunalwahl in der Tageszeitung veröffentlicht wurden, beschwerten sie sich gerade darüber. Das galt zumal dann, wenn jemand zu einer ähnlichen Gemeinde wie Kiel-Kronshagen oder Flensburg-Harrislee gehörte. Die kennen nämlich ihre „Pappenheimer“ und auch die örtlichen Verhältnisse. Dort war echt nicht zu erklären, warum sie nicht wählen durften.

(Zurufe der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Das Weitere ist, dass diese ganz erheblichen Unmutäußerungen, die gegenüber den Wahlvorständen erfolgt sind, damit vielleicht etwas zurückgehen und auch die Beschwerden, die es jetzt bei den Kommunen hagelt.

Zu begrüßen sind auch die weiteren **Verwaltungserleichterungen** bei Wahlen, insbesondere der Verzicht auf Neuwahlen der Gemeindevwahlausschüsse bei getrennten Direktwahlen und Kreiswahlen.

Auch die Rücksichtnahme auf die vermehrte Nutzung der Briefwahl und die damit verbundene Vorverlegung des Einreichens von Wahlvorschlägen ist gut.

Eine lebendige Demokratie muss nämlich auf verändertes Verhalten bei Wahlen reagieren.

Das gilt allerdings nicht nur für solche wahltechnischen Regelungen. Deshalb hätte es der SSW natürlich begrüßt, wenn die Landesregierung auch die Gelegenheit zu weiteren Verbesserungen genutzt hätte. Dies gilt zum Beispiel für den § 10 des Wahlgesetzes. Dort ist nämlich die so genannte Fünf-Prozent-Sperrklausel geregelt. Auch hier gibt es möglicherweise Handlungsbedarf; denn es ist zurzeit leider so, dass diese Regelung es ermöglicht, dass Sitzverteilungen nicht den tatsächlichen Ergebnissen bei den Kommunalwahlen entsprechen.

Es gibt Gemeinden in Schleswig-Holstein, in denen die Zahl der Sitze in der Vertretung so gering ist, dass wir tatsächlich eine 7- bis 9-prozentige Sperrklausel haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gott sei Dank!)

Das mag manche Parteien freuen - wie anscheinend die FDP -, weil so die unliebsame Konkurrenz vor der Tür bleibt, aber da war es mehr so, dass Ihre Partei draußen blieb. Im Sinne eines demokratischen Erfinders ist dies aber wohl kaum.

Wenn wir also schon die notwendigen Änderungen des Wahlgesetzes im Ausschuss erörtern, sollten wir dies auch unbedingt aufgreifen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Aber auch in Absatz 2 besteht unserer Ansicht nach Regelungsbedarf. Dort wird nämlich weiterhin die Verteilung der Mandate in den kommunalen Gremien nach dem Höchstzahlenverfahren zugrunde gelegt, obwohl dieses Wahlverfahren nicht mehr dem neuen Bundeswahlgesetz entspricht. Es gibt nämlich andere Verfahren - wie zum Beispiel das Verfahren Hare-Niemeyer -, die das tatsächliche Wahlergebnis in der

(Silke Hinrichsen)

Vertretung viel korrekter und viel genauer widerspiegeln als die alte Weise.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Deshalb sollten wir uns auch dieser Frage annehmen, um das Wahlrecht im Land auf den neuesten Stand der Demokratie zu bringen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Abschließend möchte ich noch einen weiteren Vorschlag machen, der insbesondere § 10 Abs. 6 betrifft. Dort sollte vielleicht auch die Diskussion, die wir im Sonderausschuss haben, mit aufgenommen werden, dass es nämlich voraussichtlich zur nächsten Kommunalwahl **Listenvorschläge** von Parteien gibt, auf denen die Namen von Kandidaten stehen, die nicht der Partei angehören. Aus dem Grund müssen auch diese Regeln revidiert werden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], Klaus-Peter Puls [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

**Stand der Brennstoffzellentechnologie in Schleswig-Holstein**

Landtagsbeschluss vom 28. September 2001

Drucksache 15/1182

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1475

Ich erteile dem Herrn Minister für Finanzen und Energie, Herrn Möller, das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Versteht der auch etwas davon?)

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Bericht greift ein Thema auf, das schon seit längerer Zeit eine beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit genießt. Brennstoffzellen sind eine höchst innovative Technologie zur Energieumwandlung und bieten ein breites Anwendungs- und Entwicklungspotenzial.

Das große Engagement privatwirtschaftlicher Unternehmen sowie die Förderung durch den Bund und die Länder sprechen für sich.

Das Anwendungsgebiet der Brennstoffzelle umfasst Entwicklungslinien im mobilen und stationären Sektor. Eine Vielzahl von durchgeführten Projekten bieten bereits eine Reihe von Erkenntnissen und zeigen Stärken und Schwächen der Technologie. Eine umfassende Markteinführung der Brennstoffzellentechnologie bedarf noch weiterer Anstrengungen, um die Technik zu optimieren und die Produktkosten zu reduzieren. Geplante Serienfertigungen insbesondere in der Fahrzeugindustrie und bei Herstellern der dezentralen Gebäudeversorgung und der Einsatz systemoptimierender Verfahren sollen dazu beitragen.

Ob die Erwartungen tatsächlich eingelöst werden können, kann im Moment nicht abschließend beantwortet werden. In Schleswig-Holstein unterstützen der Wirtschaftsminister, das Wissenschaftsministerium, das Energieministerium und die Energiestiftung die Brennstoffzellentechnologie im Bereich der Anwendung, Entwicklung und Forschung.

Das erste Brennstoffzellenblockheizkraftwerk durfte ich bereits 1998 in Bargteheide in Betrieb nehmen. Die erdgasbetriebene Anlage versorgt dort ein Freibad und 300 Wohnungen mit Wärme und produziert Strom. Eine ähnliche Anlage wird von der Schleswig in Kaltenkirchen betrieben. Beide Anlagen laufen nach anfänglichen Schwierigkeiten fast so planmäßig wie ein normales BHKW.

**Kraft-Wärme-Kopplung** in dezentralen Anlagen ist ein zentrales Element unserer Energiepolitik. Die Brennstoffzellentechnologie eröffnet hier erhebliche Möglichkeiten, gleichzeitig Nahwärme und elektrischen Strom zu erzeugen.

Eine dezentrale Energieversorgungsstruktur mit einem hohen Maß an Umweltfreundlichkeit ist keine Utopie. Die in unserem Land vorhandene Infrastruktur reicht von der Kleinserienfertigung bei U-Boot-Antrieben über anwendungsbezogene Forschung bis zur Herstellung und zum Betrieb von Schulungsmodellen im Aus- und Weiterbildungsbereich.

Ein Schwerpunkt wird die möglichst emissionsneutrale und energiesparende und damit effiziente Herstellung der eingesetzten gasförmigen Energieträger sein. Hier kann Biogas eine entscheidende Rolle spielen.

Gegenwärtig befassen sich sieben Unternehmen und acht wissenschaftliche Einrichtungen, Herr Kollege Kubicki, in Schleswig-Holstein mit der Brennstoffzellentechnologie. Weitere haben Interesse an einzelnen Technologieentwicklungen im Zusammenhang mit der

**(Minister Claus Möller)**

Brennstoffzelle bekundet, sodass die Anzahl steigen wird.

Schleswig-Holstein ist auf dem Gebiet der Brennstoffzellentechnik bereits Standort für ausgesuchte Hightech-Lösungen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Unternehmen wie HDW haben im Bereich Brennstoffzellenantrieb in U-Booten eine weltweit einzigartige Sonderentwicklung zu bieten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb müssen wir auch mehr U-Boote bauen!)

Das ist sicherlich ein Indiz dafür, dass die Auftragslage dort sehr gut ist.

Auch die Firmen Farmatic und o.m.t zeigen mit der Nutzung von Biogas die Kapazitäten der Technologieentwicklung, die eng mit den wissenschaftlichen Einrichtungen und Forschungsinstituten des Landes verbunden sind.

Weitergehende Kooperationen auch über die Landesgrenze hinaus und Forschungs- und Anwendungsverbände sind die Basis für eine Mitwirkung an der Gesamtentwicklung auch auf Bundesebene.

Aus energiepolitischer Sicht wird auch auf die derzeitigen Schwächen der Technologie zu achten sein, die Energieverluste bei der Wasserstoffnutzung aus der Elektrolyse und die hohen Kosten beim Einsatz von Brennstoffzellen als Energieumwandlungsanlagen, denen zurzeit nur eine relativ geringe Effizienzsteigerung gegenübersteht. Die ökologischen Vorteile sind jedoch unübersehbar.

Vor dem Hintergrund der dargestellten wirtschaftlichen Bedeutung und der Bedeutung für die anwendungsorientierte Forschung werden die Entwicklung und Anwendung weiter vorangetrieben.

Die **Energiestiftung** stellt zum Beispiel erhebliche Mittel zur Einführung der Brennstoffzelle in Gebäudebereichen zur Verfügung. Mit 1 Million DM - sprich 510.000 € - sollen etwa 25 Anlagen zur dezentralen Gebäudeversorgung gefördert werden. Hier ist das Problem, dass die Zusagen der Industrie, der großen Hersteller wie Buderus, Vaillant und wie sie heißen, leider nicht eingehalten werden konnten diese Pilotprojekte nach einer gewissen Verzögerung jetzt auch wirklich gefördert werden können, weil sie mit etwas Verspätung auf den Markt kommen.

Als größer haben sich die Schwierigkeiten für ein mit Brennstoffzellen angetriebenes Schienenfahrzeug erwiesen. Hierzu - auf eine Anregung des Landtages - ist eine Studie erstellt worden. Diese Studie ist allerdings zu dem Ergebnis gekommen, dass sich derzeit die

Wirtschaftlichkeit wohl nicht darstellt, sodass die Förderung eines Prototyps zunächst eingestellt worden ist.

Meine Damen und Herren, das Land unterstützt eine stärkere Vernetzung der Aktivitäten durch Arbeitskreise, Veranstaltungen und Informationsschriften. Ähnlich wie die Windenergie und die Kraft-Wärme-Kopplung durch Blockkraftheizwerke kann die Brennstoffzellentechnologie ein weiterer Baustein einer zukunftsorientierten Energieversorgung sein.

Ich freue mich, dass der Bundestag in dieser Woche nun endlich ein Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz verabschiedet wird,

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Und was für eines!)

in dem die Förderung der Brennstoffzellentechnologie auf zehn Jahre gesichert sein soll. Ich denke, dass wir in dieser Zeit den Durchbruch erzielen werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter Dr. Graf Kerssenbrock.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Trutz, verstehst du was davon?)

**Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist durchaus amüsant zu sehen, dass ein Sozialdemokrat, der sich - glaube ich - immer als linker Sozialdemokrat verstanden hat, nun plötzlich den U-Boot-Bau feiert und befürwortet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das haben wir mit besonderem Interesse zur Kenntnis genommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Frieden schaffen mit immer mehr Waffen! Das ist doch ganz klar!)

Der Bericht ist durchaus lesenswert.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Wir haben gelehrige Ausführungen über den Stand der Technologie und die gegenwärtigen Einsatzfelder, über das Leistungspotenzial und die Wirkungsgrade zu lesen bekommen.

Ernsthaft: Wir alle warten auf die Serienreife von brennstoffgetriebenen Fahrzeugen, was offenbar aber noch immer ein nicht unbedeutender, weiter Weg,

(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)

aber eine durchaus ernsthafte Chance zur Verminderung der **CO<sub>2</sub>-Emissionen** ist.

Wir haben von Technikvarianten lesen können, die immer weitere Fortschritte machen. Gerade am Wochenende war im „Hamburger Abendblatt“ etwas zu lesen über Strom, der aus der Welle kommt - eine weitere Idee, die offensichtlich auf Rügen verfolgt wird. Es stand alles Mögliche drin, auch über Kosten und die zukünftige Entwicklung globaler Art. Wir haben sogar in dem Bericht etwas lesen können - wenn ich das richtig erinnere, ist er neun Seiten stark - über in Schleswig-Holstein stattfindende Aktivitäten auf diesem Gebiet. Einzelne Firmen sind genannt worden. Auch der Minister hat sie genannt: Farmatic, HDW und zwei Energieversorger.

Es steht etwas ganz Positives drin, und zwar auf Seite 5: „Brennstoffzellen müssen sich ...der etablierten Konkurrenz stellen.“ Das heißt, sie müssen wettbewerbsfähig sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, wenn Sie doch bei allen regenerativen Energieträgern so dächten,

(Beifall bei CDU und FDP)

etwa bei der Kräft-Wärme-Kopplung, etwa bei der Windenergie und hier nicht unübersehbare Subventionsfriedhöfe errichteten! Dann wären wir wirklich einen Schritt weiter.

Schon dies macht die Inkonsequenz und Widersprüchlichkeit Ihrer Energiepolitik ganz deutlich. Gerade heute ist im Umweltausschuss des Bundestages ein Antrag der Union gescheitert, wonach die Bundesregierung endlich ein Gesamtkonzept der zukünftigen Energieversorgung vorlegen sollte. Das bleiben Sie selbstverständlich auch hier schuldig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das bleiben Sie die ganzen Jahre schuldig, seit ich diese Materie verfolge.

Ich frage jetzt einfach einmal an die linke Seite des Hauses: Sind die Antragsteller - das sind ja beide Koalitionsfraktionen - eigentlich glücklich mit dem,

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Das ist die Frage!)

was hier abgeliefert worden ist? War es das, was Sie wollten?

Der Titel „Stand der Brennstoffzellentechnologie in Schleswig-Holstein“ ist durchaus Interesse heischend. Das wollen wir einräumen. Ich hätte aber zum Beispiel einen Bericht über das Fördervolumen in Schleswig-Holstein erwartet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich hätte auch eine politische Schwerpunktsetzung der Landesregierung erwartet, die sich doch auf dem Gebiet der **alternativen Energiepolitik** so viel zugute hält.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenigstens hätte die Berichterstattung dazu führen können, dass nunmehr die Chancen einer solchen Schwerpunktsetzung

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Innovationsstandort Schleswig-Holstein!)

erkannt und ergriffen worden wären. Aber nichts da! Nichts von alledem in diesem Bericht! Es ist eine buchhalterische Aufzählung ohne irgendeinen politischen Aussagegehalt. Auf Seite 9 wird auf eine bereits umfangreiche Förderung des Landes verwiesen. Aber Sie bleiben jede Zahl schuldig.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Ich möchte gern wissen, wie niedrig die Förderung des Landes in diesem Bereich tatsächlich ist.

Dann kommt etwas besonders Witziges. Sie sprechen - das ist auch in dem Antrag schon zu lesen gewesen - von einer Förderkulisse. Das Wort „Kulisse“ zeigt schon an, dass da etwas verhüllt und verdeckt wird. Sie führen ein Versteckspiel unter dem Mantel des Bundes, der für diese Technologie aus den ersparten Zinsen aus den **UMTS-Erlösen** bundesweit selbst nur ganze 20 Millionen € pro Jahr ausgibt. Das ist das Fördervolumen des Bundes.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Hört, hört!)

Es ist geradezu lächerlich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich darf den Anfang des Berichts wörtlich zitieren:

„Die Landesregierung wird auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Brennstoffzellentechnologie fördern und die Entwicklung vorantreiben.“

Wissen Sie: Der Rahmen dieser Möglichkeiten ist offensichtlich so begrenzt, dass von einer nennenswerten Förderung durch das Land überhaupt keine Rede sein kann.

Über den Umfang der Subventionierung der Kernenergie klagen Sie, Herr Kollege Hentschel, am meisten. Wir klagen über den Umfang der Subventionierung der KWK- und der Windenergie. Aber diese wirklich zukunftssträchtige Chance, die eine ernsthafte, substantielle Chance zur CO<sub>2</sub>-Minderung darstellt, die Förde-

**(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)**

rung und Forschung verdienen würde, wird auch wegen Ihrer finanzpolitischen Unfähigkeit - da sind wir an der richtigen Adresse -,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genauso ist es!)

ausreichende Haushaltsmittel für Forschung zur Verfügung zu stellen, sträflich vernachlässigt.

(Beifall bei CDU und FDP - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Der von den Koalitionsfraktionen beantragte Bericht ist ein offenkundig unfreiwillig geleisteter politischer Offenbarungseid Ihrer eigenen politischen Handlungsunfähigkeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Wir haben die Chance und offenbar auch das wissenschaftliche Potenzial in Schleswig-Holstein, einen Förderungsschwerpunkt zu setzen. Aber dann müsste die Politik diese Chance auch ergreifen. Tun Sie es!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Malerius das Wort.

**Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kerksenbrock, es muss nicht immer Geld sein, um irgendetwas voranzubringen.

(Zurufe von der CDU: Ohne Geld geht es auch nicht! - Lachen bei der CDU)

Sie wissen ganz genau, dass Spitzenunternehmen in Schleswig-Holstein tätig sind. Es geht darum, die Aktivitäten zu vernetzen, zu bündeln, um weiter voranzukommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]: Warum macht Ihr das nicht?)

Das ist genau der Beitrag, den die Politik leistet und leisten wird.

Die Entwicklung von Brennstoffzellen mit einer Vielzahl an Pilot- und Demonstrationsprojekten im mobilen, aber auch im Bereich der **Kraft-Wärme-Kopplung** verläuft zurzeit äußerst dynamisch. Die

Brennstoffzellentechnologie scheint geeignet zu sein, zu einer herausragenden Komponente einer sich wandelnden Energiewirtschaft zu werden.

Obwohl die **Brennstoffzellentechnologie** schon seit längerem bekannt und in der Raumfahrt- und Wehrtechnik gut etabliert ist, fehlte bislang die Akzeptanz der EVU und der Mobilitätsunternehmen. Heute übertreffen sich diese Unternehmen wechselseitig mit positiven Nachrichten zu diesem Technologiefeld. Durch ihren hohen Wirkungsgrad bei der Energieumwandlung ist die Brennstoffzelle konventionellen Technologien weit überlegen und garantiert wesentlich niedrigere CO<sub>2</sub>-Emissionen pro erzeugter elektrischer Leistung.

Es ist weitgehend akzeptiert, dass Wasserstoff, der über regenerative Energiequellen erzeugt wird, den Brennstoff mit den geringsten Emissionen und der nachhaltigsten Ressortnutzung darstellt.

Momentan ist jedoch der Durchbruch einer Wasserstoffwirtschaft nicht absehbar. Dieses liegt erstens daran, dass zum Beispiel der Pfad Fotovoltaik/Wasserstoffherzeugung/Brennstoffzelle weder volkswirtschaftlich noch geopolitisch darstellbar ist und dass zweitens die technische Infrastruktur einer Wasserstoffwirtschaft noch Gegenstand von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten mit offenem Ausgang ist.

Um die Schlüsselkomponenten weiterzuentwickeln, ist es deshalb notwendig, andere **Primärenergiequellen** für die Brennstoffzelle zu erschließen. Dazu zählen Erdgas, Biogas und Methanol. Erdgas wird in absehbarer Zeit die treibende Kraft für die Weiterentwicklung der Brennstoffzellentechnologie im stationären Bereich sein.

In der Tat gibt es viel versprechende Ansätze bei den großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen. So wird erwartet, dass langfristig etwa ab 2015 Brennstoffzellen bei der Stromerzeugung in Deutschland einen Marktanteil von rund 10 % erreichen werden. Ab circa 2005 können private und öffentliche Neubauten sowie kleinere bis mittlere Gewerbe- und Industriekunden mit der dann zur Verfügung stehenden Brennstoffzellentechnologie ausgerüstet werden.

Mobilitätsunternehmen wie Daimler-Chrysler, BMW, Opel und Ford intensivieren ihre Anstrengungen zur weiteren Optimierung von Brennstoffzellen im **Automobilbereich** und Anbieter wie Vaillant setzen auf Brennstoffzellenheizgeräte, mit denen unmittelbar im Gebäude Strom und Wärme erzeugt werden kann. Die Verstromung von **Biogas** ist eine weitere Anwendung der Brennstoffzellentechnologie. Das ist für Schleswig-Holstein eine Chance und Herausforderung. Durch die Nutzung von Biogas am Ort des Anfalls

(Wilhelm-Karl Malerius)

und durch die Nutzung von Erdgas mit fast flächendeckend vorhandener Infrastruktur können dezentrale Versorgungsstrukturen etabliert werden, deren Verluste wesentlich niedriger sind als die von klassischen Stromverbundsystemen. Kraft und Wärme können zukünftig dezentral erzeugt und genutzt oder als Strom in das Netz eingespeist werden. Neben den regenerativen Energiequellen Wind- und Solarenergie wird dann abgegebener Strom aus Brennstoffzellen zu einer weiteren Inputgröße für Stromnetze werden.

Meine Damen und Herren - Herr von Kerßenbrock, darin unterscheiden wir uns -, für den vorgelegten Bericht der Landesregierung möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bedanken

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir bedanken uns dafür auch!)

- danke schön, Herr Kubicki -, zeigt er doch auf, dass Unternehmen und Institute mit hoher Kompetenz in den Brennstoffzellentechnologie in unserem Land ansässig sind. Da sind zum Beispiel die Technische Fakultät der Universität Kiel, das Forschungs- und Technologiezentrum Westküste, die Fachhochschule Lübeck, die Unternehmen Farmatic, HDW und o.m.t, Oberflächen- und Materialtechnologie in Lübeck. Die Landesregierung wird und muss sich für eine stärkere Vernetzung der Aktivitäten einsetzen. Wir sind dabei, die Zukunft für die nächsten Generationen zu gestalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber wie!)

Jeder in diesem Haus sollte seinen Teil dazu beitragen.

Ich beantrage die Überweisung des Berichtes federführend an den Umweltausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich begrüße auf der Besuchertribüne eine neue Besuchergruppe, und zwar eine Gruppe der Realschule am Seminarweg aus Bad Segeberg.

(Beifall)

Ich erteile Frau Abgeordneter Aschmoneit-Lücke das Wort.

**Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht der Landesregierung zeichnet sich aus durch ein erfreulicherer Maß an Sachlichkeit, ein ungewöhnlich hohes Maß an technischer Genauigkeit

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und Kürze!)

und ein nicht überraschend hohes Maß an politischer Unverbindlichkeit.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Die Unverbindlichkeit drückt sich darin aus, dass keine Angaben darüber gemacht werden, in welchem Umfang und nach welchen Kriterien die Landesregierung die Aktivitäten in Sachen Brennstofftechnologie bisher fördert. Der Hinweis zum Schluss des Berichtes, die Entwicklung solle auch in Zukunft im Rahmen der Möglichkeiten gefördert werden, ist auch nicht gerade konkret. Ich weiß nicht, ob die Antragsteller - Herr Kollege von Kerßenbrock hat das schon angesprochen - mit dieser Aussage zufrieden sind. Ich jedenfalls finde es äußerst verdienstvoll, dass schleswig-holsteinische Betriebe und Forschungseinrichtungen sich aus eigenem Antrieb längst umfangreich und vielfältig mit dieser Zukunftstechnologie befassen - und zwar offenbar ohne nennenswerte Förderung der Landesregierung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der **Stand der Technik** sowie die unterschiedlichen Ansätze sind auch für den Laien - also für mich - nachvollziehbar dargestellt. Dafür bin ich als langjährige Verfechterin der Brennstoffzellentechnologie besonders dankbar. Allzu häufig habe ich auf energiepolitischen Veranstaltungen in der Vergangenheit verzweifelt und meistens leider auch vergeblich versucht zu erklären, was bei dieser Technologie an physikalischen und chemischen Prozessen stattfindet. Anhand dieses Berichtes habe ich es erstens selber besser verstanden und zweitens kann ich es vielleicht jetzt auch der geneigten Öffentlichkeit, zum Beispiel meinem Fraktionsvorsitzenden, der mich eben noch einmal danach gefragt hat, etwas besser erklären.

(Vereinzelter Beifall im ganzen Haus)

Es ist weiter ein erfreuliches Maß an Sachlichkeit hinsichtlich der Möglichkeiten - besser gesagt, der Unmöglichkeiten - der politischen Einflussnahme auf die Entwicklung der Technologie festzustellen. Wenn der Bericht vermerkt, dass Brennstoffzellen sich der etablierten Konkurrenz stellen müssen oder Brennstoffzellen **Marktchancen** eingeräumt werden, wenn sie wettbewerbsfähig sind, so sind das zwar für uns Selbstverständlichkeiten, aber aufseiten des Energieministers ist das eine ungewohnte Einsicht in die Grenzen politischer Möglichkeiten. Die Einsicht, dass die Marktteilnehmer, die Anbieter und die Nachfrage, über die Zukunftsfähigkeit von Technologien entschei-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

den, wünschte ich mir an vielen anderen Stellen politischen Handelns auch.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Dadurch könnte viel Steuergeld gespart und manche Fehlentwicklung vermieden werden. Ich persönlich habe seit langer Zeit keinen Zweifel daran - das habe ich hier auch immer wieder gesagt -, dass die Brennstoffzelle in der Energieversorgung der Zukunft eine überragende Rolle spielen wird. Vor einigen Jahren war ich mit dieser Auffassung - jedenfalls in diesem Haus - bei den Energiepolitikern eine Ruferin in der Wüste. Wie erfreulich, dass sich dieser Zustand geändert hat.

Hoffnungsvoll stimmt aber nicht nur die Lernfähigkeit in diesem Haus und der Kollegen, sondern vor allem die Tatsache, dass die Automobilindustrie selbst weltweit eigenes Geld - und zwar in einer riesigen Größenordnung - in die Entwicklung steckt. Allein bei Daimler-Chrysler sind 1.000 Menschen zurzeit an **Brennstoffzellenprojekten** beteiligt. In die Brennstoffzelle werden wegen ihrer Umweltverträglichkeit, ihres hohen Ausnutzungsgrades und ihrer dezentralen Einsatzmöglichkeit große Erwartungen gesetzt. Tausende von Aggregaten könnten zu virtuellen Kraftwerken vernetzt werden und so hohe Anteile konventionell produzierter Energie ersetzen. Dass sich bereits RWE mit dieser Möglichkeit beschäftigt, spricht für sich.

Eine wichtige Voraussetzung im Hinblick auf die **Umweltverträglichkeit** wird die regenerative Erzeugung von Wasserstoff bleiben. Denn die eigentliche Umweltentlastung wird sich durch den Übergang von fossilen zu regenerativen Brennstoffen ergeben, nicht vorrangig durch den Shift vom Verbrennungsmotor zur Brennstoffzelle. Ein immer noch großes Problem - zum Beispiel im Fahrzeugbereich - sind natürlich die Systemkosten. Das Gesamtsystem für 1 kW-Leistung kostet zurzeit noch durchschnittlich 10.000 € im Vergleich zu etwa 50 € für die gleiche Motorleistung im herkömmlichen Auto. Aber die erreichten und erreichbaren Kostenreduktionen sind gewaltig. Vor drei Jahren kostete das Brennstoffzellenkilowatt noch 100.000 €, also zehnmal so viel wie heute.

Es werden sicherlich noch einige Jahre vergehen, bevor Brennstoffzellen in großem Maße zum Einsatz kommen können. Besonders interessant scheint die Entwicklung bei der Hausenergieversorgung - Herr Minister, das haben Sie angesprochen - und bei kleinen tragbaren Geräten, wie zum Beispiel bei Laptops, zu sein. Es ist sehr erfreulich, dass Unternehmen und Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein die Möglichkeiten dieser Entwicklung erkannt haben.

Es wäre wünschenswert, Herr Minister, wenn wir für die Ausschussberatungen von der Landesregierung genauere Angaben über den Umfang und die Zielsicherheit der öffentlichen Förderung bekommen könnten.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit dem Einzug in den Landtag habe ich mich für das Thema **Brennstoffzellentechnologie** engagiert. Ich glaube nämlich, dass es nicht ein Thema unter vielen ist, sondern dass die Brennstoffzellentechnologie eine Grundlagentechnologie ist, die im kommenden Jahrhundert im Energiesektor eine hervorgehobene Stellung einnehmen wird. Das gilt für zwei Bereiche.

Zum einen gilt das für den **Fahrzeugbereich**. Die Brennstoffzellentechnologie hat nach Einschätzung eines großen Teils der Leute, die sich damit beschäftigen, das Potenzial, ein Markt beherrschendes Produkt bei unseren PKW und LKW, nämlich den Otto-Motor und den Dieselmotor, abzulösen. Das heißt, wir haben durch die Brennstoffzellentechnologie eine Revolution der **Antriebstechnik** beim Auto vor uns. Deshalb hat die Brennstoffzellentechnologie eine ausgesprochen strategische Bedeutung für die Zukunft.

Der zweite Punkt ist: Die Brennstoffzelle wird nach allen Abschätzungen, die zurzeit möglich sind, die Heizung im Keller ersetzen.

(Manfred Ritzek [CDU]: Die Heizung?)

Die Heizung im Keller. In Zukunft werden wir im Keller an Stelle einer Zentralheizung eine Brennstoffzelle haben, die sowohl das Haus heizt, als auch Strom produziert. Damit kommen wir zu den virtuell zusammengeschlossenen Kraftwerken von Frau Aschmoneit-Lücke.

Genau diese Technologie bedeutet, dass wir Kraftwerke im herkömmlichen Sinne praktisch nicht mehr brauchen werden.

Dass die Brennstoffzelle eine zentrale Bedeutung in diesem Bereich hat, haben die Autohersteller begriffen; denn alle großen Autohersteller sind, was die Forschung über die Anwendung der Brennstoffzelle angeht, sehr aktiv. Das haben auch die Heizungshersteller begriffen. So ist zum Beispiel Vaillant als einer der führenden Hersteller sehr nervös geworden, als

**(Karl-Martin Hentschel)**

Mercedes sagte, man könne diese Aggregate auch als Heizung einsetzen, und hat sofort ein großes Forschungsprojekt gestartet.

Wenn man das weiß, ist es natürlich in einem **Land** wie Schleswig-Holstein ausgesprochen interessant zu fragen: Wollen wir die Sache verschlafen, oder wollen wir frühzeitig aktiv werden?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie haben Sie sich entschieden?)

Das war unser Ansatz. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Mittel bereitgestellt werden. Würden Sie einmal die Firmen besichtigen, die hier genannt sind,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen wir!)

würden sie feststellen, dass diese Firmen für die Projekte, die sie durchführen, zum großen Teil **Fördermittel** von der Technologietransferzentrale, vom Land, bekommen haben. Man ist dort fast ausschließlich mit landesgeförderten Projekten aktiv. Ich fände es gut, wenn die Zahlen im Ausschuss genannt würden und wir noch ergänzende Informationen bekämen.

Mittlerweile ist es in Schleswig-Holstein - auch durch die Kommunikation mit den Firmen und durch den Aufruf an Firmen, die Interesse haben, sich daran zu beteiligen - zu einer ganzen Reihe von Projekten gekommen. Insbesondere möchte ich das Projekt von o.m.t in Lübeck nennen, ein Projekt, das nicht etwa nur wie in der Autoindustrie Anwendung von Brennstoffzellen bedeutet. Vielmehr handelt es sich hierbei um ein Projekt im Bereich der Grundlagenforschung, nämlich tatsächlich um eine neue Brennstoffzellentechnologie. Denn diese Firma ist gerade auf die Dünnschichtoberflächen-Technologie spezialisiert, die in der Brennstoffzelle als Basistechnologie benötigt wird.

Es bestehen also tatsächlich Chancen, dass Schleswig-Holstein mitmischt. Insofern finde ich es außerordentlich wichtig, dass wir in diesem Bereich aktiv werden. Ich finde es wichtig, dass wir neue Projekte anstoßen und prüfen, in welchen Bereichen man dies sinnvoll tun kann.

Eine Anmerkung zu den kritischen Bemerkungen von Herrn Kerssenbrock. **Innovation**, Herr Kerssenbrock, ist ein defizitärer Prozess. Man kann mit noch so viel Geld Nobelpreise nicht kaufen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Man kann aber etwas für die Bildung tun!)

Um den Einsatz von neuen Technologien von Staats wegen zu fördern, braucht man Ausdauer, man braucht Leute, die Know how und Einfühlungsvermögen haben, Kommunikation zustande bringen und Leute für

diese Technologien begeistern. Man muss Verbindungen zwischen Firmen, die vielleicht Technologien haben, die einsetzbar sind, und Hochschulen, die im Forschungsbereich tätig sind, herstellen, man muss neue Verbindungen schaffen, in Schleswig-Holstein und über die Grenzen hinweg, um solche Technologieförderung zu betreiben. Das ist ein intelligenter Prozess. Der entscheidet sich nicht daran, wie viele Millionen sie einsetzen, sondern er entscheidet sich daran, ob sie in der ttz Leute haben, die diesen Prozess beherrschen, ob sie in der Technologiestiftung, in der Energiestiftung Leute haben, die damit etwas anfangen können und diesen Prozess zustande bringen können. Dort ist einiges zustande gekommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben wir die jetzt?)

Jedem, der Zweifel daran hat, dass dort etwas zustande gebracht worden ist, empfehle ich: Besuchen Sie die Firmen, die hier genannt sind, sprechen Sie mit den Leuten und informieren Sie sich, bevor Sie hier Geschichten von Dingen erzählen, von den Sie nichts verstehen.

Ich bedanke mich fürs Zuhören und wünsche allen, die beteiligt sind, viel Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn es sich bei der **Brennstoffzellentechnologie** nicht um eine Technik handelt, die schon voll marktfähig ist, so ist doch anzunehmen, dass sie künftig einen immer größeren Stellenwert einnehmen wird.

Was den Betrieb von **Fahrzeugen** angeht, so sind vor allem die großen Automobilhersteller drauf und dran, Systeme zu entwickeln, die es möglich machen werden, die Brennstoffzelle in Zukunft in großem Stil zu nutzen. Dies ist eine Entwicklung, die, mangels Automobilindustrie, an Schleswig-Holstein größtenteils vorbei geht. Es stellt sich allerdings die Frage, ob wir mit dem in dem Bericht beschriebenen Know-how wenigstens am Rande vielleicht von den Entwicklungen im Automobilbau profitieren können.

Trotzdem muss man sagen, dass es ein Unternehmen im Lande gibt, das im Bereich der Antriebstechnik durch Brennstoffzellen führend ist. Ich spreche dabei

(Lars Harms)

natürlich von der HDW. Gerade im **U-Boot-Bau** hat sich HDW einen Vorsprung am Markt erarbeitet, der es ermöglichte, eine höhere Qualität als die Mitbewerber zu bieten. Gerade die Integration von Brennstoffzellen in den U-Boot-Bau durch die HDW zeigt, dass unsere Werftindustrie eben doch eine höchst innovative Industrie ist und die entsprechende Unterstützung der Werftindustrie ein sinnvoll verwendetes Mittel ist, das sich auch für das Land bezahlt macht.

Wenn wir schon bei der Entwicklung unseres Landes sind, müssen wir feststellen, dass sich zwar nicht viele Betriebe in der Brennstoffzellentechnik engagieren, dass aber die Betriebe, die dies tun, manchmal richtige Pionierarbeit leisten, die für unser Land in Zukunft durchaus bedeutend sein kann.

Die Brennstoffzellentechnologie an sich wird an vielen Orten erforscht. Aber Das zum Beispiel, was derzeit bei Seaborne in Owschlag passiert, wird oftmals noch unterschätzt. Das, was man dort untersucht, erforscht und ausprobiert, kann einen erheblichen Entwicklungsschub für den ländlichen Raum auslösen. Zum einen ist da der Betrieb des Blockheizkraftwerkes und die möglichst umfassende Nutzung von Rohstoffen. Dies allein wäre nicht so besonders, auch wenn der Nutzungsgrad dort sehr hoch ist. Viel wichtiger ist aber die Gewinnung von möglichst reinem Biogas aus organischen Abfällen, Gülle und Klärschlamm. Alle drei Grundstoffe stellen, jeder für sich, ein enormes Problem dar, wenn man diese dem normalen Kreislauf zuführen wollte. Gülle und Klärschlamm sind besonders in den ländlichen Räumen ein Problem. Genau an dieser Problematik setzt das Konzept von Seaborne an. Man vermischt diese Stoffe mit Holzhackschnitzeln - nicht, um sie dann beispielsweise einfach zu verbrennen; vielmehr versucht man, möglichst reines Biogas daraus zu gewinnen. Auf die Reinheit kommt es an, will man dieses Biogas für Brennstoffzellen nutzen. Gelingt es langfristig, das Konzept von Seaborne in größerem Stil umzusetzen, besteht die Möglichkeit, einen Teil der **Abfallproblematik** des **ländlichen Raumes** zu lösen. Gleichzeitig könnte man in den ländlichen Räumen hochwertiges Biogas produzieren, was auch die Einkommenssituation in den ländlichen Raum verbessern würde.

Das Konzept von Seaborne mit Blockheizkraftwerk, Verwendung von Holz, nachwachsenden Rohstoffen, organischen Abfällen, Gülle und Klärschlamm und mit der Erschließung der Brennstoffzellentechnologie kann zu einem Erfolgsmodell und einem Exportschlager „made in Schleswig-Holstein“ werden. Davon bin ich überzeugt. Denkt man das Ganze zu Ende, so kann sich sogar die in Owschlag stattfindende Veredelung von Biogas auf die Brennstoffzellentechnik in der

Automobilindustrie auswirken. Genau das wird dort gerade erforscht.

Ich bin bewusst auf dieses Beispiel aus Owschlag eingegangen, um deutlich zu machen, dass sich Investitionen in die Brennstoffzellentechnologie durchaus lohnen können. Es ist klar, dass die absolute Förderhöhe durch das Land eher gering ist. Das liegt vor allem an der geringen Anzahl von Unternehmen und Institutionen im Lande, die sich mit diesem Thema befassen. Trotzdem muss man sagen, dass man in diesem Bereich lieber einmal mehr als einmal zu wenig fördern sollte. Ich glaube, ich habe deutlich gemacht, dass die Brennstoffzellentechnologie nicht nur etwas ist, was sich in den großen Ballungszentren oder in riesigen Unternehmen etablieren kann, sondern dass gerade der ländliche Raum von dieser Entwicklung profitieren kann und auch sollte.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 GO erteile ich dem Herrn Abgeordneten Nabel das Wort.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Kerksenbrock hat die Wettbewerbsfähigkeit der Brennstoffzelle hat in den Mittelpunkt gestellt und gefordert, sie solle auf alle Energiebereiche ausgeweitet werden. Wind und KWK hat er genannt. In der Energiepolitik wie in anderen Politikbereichen auch ist es nicht möglich, alles mit der gleichen Elle zu messen. Es geht um politische Ziele und um die Frage, wie diese politischen Ziele - Kyoto, Rio - umzusetzen sind. Hierfür muss es unterschiedliche Instrumentarien geben.

Für die Förderung der **Windenergie**, die heute einen großen Teil des Strombedarfs in Schleswig-Holstein deckt und für die wir bis 2010 die Marge von 50 % anstreben, hat Minister Möller genau das Richtige getan. Und siehe da: Wir haben heute eine Job-Maschine, es besteht eine hohe Akzeptanz für diese Energieform, und diese Energieform wird einen großen Teil der durch den Abbau der Kernenergie entstehenden Energienotwendigkeiten abdecken. Das ist eine sehr gute Politik, an der Realität orientiert.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich lasse es nicht zu, Herr Kerksenbrock, dass Sie den Versuch machen, zwischen einer Technologie, die Ihnen ein bisschen besser gefällt, und anderen Technologien, die wir über Jahre mühsam, aber sehr erfolgreich gefördert haben, einen Keil zu treiben und das eine als eine gute und das andere als eine schmutzeli-

(Konrad Nabel)

ge Energiealternative darstellen. Das kommt mit uns nicht infrage.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Warum muss man fördern? - Die Brennstoffzellentechnologie braucht nicht gefördert zu werden, weil die Schwelle zur Wirtschaftlichkeit, der so genannte Break-even-Point, Kollege Kubicki, sehr niedrig ist. Es ist nicht so, dass sich die Brennstoffzelle in Fahrzeugen, in Schiffen, in U-Booten und in Lokomotiven als Nächstes durchsetzen wird, sondern sie wird sich beim Handy und beim Notebook durchsetzen. Dadurch wird für die Brennstoffzelle ein Massenmarkt eröffnet, der automatisch zu einer Produktion größerer Einheiten führen wird; denn die Technologie ist die Gleiche, einmal im kleinen und einmal im großen Bereich.

Neben dem Beitrag zur **Klima- und Energieproblematik** leistet die Brennstoffzelle einen großen Beitrag zur **Entlastung von Abfällen**. Darüber haben wir bisher nicht diskutiert. Der gesamte Batterie- und Akkubereich wird nicht mehr nötig sein, wenn wir Brennstoffzellen haben.

Eine Subventionierung ist nach meinem Dafürhalten nicht nötig. Sie haben aber noch ein Element der Politik übersehen, Herr Kerksenbrock, das Sie gar nicht so gern im Munde führen, nämlich der **Ordnungspolitik** und das Element der **Umsetzung politischer Ziele** durch Vereinbarungen. Wir haben die Vereinbarung von Rio und wir haben die Vereinbarung von Kyoto, die in Folgekonferenzen spezifiziert worden sind. Gerade deshalb ist die Industrie dabei - zum Beispiel BMW, Mercedes, Opel, VW und Ford, ich will nicht alle nennen -, ein zukunftssicheres Fortbewegungsinstrument in Form der Brennstoffzelle zu entwickeln; denn sie weiß genau, dass damit eine über Jahrzehnte sichere Energiequelle vorhanden ist. Die Produktion kann über Jahrzehnte so weitergeführt werden wie bisher. Damit kann auch dafür gesorgt werden, dass die CO<sub>2</sub>-Minderung vorangetrieben wird.

Deshalb muss ich ganz deutlich sagen: Unser Energieminister hat sich stets an der Realität orientiert. Wir sind sehr zufrieden mit ihm.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden es auch in den nächsten Jahren sein. Eine Energiepolitik, die in Schleswig-Holstein betrieben wird, ist für die gesamte Bundesrepublik und für die Europäische Union vorbildhaft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Umweltausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Ich schlage vor: zur abschließenden Beratung. - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1306

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1376

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1529

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Rother.

**Thomas Rother [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Bericht unter Tagesordnungspunkt 37 ist eigentlich ein wesentlicher Teil unseres Antrages zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein abgearbeitet worden. Zu den Inhalten des Berichts „Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein“, den wir nachher noch diskutieren werden, wird meine Kollegin Birgit Herdejürgen Stellung beziehen.

Nun zu den verbleibenden Punkten. Es ist keine anderthalb Jahre her, als alle im Bundestag vertretenen Parteien, die Bundesregierung, Gewerkschaften, Kirchen und viele, viele Verbände einen gemeinsamen Aufruf starteten: „Gegen rechte Gewalt in unserem Land“. Entsprechende Initiativen gab es auch in Schleswig-Holstein. Am Brandenburger Tor demonstrierten über 200.000 Menschen unter der Losung: „Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz“.

Anlass dafür waren die zahlreichen Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund mit Schwerpunkt in Ostdeutschland. So genannte national befreite Zonen sorgten für Entsetzen im In- und Ausland. Die Medien entdeckten das Thema im Sommerloch 2000.

Nun hat sich der Medienrummel um das Thema **Rechtsextremismus** und **Fremdenfeindlichkeit** gelegt. Daher ist jetzt ein geeigneter Zeitpunkt zu fragen,

(Thomas Rother)

ob die eingeleiteten Maßnahmen etwas bewirkt haben und ob auch in den Köpfen der Menschen tatsächlich etwas passiert.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist natürlich auch zu fragen, ob sich die Situation, gerade was die Bedrohung durch rechte Gewalt angeht, beruhigt hat.

In der Studie des Bundesamtes für Verfassungsschutz „Ein Jahrzehnt rechtsextremistische Politik“ aus dem Juli 2001 wird für das Jahr 2000 der bislang höchste Stand von Straftaten mit rechtsextremem und fremdenfeindlichem Hintergrund festgestellt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Der soll von der NPD geschrieben worden sein! - Zuruf von der SPD)

- Zu den Dummerhaftigkeiten kommen wir nachher bestimmt noch.

15.951 Straftaten, darunter 998 Gewalttaten, bilden einen traurigen Rekord. Für die ersten zehn Monate des Jahres 2001 wird mit 9.131 erfassten Straftaten vom Innenministerium ein leichter Rückgang angegeben. Für den Verlauf des Jahres ist sogar ein stetiger Rückgang ermittelt worden. Allerdings ist die statistische Erfassung der Daten mittlerweile auf eine neue Grundlage gestellt worden, sodass eine Vergleichbarkeit mit früheren Zahlen nicht gegeben ist.

Anlass für die Umstellung bei der Statistik war der Vorwurf, dass die bisherige Erfassung der Daten die Angaben „schönen“ würde. Insbesondere mit der Zahl der Tötungsdelikte wurde in der Öffentlichkeit ein etwas kurioses Spiel getrieben. Angesichts der Zahlen lässt sich ein Rückgang der Straftaten - nach Auskunft der Fachleute insbesondere bei den Gewalttaten - allenfalls vermuten. Eine offizielle Bewertung der Zahlen auf der neuen Grundlage steht noch aus. Beim Jubeln sollte man also erst einmal vorsichtig sein.

Auch das **Bundesamt für Verfassungsschutz** stellt in der genannten Studie - wer immer sie nun geschrieben hat - fest, dass sich eine rechtsextreme Subkultur entwickelt hat, die Personen bindet und den Kampf um die Straße als wichtiges Element ihrer Politik betrachtet. Die Militanzdebatte in der rechtsextremen Szene ist noch lange nicht an einem friedlichen Ende angelangt.

Dennoch mögen diese Zahlen ein Indiz dafür sein, dass die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ein Stück weit gegriffen haben. Die Projekte, die von Aussteigerprogrammen bis zur Verbesserung der Jugendarbeit reichen, sind im Bericht zur Prävention genannt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Mittel dafür werden gekürzt!)

Ergänzt werden kann die Aufzählung durch eine **Studie der Verwaltungshochschule Speyer**. Es lohnt sich auch ein Blick in die Datenbank KODEX des Städte- und Gemeindebundes. Mit dieser Datenbank, die über 400 Konzepte, Projekte und Aktionen vorstellt, wird ein Teil des notwendigen Netzwerks im Einsatz gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geschaffen. Die Vielfalt der Angebote zeigt, wie dringend erforderlich ein solches Netzwerk ist, um Kooperation und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Dafür ist natürlich auch Geld notwendig, und zwar dauerhaft und nicht nur für ein bis zwei Jahre.

Zu danken ist natürlich auch dem Engagement nicht nur von Vereinen und Verbänden, sondern auch den vielen Einzelnen, für die das Wort Zivilcourage nicht nur eine Worthülse ist. In der kommenden Woche beispielsweise wird unter dem Motto „Laut gegen rechte Gewalt“ ein Alternativ-Rock-Konzert in Neumünster, im Wesentlichen organisiert von Universal-Music, als erste Veranstaltung einer ganzen Reihe stattfinden.

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich geschieht dies nicht ohne Grund in Neumünster. Denken Sie an den Club 88, den es leider immer noch gibt. Besonders bemerkenswert ist, dass sich unter den Sponsoren der Veranstaltung auch Firmen wie Fred Perry und Lonsdale befinden, die von Skinhead & Co., der rechten Subkultur, zu ihren bevorzugten Bekleidungsausstatterern gezählt werden. Die Firmen beziehen deutlich Standpunkt, und zwar ohne Rücksicht auf einen nicht ganz unwesentlichen Kundenstamm. Ich denke, das ist schon bemerkenswert.

Der Nährboden für rechte Gewalt und Rechtsextremismus besteht aber natürlich immer noch. Gerade die Fremdenfeindlichkeit hat vor dem Hintergrund der Anschläge des 11. September und der Debatte um die Zuwanderung, kombiniert mit steigenden Arbeitslosenzahlen, eine neue Qualität erhalten. Rechtspopulisten wie der Mini-Haider Ronald Schill können Wahlerfolge einheimsen und sind sogar regierungswürdig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was sagen Sie denn zu Otto Schily und seinen Erklärungen?)

Darüber können wir gern noch reden.

Herr Schill - um ihn geht es in meiner Rede erst einmal - hat bislang nicht viel mehr zustande gebracht, als die

(Thomas Rother)

Klatschspalten der Boulevardpresse zu füllen, bayerischen Polizisten einen längeren Urlaub in Hamburg zu ermöglichen oder entscheidende Maßnahmen zur Blondinenförderung zu ergreifen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Der Verdacht einer geistigen und inhaltlichen Nähe zum Rechtsextremismus ist durch seine Regierungsbeteiligung getilgt. Daher sage ich in Ihre Richtung vielen Dank.

Dennoch tummeln sich bei der Schill-Partei aus dem rechtsextremen Umfeld - auch wenn natürlich immer das Gegenteil behauptet wird - durchaus einige nicht ganz unbekannte Personen. Im Parteiprogramm werden Ursachen für soziale Probleme ausgeblendet. Schuld sind danach immer die Betroffenen. Meine Damen und Herren, auf diese feine Gesellschaft können wir in Schleswig-Holstein gerne verzichten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daher ist es auch notwendig, die noch offenen Punkte 1, 2 und 4 - und nicht nur die Punkt 2, wie es die CDU vorschlägt - zu beschließen und die entsprechenden Akzente zu setzen. Die **Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit** ist keine Tagesaufgabe, sondern bleibt eine Daueraufgabe. Eben nicht nur die Symptome, sondern die Ursachen müssen bearbeitet werden. Dabei tragen auch wir als Politiker Verantwortung und sollten beispielsweise nicht Menschen nach dem Schema nützlich und unnützlich sortieren. Wir müssen unser Land als demokratische, solidarische und weltoffene Gesellschaft kenntlich machen. Letztlich müssen wir dafür sorgen, dass unsere Demokratie funktioniert, Probleme löst, die Sorgen der Menschen ernst nimmt und Chancen und Perspektiven für alle - wirklich alle - bietet. Wir müssen natürlich auch dafür sorgen, dass das NPD-Verbotsverfahren greift und nicht an formalen Mängeln scheitert. Herr Kubicki, damit sind wir wieder beim Thema.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr wohl!)

Andernfalls wäre nicht nur Innenminister Schily oder sein Kollege aus Nordrhein-Westfalen, sondern die gesamte Demokratie blamiert.

(Beifall bei der SPD)

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der beantragt, sich nur auf Extremismus zu beziehen, geht leider am Thema vorbei. Sie kennen die Daten aus der Großen Anfrage und dem Verfassungsschutzbericht und sollten daher wissen, von welcher Seite die Gefahren ausgehen. Der Linksextremismus kommt zahlenmäßig nur auf ein Viertel der Straftaten des Rechtsextremismus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch völliger Unsinn!)

- Eben nicht!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann fragen Sie Ihren Innenminister!)

- Der wird nachher noch etwas dazu sagen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lassen Sie doch einfach mal den Redner reden!)

Damit will ich nicht die Taten von Leuten rechtfertigen, die zum Beispiel ihren - eigentlich berechtigten - Protest gegen die Folgen der Globalisierung im Ausleben ihrer Gewaltfantasien begehen oder gar diejenigen verteidigen, die bei Demonstrationen mit Stalin-Plakaten rumlaufen, wie vor kurzem in Berlin bei der Liebknecht-Luxemburg-Gedenkfeier.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer koalitiert eigentlich mit denen in Berlin?)

- Mit denen haben wir nun wirklich nichts gemeinsam. Herr Schlie, das Spielchen der CDU, die Intention des Antrags zu verwässern, machen wir nicht mit. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Dr. Wadephul hat das Wort.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Neugebauer, ich biete zunächst an, dass ich meinen Vortrag vor der SPD-Fraktion noch einmal wiederhole, damit das alle mitbekommen. Das Interesse an diesem Antrag und den Antragsberatungen scheint in Ihrer Fraktion nicht so groß zu sein, wie es der Tatbestand der Antragstellung eigentlich vermuten lassen würde. Ich biete gern an, mit Ihnen diese Frage noch einmal zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn dies zum wiederholten Male geschieht, so will ich vorwegschicken, dass das **Ziel**, das der rot-grüne Antrag gleich zu Beginn formuliert, nämlich die **Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit**, von der CDU voll und ganz unterstützt wird. Sie wissen, dass ich selber, meine Partei und meine Fraktion alle Maßnahmen unterstützt haben, die rechtsstaatlich geboten waren, um Spinnern

**(Dr. Johann Wadephul)**

von Rechts das Handwerk zu legen. Dazu stehen wir in aller Klarheit.

(Beifall bei der CDU)

Die Gemeinsamkeit der Demokraten wird schon dadurch deutlich, dass Sie sich noch nicht einmal in der Lage sehen, an der Stelle zu klatschen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind Kriminelle, keine Spinner!)

Herr Rother, ich will das noch einmal auf einen Punkt bringen, den Sie angesprochen haben. Wer das Problem des politischen Extremismus auf den in der Tat nicht zu vernachlässigenden Extremismus von Rechts verengt und auf dem anderen Auge blind ist und nicht bereit ist zu erkennen, dass es auch linke Extremisten gibt, die unseren Staat, unsere Freiheit und unsere Gesellschaft kaputt machen wollen, der macht einen großen politischen Fehler. Der darf an dieser Stelle nicht so auftreten.

(Beifall bei CDU und FDP - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Fröhlich?

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Nein, sie hat später Gelegenheit zu reden. Ich habe mit der Kollegin Fröhlich schon während der Mittagspause gesprochen. Ich bedaure sehr, dass Sie an dieser Stelle nicht bereit sind, das zu machen, was wir in allen bisherigen Anträgen und Verlautbarungen des Schleswig-Holsteinischen Landtags miteinander geübt haben, nämlich an dieser Stelle als demokratische Parteien zusammenzustehen. Das beginnt mit der Aktion der DVU hier in diesem Landtag und geht bis zu den Umtrieben um den erwähnten Club 88. Deshalb rufe ich Sie erneut auf: Überdenken Sie, ob Sie sich an dieser Stelle nicht mit uns einigen können, sodass wir uns an dieser Stelle dazu bekennen, Extremisten von Links und Rechts gemeinsam zu bekämpfen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Minister, Sie wissen, dass es eine gemeinsame Aktion aller drei großen Verfassungsorgane gewesen ist, die NPD zu verbieten. Ich habe sie auch unterstützt. An dieser Stelle sei dazu ein Wort gestattet, weil unsere Landesregierung über den Bundesrat in dieser Frage involviert ist. Es ist schon erschreckend, dass wir nach einer wochenlangen Diskussion darüber, wie man rechtsstaatlich gegen diese Partei vorgehen kann, bei diesem Verfahrensstand vor dem **Bundesverfassungsgericht** feststellen müssen, dass eine

Durchführung des Verfahrens und einer Anhörung von hohen und höchsten Funktionären der **NPD** deshalb nicht möglich ist, weil sie Mitarbeiter des Verfassungsschutzes waren und deshalb eine Aussagegenehmigung brauchen. Das ist wirklich ein schlimmes Zeichen. Herr Minister, ich darf nur hoffen, dass der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein nicht in gleicher Art und Weise vorgegangen ist wie der nordrhein-westfälische. Das erwarte ich. Ich erwarte auch eine Stellungnahme von Ihnen in diesem Haus.

Herr Kollege Rother, wenn wir über Extremismus reden, dann lässt sich dies heutzutage auf politischen Extremismus im engeren Sinne überhaupt nicht mehr eingrenzen. Wir haben alle den 11. September und die nachfolgenden Diskussionen erlebt. Sie haben den Antrag danach formuliert. Es findet sich überhaupt kein Wort zur großen Problematik des religiös motivierten politischen Extremismus in unserem Land. Auch dazu ist eine Aussage erforderlich. Auch dazu sind Maßnahmen der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Es sei mir gestattet, an dieser Stelle auf einen einzigen Punkt hinzuweisen, den man von einer Partei, die sich christlich-demokratisch nennt, nicht von vornherein erwarten kann. Nach langer Diskussion haben wir uns dazu entschlossen: Wir fordern seit vielen Jahren, dass die Landesregierung Schleswig-Holstein - ebenso wie andere Landesregierungen, wie zum Beispiel die bayerische - sich dazu durchringt, darüber nachzudenken, wie wir **Islamunterricht** in deutscher Sprache unter deutscher Schulaufsicht durchführen können. Die Frau Bildungsministerin hält es für sinnvoll, jetzt nicht dabei zu sein. Derzeit findet so etwas in irgendwelchen Moscheen in Hinterzimmern statt, ohne dass dies einer überprüfen könnte. Wir wissen aus vielen Erfahrungen und Gesprächen, dass an dieser Stelle eine ganze Menge religiöser Fanatismus verbreitet wird. Deshalb wäre es eine praktische Maßnahme des Landes Schleswig-Holstein, wenn es endlich deutschen Islamunterricht unter deutscher Schulaufsicht nach unseren Wertmaßstäben gäbe. Dazu fordere ich Sie an dieser Stelle auf.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Rother, lassen Sie mich an dieser Stelle noch ganz kurz etwas zu Punkt 4 des Antrags sagen, in dem ein jährlicher Bericht der Landesregierung gefordert wird. In diesem Hause und seinen Ausschüssen werden viele Berichte vorgelegt, die aus meiner Sicht nur der Gewissensberuhigung der hier anwesenden Abgeordneten dienen und überhaupt keinen Beitrag dazu liefern, in der Sache voranzukommen. Das kostet Arbeits- und Beratungszeit und wir kommen nicht weiter.

(Dr. Johann Wadephul)

Lassen Sie uns praktisch handeln und auf einen Bericht mehr an dieser Stelle verzichten.

(Beifall bei der CDU - Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte auf einen weiteren - ganz erheblichen - Webfehler Ihres Antrags aufmerksam machen. Der Kollege Geerds wird sich später noch einmal mit dem Bericht, den Sie in dieser Sitzung geben, auseinandersetzen. Sie beginnen in der Überschrift damit, dass Sie den Rechtsextremismus bekämpfen wollen. Dann setzt sich der Antrag in der Sache die ganze Zeit mit der Problematik der steigenden **Gewalttätigkeit von Kindern und Jugendlichen** auseinander. Das ist in der Tat ein Problem, über das wir miteinander reden müssen. Es ist aber nicht so, dass alle gewaltbereiten Kinder und Jugendlichen Rechtsextremisten sind. Es ist umgekehrt auch nicht so, dass alle Rechtsextremisten gewaltbereit sind. Das ist eine völlig andere Thematik. Wenn Sie mit uns darüber diskutieren wollen, wie wir die steigende Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen bekämpfen wollen, dann wollen wir das gern tun, aber nicht unter der Überschrift des Rechtsextremismus.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie uns darüber diskutieren - Frau Kollegin Fröhlich, Sie haben mich vorhin darauf aufmerksam gemacht -, wie es dazu kommt, dass immer mehr **Kinder und Jugendliche** gewaltbereit sind, dass Kinder - wie Sie mir vorhin gesagt haben - zum Teil wegen Gewaltbereitschaft - das kann ja kein politischer Extremismus sein - aus einem Kindergarten ausgeschlossen werden. Ich habe kürzlich auf einem Spielplatz in Kiel miterlebt, wie Kinder im Alter von sechs, sieben Jahren ein fremdes Fahrrad mutwillig zertrampelt haben. Wir sollten einmal darüber reden, wie so etwas kommt.

Da kann diese Landesregierung so viel Fahrradkurse - die werden in dem Bericht ja erwähnt - durchführen, wie sie will. Wir werden die **Gewaltbereitschaft** gerade von Kindern und Jugendlichen nur dann wieder eindämmen und sie zu einem normalen Leben zurückführen können, wenn wir wieder damit beginnen, ihnen von Kindesbeinen an im wahrsten Sinne des Wortes nämlich in der Familie Werte, Grundwerte und Vorstellungen unserer Gesellschaft zu vermitteln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deswegen sehe ich das Land vielmehr in der Aufgabe, eine Familienpolitik zu machen, die die Familie stärkt, die auch die Familie da stärkt, wo sie in großen Problemen steckt. Wir alle wissen, welchen Probleme die heutige Familie, zum Teil ja nur noch mit einem Elternteil, ausgesetzt ist. Der Kollege Rother hat völlig

zu Recht auf die sozialen Ursachen von Gewaltbereitschaft hingewiesen. Es ist ein trauriger Tatbestand, dass wir alle miteinander wissen, dass ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger Kinder sind. An der Stelle sei mir eine etwas verspätete Replik auf die Haushaltsberatung des vergangenen Jahres gestattet.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sechs Wochen zu spät, aber immerhin!)

Der Kollege Hentschel ist momentan nicht im Saal; Frau Kollegin Heinold, ich bitte Sie, ihm das auszurichten. - Mich hat tief erschüttert, in welcher Art und Weise der Antrag der CDU-Fraktion, ein Landeserziehungsgeld einzuführen und dafür zu sorgen, dass die schlimmen sozialen Probleme, denen insbesondere Kinder ausgesetzt sind - versetzen Sie sich einmal in die Lage eines Kindes, das von Jugend an nichts anderes kennt als Sozialhilfe, für die Eltern und für sich selber -, hier von den rot-grünen Fraktionen behandelt worden ist. Wir wollen wirklich etwas für Kinder und Familien tun und das ist ein sehr viel wertvollerer Beitrag, sie von Gewalt und Irrwegen abzuhalten, als zehn oder 20 weitere Maßnahmen, wie sie die Landesregierung in diesem Bericht aufführt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir **Fremdenfeindlichkeit** bekämpfen wollen, dann ist es eine wesentliche Aufgabe, dass wir **Integrationspolitik** in Schleswig-Holstein endlich aktiv miteinander betreiben. Sie kennen den Antrag der CDU-Fraktion, den der Kollege Schlie hier im vergangenen Jahr eingeführt hat. Herr Innenminister, ich finde es bedauerlich, dass wir seit einem Dreivierteljahr auf eine Reaktion zu unserem Antrag zur Integrationspolitik warten. „Migrantenpolitik“ - wie Sie Integrationspolitik nennen -, immer ein Musterprojekt von Rot-Grün, hat an der Stelle ganz weit hinten auf dem Aktenbock gelegen. Lassen Sie uns endlich anfangen, in Schleswig-Holstein über aktive Integrationspolitik zu reden. Lassen Sie uns darüber reden, wie wir dazu kommen, dass die Ausländer und insbesondere die Kinder von Ausländern, die hier leben, besser integriert werden. Die erste Voraussetzung ist, dass sie die deutsche Sprache lernen, und dazu muss in der schleswig-holsteinischen Schulpolitik endlich ein neuer Schwerpunkt gesetzt werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie uns bei allen Debatten, die wir darüber streitig miteinander führen, in Zukunft wieder - ich hoffe, dass das heute hier ein einmaliger Vorgang gewesen ist - aufeinander zugehen. Lassen Sie uns dazu beitragen, dass demokratische Parteien an der Stelle nicht auseinander dividiert werden. Mit einfa-

(Dr. Johann Wadehul)

chen Parolen werden wir nichts werden. Mit einfachen Beschimpfungen, auch von Herrn Schill, der eine konkurrierende Partei auch zur CDU anführt, werden wir nichts werden. Wir werden nur erfolgreich sein, wenn Demokraten in diesem Haus zusammenstehen und wenn wir die Probleme, die zu Extremismus, die zu Gewaltbereitschaft und die zu Fremdenfeindlichkeit führen, gemeinsam entschlossen bekämpfen. Die CDU ist zu dieser Gemeinsamkeit bereit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich erteile jetzt dem Vorsitzenden der Fraktion der FDP, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Fraktionsvorsitzenden der SPD, der aus persönlichen Gründen heute nicht hier sein kann, gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass dieser Antrag heute nicht debattiert wird. Bedauerlicherweise haben sich die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD dazu nicht bereit finden können. Deshalb will ich vorweg sagen, dass ich das nicht nur sehr bedauere, sondern dass ich das auch als Aufkündigung der bisherigen Gemeinsamkeit der so genannten Front der Demokraten gegen Rechts verstehe.

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch!)

- Nicht Quatsch; ich komme darauf gleich zurück. - Und zwar deshalb, weil ich glaube, dass es angesichts der Art und Weise, wie dieses Thema in immer wiederkehrender Form in diesem Landtag debattiert wird, mittlerweile nicht nur den Abgeordneten zum Halse raushängt, sondern auch den Menschen zum Halse raushängt

(Starker Beifall bei FDP und CDU)

und wir damit das genaue Gegenteil dessen bewirken, was wir eigentlich bewirken wollen.

(Zurufe von FDP und CDU: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rechtsextremismus ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern ein Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Diese Feststellung ist uns allen spätestens seit der Antwort der Landesregierung auf die **Große Anfrage zum Rechtsextremismus** und zur Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein vom Oktober 2000 bekannt. Dort wird festgestellt - ich möchte das noch einmal in Erinnerung rufen -, dass das rechtsextremistische Einstellungspotenzial 1979/80 bei 13 bis 15 % der über 18-Jährigen lag und mit 13 % im Jahr 1998 bundes-

weit praktisch unverändert geblieben ist. In allen übrigen Ländern Europas liegen diese Werte in vergleichbaren Größenordnungen. Für uns bedeutet dies, dass dieser Zustand auf der einen Seite ein Stück Normalität ist, auf der anderen Seite uns nicht zufrieden stellen kann.

Dass wir uns im Landtag mit der Frage, wie man **rechtes Gedankengut** bekämpfen oder gar nicht erst entstehen lassen kann, nicht aktiv befasst haben, kann man uns wirklich nicht vorwerfen. Seit der 13. Legislaturperiode haben wir in diesem Haus 145 parlamentarische Initiativen - 145 parlamentarische Initiativen! - zum Rechtsradikalismus gehabt, in den letzten zehn Jahren haben wir uns also durchschnittlich alle dreieinhalb Wochen mit diesem Thema befasst. Viel ist dabei anscheinend nicht herausgekommen, sonst bedürfte es dieses Antrages nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Antrag, den wir beraten, ist aber nur ein Teilaspekt einer komplexen Problematik. In der bereits erwähnten Antwort auf die Große Anfrage aus dem Jahr 2000 setzt sich die Landesregierung mit dem sozialen Profil von rechtsradikalen Straftätern auseinander. Sie stellt fest, dass die individuellen und sozialen Bedingungen, die die Übernahme rechtsextremen beziehungsweise fremdenfeindlichen Gedankenguts bei jungen Menschen begünstigen, die immerhin zwei Drittel bis drei Viertel der Straftäter aus diesem Bereich stellen, ein niedriger Bildungsgrad, ein gewalttaffines, Gewalt befürwortendes Männlichkeitsideal, der Einfluss patriarchaler, militanter Leitbilder, eine fehlende soziale Einbindung und gesellschaftliche Integration, Existenz- und Zukunftsängste beziehungsweise fehlende Lebensplanung, fehlendes Selbstbewusstsein, weniger Status, Furcht vor Nachteilen durch vermehrte Flexibilitäts- und Bildungsanforderungen sind (Seite 10 der Großen Anfrage).

Das wissen wir seit dem Jahr 2000 und wir wussten es vorher auch. Die **PISA-Studie** muss uns gar nicht überraschen, die uns darauf hinweist, dass unser Bildungsniveau mittlerweile weltweiten Standards nicht mehr entspricht, dass vor allen Dingen fundamentale Kulturfertigkeiten des Lernens nicht mehr vermittelt werden können.

Wenn wir Anträge wie den vorliegenden beraten, die ja auf Prävention aus sind, müssen wir uns doch fragen: Was hat eigentlich diese Regierung mit ihren vielen Deklamationen im Bereich der Bildungs- und Jugendförderung getan? Stimmt es nicht, dass die Ausgaben in diesen Bereichen in den letzten Jahren weiter zurückgefahren worden sind? Besteht nicht auch da möglicherweise ein Zusammenhang zwischen

(Wolfgang Kubicki)

der aktiven Politik dieser Regierung und dem, was wir jetzt beklagen?

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die zweite Komponente ist die **Wirtschaftspolitik**, ist die Frage der Lebensplanung, der Zukunftsplanung, der Perspektiven. Selbstverständlich ist auch eine der Ursachen für die Bereitschaft, sich mit dem rechtsradikalen Gedankengut zu identifizieren, die Tatsache, dass man möglicherweise die eigene Lebensplanung gar nicht mehr gestalten kann, weil keine Perspektiven vorherrschen. Das gilt nicht nur in Deutschlands Osten, das gilt mittlerweile auch in Deutschlands Westen. Deshalb ist ja eine aktive Wirtschaftspolitik, eine Politik, die auf mehr Wachstum, auf mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ausgerichtet ist, die mehr Arbeitsplätze schaffen kann, auch eine Voraussetzung dafür, dass man die Verbreitung rechten Gedankenguts zurückführen kann.

Kollege Schröder, deshalb sage ich auch hier: Man kann das nicht alles auf die Weltkonjunktur, auf den Kollege George Bush zurückführen. Auch hier muss man fragen, welche Möglichkeiten man vor Ort hat, entsprechende Perspektiven zu entwickeln. Auch da gilt - ich will das an dieser Stelle gar nicht wiederholen -, dass die Kritik, die von der FDP und der Union in vielen Bereichen an der aktiven oder nicht aktiven Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung und Landesregierung geübt wird, einen Bestand hat, der auch mit der Bekämpfung der Rechtsradikalität in unmittelbarem Zusammenhang steht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Kollege Rother, ich gehöre zu den Letzten, die in irgendeiner Form Herrn Schill oder die Schill-Partei verteidigen wollen.

Aber wir sollten uns davor hüten - ich warne die Sozialdemokraten mit ihrer Attitüde der moralischen Überlegenheit sehr nachdrücklich davor, das zu tun -, alle die, die nicht Ihre Auffassung teilen, die möglicherweise anderer Auffassung sind, zu Rechtsradikalen oder zu Extremisten zu stempeln.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Herr Schill ist aus meiner Sicht mit Sicherheit - das kann ich sagen; das habe ich immer öffentlich erklärt - kein seriöser Politiker. Aber den zu einem Wegbereiter der Rechtsradikalen zu machen, halte ich für extrem gefährlich. Den in deren Nähe zu stellen, halte ich auch für gefährlich. Schill ist die Antwort auf das Versagen der Sozialdemokraten in vielen Bereichen!

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich höre ja jetzt, dass die Sozialdemokraten bundesweit damit werben, dass ihre Antwort auf Schill Herr Schily sei. Von den Grünen erwarte ich schon gar nichts mehr. Die machen den Marsch von der Bürgerpartei nach ganz rechts mit einer affenartigen Geschwindigkeit, dass es einem die Schuhe auszieht.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Noch ein Jahr so weiter und der Kollege Zimmermann, der Gott sei Dank nicht mehr Innenminister ist, ist gegenüber den Grünen, die heute Politik bestimmen, ein Linksradikaler.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Damit Frau Heinold das wirklich einmal begreift, dass ihre Fraktion ihre Hand dazu reicht - Frau Fröhlich! -, dass nun - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen mir nichts erzählen, Herr Kubicki! Ich weiß von der FDP genug!)

- Na gut, ich greife Sie jetzt nicht als Person an. Ich differenziere definitiv zwischen verschiedenen Persönlichkeiten auf verschiedenen Ebenen. Aber dass Ihre Bundestagsfraktion auf Bundesebene - -

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, das haben Sie mit uns nicht erlebt, dass bei uns jemand aufstehen und erklären würde, wir wollen jetzt die Sicherungsverwahrung verschärfen, das allgemeine Strafrecht, wir wollen die nachträgliche Anordnung von Sicherungsverwahrung möglich machen, wir wollen die Sicherungsverwahrung unter Vorbehalt möglich machen. Ich fasse es überhaupt nicht, dass Grüne, die sich als Rechtsstaatspartei verstehen, nun, weil sie glauben, der Stimmung in der Bevölkerung populistisch nachgeben zu müssen, dies als Antwort auf Herrn Schill mittragen wollen. Das wird Ihren Untergang beschleunigen, Frau Fröhlich, und nicht dazu beitragen, dass Sie als politische Kraft weiter bestehen bleiben. Machen Sie nur so weiter!

(Beifall bei CDU und FDP)

Nun komme ich zu diesem **NPD-Antrag**, zu dem ich der Bundesregierung nur raten könnte, ihn schleunigst zurückzunehmen, bevor ihr das **Bundesverfassungsgericht** mitteilt, dass sie ihn gar nicht zulassen wird.

(Beifall bei der FDP)

Es ist schon ein Maß an Stillosigkeit, der nicht mehr zu überbieten ist, dass dem Bundesverfassungsgericht „by the way“ durch einen Abteilungsleiter - nichts

(Wolfgang Kubicki)

gegen Abteilungsleiter - des Bundesinnenministeriums telefonisch mitgeteilt wird:

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Wir wollen Ihnen einmal sagen, dass einer der Hauptbelastungszeugen von uns ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Allein schon die Tatsache!)

Dass man dabei, Herr Kollege Puls, als Anwalt überhaupt noch ruhig bleiben kann, verstehe ich gar nicht. Dass die antragstellende Bundesregierung, dass der antragstellende Bundestag, dass der antragstellende Bundesrat nicht vorher einmal gefragt haben, nachdem wir ja dankenswerterweise alle wissen, dass die NPD seit Jahren beobachtet wird, ob bei den Belegen, die beigelegt werden, vielleicht einer ist, der einer der ihren ist, ist ein so miserables Management, dass man die Verantwortlichen dafür nur herausschmeißen kann, herausschmeißen muss.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dieses Verfahren ist damit europa- und weltweit mit einem Makel belastet - Parteiverbot in einer Demokratie, Ultima Ratio, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz muss dabei auch beachtet werden -, der nicht wieder gutzumachen ist. Da nutzt mir das wilde Erstaunen von Frau Kollegin Sonntag-Wolgast überhaupt nichts. Das heißt nur, die Frau hat keine Ahnung von den Bereichen, in denen sie sich tummelt, und gehört auch schleunigst aus der Position heraus.

(Beifall bei FDP und CDU)

Viel schöner - das macht die Sache mittlerweile zur Groteske - wird es, dass bei einem bundesdeutschen Fernsehsender - öffentlich-rechtlicher Rundfunk -, dieser V-Mann nun auftreten und erklären darf, dass er, seitdem die NPD gegründet wurde - er sei Gründungsmitglied -, bereits für den Verfassungsschutz arbeite - war immer sehr fleißig, immer so freundlich, immer sehr solide; dass er monatlich 600 bis 800 DM dafür bekommen habe, ordentlich versteuert, um sie dann der Parteikasse zuzuführen.

Bundesweit haben wir ungefähr 100 Leute, die die NPD beobachten und öffentlich bezahlt werden. Herr Innenminister, Sie werden mir in der PKK demnächst erzählen müssen, wie viel wir denn in die Parteikasse der NPD gespendet haben, damit die ihre Aktivitäten vorbereiten können.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Leute, in welchem Land leben wir eigentlich, in dem mit einem so großen publizistischen Aufwand, mit einer solchen Verve an moralischer Empörung der Rechtsstaat selbst die Axt an die Wurzeln seiner Exi-

stenz legt, indem er zulässt, dass wir als Demokraten, als Kräfte, die die Demokratie verteidigen, so blamiert werden können von Leuten, die wir eigentlich politisch bekämpfen und bekämpfen müssen?

Anständig wäre es, jetzt zu sagen, der Antrag wird zurückgenommen, wir bekämpfen sie weiter politisch oder sammeln einmal ordentlich. Aber diese Farce jetzt weiter zu führen, beschädigt uns mehr als alles, was die NPD sonst je erreichen könnte.

(Beifall bei FDP und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält nun Frau Abgeordnete Irene Fröhlich.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen Ich möchte mich in meiner Rede vor allem auf die Ausführungen des Kollegen Wadephul beziehen. Herr Wadephul, ich fand Ihre Rede nachdenkenswert. Ich denke auch, dass wir vielleicht noch einmal in eine weiterführende gemeinsame Diskussion eintreten können - zum Beispiel über das Thema Extremismus - und das auch noch einmal genauer beleuchten können und sollten. Wir haben uns entschlossen, uns mit diesem Antrag mit dem Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinander zu setzen. Die Quellen und Analysen, die ich zum Beispiel dazu benutzt habe, sind unter anderem eine Studie des **Deutschen Jugendinstituts** - die empfehle ich Ihnen ausdrücklich; ich hatte Ihnen beim Mittagessen schon kurz davon erzählt -, in der Sie nämlich sehr genau sehen können, dass es sehr wohl Wurzeln von Fremdenfeindlichkeit gibt, die sich keineswegs nur auf Ausländerinnen und Ausländer bezieht, sondern durchaus auch fremde Persönlichkeiten, die für Kinder - so sage ich einmal - unheimlich und fremd sind und wo eben Integration nicht gelingt. Dies gilt gerade bei hyperkinetischen Kindern, gerade bei schwierigen und aggressiven Kindern, die dann sehr häufig einem Echo der Erwachsenenwelt und der sie betreuenden Umgebung ausgesetzt werden, die solche Tendenzen eher verstärken, statt sie zu mildern. Das wäre eine Möglichkeit, sich damit zu beschäftigen.

Die andere Möglichkeit, sich damit zu beschäftigen, ist - ich sage das noch einmal sehr deutlich - ein Blick in den Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein, aus dem sehr deutlich hervorgeht - das ist auch sehr dankenswert; aber ist das Einzige, was ich heute zum Verfassungsschutz sagen will -, der sich sehr differenziert damit auseinander setzt, wie unterschiedlich zum Beispiel die Zahlenverhältnisse zwischen **Rechtsextremisten** und **Linksextremisten**

(Irene Fröhlich)

sind, wie unterschiedlich Organisationsgrade sind, wie unterschiedlich Einbettungen in Debatten im **bürgerlichen Spektrum** sind. Es ist eben ein großer Unterschied, ob die Rechtsextremisten drohen, ausländerfreie Räume in den Städten erkämpfen zu wollen, oder ob die Linksextremisten sagen, sie wollen die Repräsentanten des Systems als faschistisch entlarven. Dabei möchte ich deutlich sagen, dass sie bei mir dafür keine Sympathien haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Damit können sie auch nur die Grünen meinen!)

Schon gar nicht, wenn Sie sich dafür dann als Erste immer die Polizisten suchen. Das ist nicht das, was ich möchte, und das ist auch nicht das, was ich unterstütze. Das will ich sehr deutlich sagen.

Ich will nur sagen: Die Unterschiede darin, wie dies gesellschaftlich eingebettet ist und wie das Gefährdungspotenzial insgesamt - bis auf eine gesellschaftliche Resonanz - ist, bis hin zu rechtspopulistischen Äußerungen eines Schill oder eines Koppelin auf dem Gewerkschaftstag der Polizei oder Derartiges mehr, bis hin zu solchen Reaktionen, sind natürlich gewaltig.

Deswegen kommt es aus meiner Sicht nicht infrage, das alles in einen Topf zu werfen. Deswegen bleibt es genauso, wie wir es formuliert haben: Es geht um Rechtsextremismus.

Herr Wadephul, dann sollten Sie auch noch einmal zur Kenntnis nehmen, dass auf Seite 46 des Verfassungsschutzberichtes ausdrücklich die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als einer der Gründe dafür genannt wird, dass dem Linksextremismus sozusagen die Themen ausgehen.

Wenn sich sozusagen die Gesellschaft selber mit dem Rechtsextremismus aktiv und intensiv auseinandersetzt, gräbt sie gewissermaßen den Linksextremisten das Wasser ab. Das begrüße ich außerordentlich. Deswegen halte ich die Debatte hier für außerordentlich wichtig und will sie gern führen. Das zum Antrag! Damit muss ich mich nachher nicht mehr auseinandersetzen.

Was wir brauchen, ist, dem Rechtsextremismus mit einer lebendigen und selbstbewussten Demokratie zu begegnen. Da ist vielleicht auch schon ein Titel wie „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ irreführend, weil er so tut, als könne man mit irgendeiner schnellen, einmaligen Aktion plötzlich einmal etwas Schnelles, Einmaliges machen und dann habe man das Ding bekämpft. Das ist natürlich überhaupt nicht der Fall. Es ist vielmehr ein langwieriger, ein Generationen übergreifender Prozess. Dem Rechtsextremismus kann nicht mit dem Abbau demokratischer Rechte und schon gar nicht allein mit Regierungshandeln begegnet wer-

den, sondern nur mit einer lebendigen und selbstbewussten Demokratie.

Ein Antrag der Koalitionsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD auf Bundesebene sieht Modellprojekte für **Opferberatungsstellen** und mobile Beratungsteams, eine Neuausrichtung der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der Jugendarbeit und eine Stärkung demokratischer Jugendkulturen vor. In Schleswig-Holstein sind wir meiner Meinung nach auf einem guten Weg, um genau diese Art von Aktivitäten zu unterstützen: Aus Landesmitteln durch Demokratiekampagne und Bürgerbeteiligung - insbesondere von Kindern und Jugendlichen -, im Rahmen einer verstärkten **Kooperation** von **Schule und Jugendhilfe**, unter Einbezug präventiver Angebote und nicht zuletzt mithilfe neuer Projekte mit finanzieller Unterstützung durch Xenos-Mittel.

Wir müssen die vielfältigen Ursachen von Ausgrenzung und von Gewalt bekämpfen, ihnen auf den Grund gehen und ihnen ebenso vielfältig begegnen. Gerade im Hinblick auf Gewaltausübung dürfen wir die komplizierten Zusammenhänge des Opfer-Täter-Feldes nicht aus den Augen verlieren. Wer in der Kindheit selbst unsicher und hilflos ist oder gemacht wird, wer selbst als Opfer Gewalt erfahren musste, der ist besonders gefährdet, in späteren Zeiten auf erlebte Muster zurückzugreifen und selbst zum Täter zu werden und so seine Erfahrungen und ihre Nichtbewältigung weiterzugeben.

Gegen wen sich diese Gewalt dann richtet, wird wiederum stark durch das soziale Umfeld und die jeweilige Situation geprägt - gegen Ausländer, gegen Frauen, gegen Menschen mit Behinderung, gegen Menschen, die anders sind und die eigene ungefestigte Identität bedrohen. Unter anderem das Projekt „Widerspruch“ leistet in dem Bereich Opfer/Täter hervorragende Arbeit mit Jungen und Männern. Dabei muss man auch sagen, dass im Bereich des Rechtsextremismus in der Regel in überwiegender Anzahl sowohl die Täter als auch die Opfer Männer sind. Das muss man sich an dieser Stelle deutlich machen. Frauen und Mädchen sind durch rechtsextremistisches Gedankengut gefährdet und vertreten fremdenfeindliche Einstellungen, aber sie neigen nicht so sehr dazu, das in Gewalttaten auszuleben.

Eine neue Migrations- und eine konsequente Antidiskriminierungspolitik ist vonnöten, damit die Gesellschaft insgesamt deutliche Botschaften sendet. Eine der Hauptursachen fremdenfeindlicher Einstellungen und rechtsextremer Gewalt ist der Umgang von Gesellschaft und Politik mit Fragen der **Minderheiten**, der Asyl- und der Migrationspolitik. Wir brauchen ein deutliches Bekenntnis zur offenen Einwanderungsge-

(Irene Fröhlich)

sellschaft. Es kommt darauf an, die rechtliche Position von Minderheiten zu stärken. Um der Gesellschaft eine humanitäre Orientierung zu vermitteln, ist es unumgänglich, Diskriminierungen abzubauen und zu einem humanitären Umgang mit Flüchtlingen zu finden. Auch in diesem Punkt geht Schleswig-Holstein mit positivem Beispiel voran. Ich denke hier an den Integrationsbericht der Landesregierung, der selbst ein Stück Integrationsprozess war. Herr Wadephul, deshalb sollten Sie ihn nicht herunterreden. Das halte ich für verkehrt. An dieser Stelle hat es eine umfängliche Diskussion mit Trägergruppen, Trägervereinen, aber auch mit Verbänden von Ausländerinnen und Ausländern gegeben. Das halte ich für eine sehr wertvolle Arbeit, die diese Regierung geleistet hat. Aber ich wiederhole: Allein Regierungshandeln kann und darf es nicht sein - auch, aber nicht allein.

Weiter brauchen wir eine Stärkung der Demokratie. Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gehört auch eine ethische Selbstverpflichtung aller politischer Parteien, politische Auseinandersetzungen und Wahlkämpfe nicht mehr auf Kosten von Minderheiten zu führen. Demokratische Tugenden sind es, die einer Gesellschaft, einem Staat die notwendige Stärke und Integrationskraft verleihen. Aus Vielfalt wird Einheit und Stärke, nicht aus Ausgrenzung und Anfeindung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sage ich sehr deutlich in die Richtung der CDU und hoffe auf die Gemeinsamkeit Demokraten an dieser Stelle - ein Begriff, den ich sonst übrigens nicht in den Mund nehme.

(Klaus Schlie [CDU]: Wohl wahr!)

Dieses Politikverständnis muss Tag für Tag mit Leben erfüllt werden, auf allen politischen Ebenen und als positives Beispiel für die heranwachsende Generation.

Last, but not least will ich sagen, dass der **Aktionsradius** von **Rechtsextremisten** eingeschränkt werden muss. Prävention und langfristige Strategien reichen nicht aus, wenn die körperliche Unversehrtheit und der Bewegungsspielraum von potenziellen Opfergruppen der Rechtsextremisten nicht mehr gewährleistet ist. Dazu bedarf es jedoch keiner Verschärfung von Gesetzen. Wir fordern im Rahmen des geltenden Rechts eine konsequente und zügige **Strafverfolgung** und zeitnahe Gerichtsverfahren. Polizei und Sicherheitsbehörden müssen für das Problem rechtsextremer Gewalt stärker sensibilisiert und besser ausgebildet werden.

Staatsanwaltschaften und Landeskriminalämter sollten Anzeigen gegen **Straftaten im Internet** schnell bearbeiten und dementsprechend ausgerüstet werden. Die Einschränkung von Bürgerrechten, insbesondere des Demonstrationsrechts, lehnen wir entschieden ab. Klar

ist natürlich auch, dass wir uns besonders um die Belange der sehr belasteten Polizisten kümmern müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD] - Klaus Schlie [CDU]: Das ist neu!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich teile jetzt der Sprecherin des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man noch einmal Revue passieren lässt, wie oft und wie intensiv das Thema Rechtsextremismus uns im Herbst 2000 beschäftigt hat,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

dann fällt es schwer zu verstehen, wie wenig dieses Problem heute unseren Alltag füllt. Es scheint, als verstellten die Trümmer des 11. September völlig den Blick auf dieses ehemalige innenpolitische Thema Nummer 1. Aber auch, wenn wir es leicht vergessen mögen - der gegenwärtig größte Feind der Demokratie lebt weiterhin unter uns. Der Rechtsextremismus hat für die Politik der inneren Sicherheit mindestens genauso viel, wenn nicht gar mehr Bedeutung wie die Bedrohung durch Islamisten.

Rechtsradikale schlagen in Deutschland immer noch öfter zu als islamistische Terroristen. Deshalb ist es begrüßenswert, dass dieses Thema wieder auf unsere Tagesordnung gesetzt worden ist. Dafür schulden wir den Antragstellern Dank.

Auch der SSW sieht in der **Bekämpfung des Rechtsextremismus** selbstverständlich immer noch eine wichtige Aufgabe, wie es der Bericht formuliert. Auch wir begrüßen die Maßnahmen, die die Landesregierung zur Bewältigung der Probleme eingeleitet hat. Allerdings sind wir auch der Überzeugung, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen. Doch im Vergleich zu der Problematisierung des Themas, die wir vor eineinhalb Jahren erlebten, ist das Ergebnis bis heute - auch das muss ich sagen - eher ernüchternd.

Auch der vorliegende Antrag wird dem Problemkomplex Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht gerecht. Es wäre fatal, wenn die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit maßgeblich auf die Frage einer **Erziehung** von Kindern und Jugendlichen **zur Gewaltfreiheit** reduziert würde. Die nachwachsenden Generationen sind ohne Zweifel ein zentraler Bereich, wenn es um die Festigung von Demokratie und Toleranz geht. Aber die

(Anke Spoorendonk)

Verengung des Blicks auf Schule und Jugendhilfe trägt nicht auch nur annähernd der Komplexität der Phänomene Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit Rechnung.

Vor allem wird dabei ausgeblendet, dass das rechtsradikale Gift schon längst in die Mitte unserer Gesellschaft gesickert ist. Deshalb reicht es nicht aus, die Kinder für eine bessere Welt zu erziehen. Wir müssen auch gemeinsam auf politischer und gesellschaftlicher Ebene mit der Agitation der rechten Brandstifter ins Gericht gehen.

Gerade in dieser Beziehung hatten wir Hoffnung in das von der Ministerpräsidentin gegründete gesellschaftliche **Bündnis gegen Rechtsextremismus** gesetzt. Diese Hoffnungen sind aber leider bisher enttäuscht worden. Wurde bei der Konstituierung dieser Runde noch live im Fernsehen berichtet, so kann ich mich heute an kein einziges konkretes Ergebnis dieser Aktion erinnern. Mit anderen Worten, es reicht nicht aus, gute Ideen gegen Rechts zu sammeln und sie praktisch wie Briefmarken in ein Album zu kleben, es muss dann auch gemeinsames Handeln folgen.

Wir brauchen kein Veranstaltungskalender auf hohem Niveau, sondern konzentriertes Handeln gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir brauchen Maßnahmen, die breite Teile der Bevölkerung mit einschließen. Das mögen manche der am Bündnis teilnehmenden Organisationen und Gruppen innerhalb ihres Bereiches auch realisiert haben, ein großes gesellschaftliches Bündnis ist aber dadurch nur theoretisch entstanden. Das ist umso bedauerlicher, weil eine gewisse überparteiliche Einigkeit in zentralen Fragen auch ein Aspekt der **Rechtsextremismusvorbeugung** ist. Wir müssen beweisen, dass wir in der Lage sind, gemeinsam zu handeln, wenn es darauf ankommt. Ansonsten füttern wir nur die Rechten mit ihren einfachen Lösungen an. Es reicht nicht aus, dass sich eine Mehrheit des Bundestages zu einem **NPD-Verbotsantrag** durchringt - was sonst noch passiert ist, möchte ich heute nicht vertiefen, dazu ist schon Vieles gesagt worden. Wie der SSW zu diesem Verbotsantrag stand, das wissen Sie.

Wir haben im Herbst 2001 wieder die Gemeinschaft der Demokraten beschworen. Ich würde mir wünschen, dass diese auch im politischen Tagesgeschäft nicht nur für das Wort am Sonntag aufgehoben wird. Zur Vorbeugung von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit gehört zum Beispiel auch, dass man nicht das dringend notwendige Zuwanderungsgesetz mutwillig an die Wand fährt, weil die Bundestagswahl bevorsteht.

(Uwe Greve [CDU]: Das sind doch zwei verschiedene Schuhe!)

Was passiert, wenn man die Konfrontation mit rechten und fremdenfeindlichem Gedankengut scheut oder gar der Versuchung erliegt, das rechte Spektrum durch markige Aussagen im Ausländerbereich belegen zu wollen, das wurde uns in Schleswig-Holstein - das dürfen wir nicht vergessen - mit der Landtagswahl 1992 eindrucksvoll vor Augen geführt. Ich möchte davor warnen zu glauben, man könne durch law and order oder Populismus light einen Blumentopf oder gar eine Wahl gewinnen.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die jüngste Folketingwahl in Dänemark hat eindrucksvoll demonstriert, dass eine solche Strategie zum Scheitern verurteilt ist. Das Anbieten der großen Volksparteien an ausländerfeindliches Gedankengut, das Reden von unumgänglichen Verschärfungen des Ausländerrechts, haben zwar dazu beigetragen, dass die Bevölkerung das Thema ganz oben auf der Prioritätenliste ansiedelte; das Ergebnis war aber, dass sie lieber gleich das rechtspopulistische Original wählte, und das, obwohl Dänemark eine blühende Landschaft ohne Millionen von Arbeitslosen ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn ich jetzt sehe, was der Bundesinnenminister unternimmt, um Herrn Schill überflüssig zu machen, dann kann ich nur sagen: Um eigene Fehler zu vermeiden, ist es erlaubt, einen Blick über den berühmten Tellerrand zu wagen. Ich hoffe auch sehr, dass der Kanzlerkandidat der Union es ernst gemeint hat, als er erklärte, das Thema Einwanderung werde kein zentrales Wahlkampfthema werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter diesen Umständen werden in den kommenden Monaten die Konfrontation und die Abgrenzung mehr im Vordergrund stehen als die Gemeinschaft der Demokraten. Das sind keine besonders guten Bedingungen für unser Anliegen eines breiten Bündnisses. Ich hoffe aber, dass die Landesregierung die Zeit nutzt, um Vorbereitungen zu treffen, damit wir zumindest nach der Bundestagswahl wieder gemeinsam die Kraft finden, uns mit dem extremen und fremdenfeindlichen Gedankengut in unserer Gesellschaft offensiv und offen auseinander zu setzen.

Zuletzt noch ein paar Bemerkungen zu den vorliegenden Anträgen. Zum CDU-Antrag: Wir machen ganz einfach nicht mit, dass alles in einen Topf getan und einmal umgerührt wird, und dann hat man Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischen Extremismus

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Anke Spoorendonk)

und greift sich raus, was man will. Wir wollen uns gern mit allen Themen befassen und zu ihnen Maßnahmen diskutieren sowie dazu beitragen, dass Maßnahmen umgesetzt werden - aber nicht mit der Schrotflinte.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden also diesem Antrag nicht zustimmen, zumal der zweite Teil aus dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stammt. Diesem Antrag werden wir zustimmen, nicht kritiklos, wie ich hoffentlich deutlich gemacht habe, aber weil wir der Intention zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich erteile jetzt für die Landesregierung Herrn Innenminister Buß das Wort.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist seit mehr als 50 Jahren ein Land, in dem Menschen unabhängig von ethnischer und Religionszugehörigkeit oder Herkunft leben und gleiche Rechte für sich beanspruchen können. Unsere Gesellschaft ist inzwischen multikulturell und multiethnisch. Diese Entwicklung stellt eine Bereicherung dar und sollte weiter positiv initiiert und begleitet werden. Wenn ich alle Redebeiträge richtig ausgewertet habe, habe ich diese Absicht bei Ihnen allen wieder finden können. Vielen Dank dafür.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Klaus-Peter Puls [SPD])

Bundesweit sind jedoch rechtsextremistische und fremdenfeindliche Verhaltensweisen zu beobachten, die durch eine zunehmende Gewaltbereitschaft und ein gesteigertes Maß an Aggressivität gekennzeichnet sind. Einzelne Gewalttaten zeigen, dass die Hemmschwelle beim Einsatz von Gewalt gegen Menschen immer niedriger wird. Das gibt natürlich Anlass zu großer Sorge. Wie aus der polizeilichen **Kriminalstatistik** hervorgeht, ereigneten sich im Jahr 2000 im Bereich der rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten 852 Delikte. Die Zahlen für das Jahr 2001 liegen noch nicht vor, werden sich aber vermutlich etwa auf dem Vorjahresniveau bewegen. Die Landesregierung hat in allen drei Bereichen, Repression, Prävention und Organisation eines gesellschaftlichen Prozesses zur Ausgrenzung des Extremismus, umfangreiche Maßnahmen ergriffen, die kon-

sequent umgesetzt und ständig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Bereits im Dezember 1992, nach den Anschlägen in Rostock, Hoyerswerda, Solingen, Mölln und Lübeck, hat die Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, um sich einen Überblick über die Aktivitäten der Ressorts zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus zu verschaffen und die Maßnahmen zu forcieren.

Wie die von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Ziffer 4 des Antrages erbeten, wird die Landesregierung dem Innen- und Rechtsausschuss des Landtages gern über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit in Schleswig-Holstein berichten. Im Vorgriff auf den Bericht erwähne ich heute einige beispielhafte Maßnahmen und knüpfe damit natürlich auch an die Antwort auf die Große Anfrage aus dem Jahr 2000 an.

Bei den **Staatsanwaltschaften** wurden **Sonderdezernate** zur Verfolgung ausländerfeindlicher Straftaten eingerichtet und Fortbildungsveranstaltungen zur Erkennung von Ursachen und Formen fremdenfeindlicher und extremistischer Gewalt durchgeführt. Die Bezirkskriminalinspektionen wurden durch Ermittlungsgruppen politisch motivierter Kriminalität verstärkt. Maßnahmen der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule tragen ebenso wie das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Schleswig-Holstein“ zum Abbau extremer Einstellungen und Verhaltensweisen bei.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich darf um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bitten!

**Klaus Buß, Innenminister:**

Vielen Dank, Herr Präsident.

Dasselbe gilt in ganz besonderem Maße für integrative Sportprojekte, wie Sport für Kinder und Jugendliche in sozialen Problemlagen. An den Schulen liegt ein Schwerpunkt auf interkultureller Bildung und Erziehung. Durch die vom **Landesrat für Kriminalitätsverhütung** entwickelten Programme Prävention im Team, PIT 1 und 2, soll die Gewaltprävention an den Schulen verstärkt werden.

In 22 Einrichtungen des Jugendaufbauwerkes werden Maßnahmen zur Beseitigung der Perspektivlosigkeit junger Menschen angeboten und so wesentliche Ursachen für fremdenfeindliche und extremistische Einstellungen reduziert. Zur Integration von Migrantinnen und Migranten liegt dem Landtag ein entsprechender

**(Minister Klaus Buß)**

Entwurf vor. Auf Initiative von Ministerpräsidentin Simonis haben am 16. Oktober 2001 Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen und Initiativen ein gesellschaftliches Bündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gegründet. Eine entsprechende Aktionswoche ist im Dezember 2001 durchgeführt worden. Unter dem Motto „Verständnis - Menschenwürde achten, gegen Fremdenhass“ wird die bundesweite Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit umgesetzt.

Der mit seiner Geschäftsführung in das Innenministerium eingebundene Landesrat für Kriminalitätsverhütung hat einen Leitfadens für die Kommunen im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen entwickelt, der im März 2002 vorgestellt werden soll. Am 25. Februar 2002 bereiten wir in Kooperation mit den Ländern Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern eine Fortsetzungsveranstaltung zum Thema „Verantwortung übernehmen im Norden - Projekte und Strategien gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ vor. Eine umfassende Zusammenstellung aller Maßnahmen erhalten Sie mit dem angekündigten Bericht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einige Hinweise eingehen, die in der Debatte gegeben worden sind.

Herr Wadephul ist im Moment leider nicht da.

(Zurufe von der CDU: Doch!)

- Wo ist er denn?

(Zurufe von der CDU: Ganz hinten!)

- Herr Wadephul, man kann Sie ja kaum noch sehen. - Ich habe meine Brille nicht auf. Das ist das Problem. Ich bitte um Nachsicht.

Ich darf einmal zusammenfassen: Herr Wadephul und Herr Kubicki, Sie haben beide - in einer solchen Debatte zu Recht, meine ich - das Debakel um das **NPD-Verbotsverfahren** aufgegriffen. Ich kann Ihnen, Herr Kubicki, nur eines antworten: Ich bin nicht ruhig geblieben. Wer mich kennt, kann sich vielleicht vorstellen, wie ich den Leiter des Verfassungsschutzes heute Morgen inquisitorisch befragt habe. Ich kann Ihnen, Herr Wadephul, sagen: Nein, schleswig-holsteinische V-Leute sind in das NPD-Verfahren nicht eingeführt worden.

Herr Kubicki, an dem Vorgang ist nichts zu beschönigen. Dies ist ein Vorgang, der für mich absolut unerklärlich und nicht nachvollziehbar ist. Auf der anderen Seite rechtfertigt er es aus meiner Sicht nicht, ein - wie soll ich sagen? - so großes Getöse zu machen, wie ich es Ihren Worten entnommen habe. Dabei konnte man den Eindruck gewinnen, als wenn der gesamte Rechts-

staat zusammenbreche. Wir sind aus meiner Sicht weiterhin dem Erfolg verpflichtet, das heißt wir wollen das NPD-Verbot.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich bin dem Rechtsstaat verpflichtet! Ich weiß nicht, wem Sie verpflichtet sind!)

Dies ist eine für mich nicht entschuldbare Panne, die behoben werden muss. Ich bin sicher, dass das Verfahren sehr schnell wieder auf die normale Schiene gebracht wird. Hier ist nichts zu beschönigen. Solche Pannen dürfen nicht vorkommen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber überall sind Menschen. Sie ist vorgekommen. Wir müssen daran arbeiten, dass die Folgen dieser Panne möglichst schnell überwunden werden, und ich bin sicher, dass dies auch geschehen wird.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Wadephul, Sie haben zu - Recht, wie ich meine -, eine aktive Integrationspolitik angemahnt. Ich darf daran erinnern - ich habe es in meinem Beitrag schon gesagt -: Das **Integrationskonzept** der Landesregierung liegt dem Landtag zur Beratung vor. Das Integrationskonzept ist mit praktisch allen Verbänden erstellt worden, die sich mit den Fragen befassen. Das ist, wie glaube, ein bisher in der gesamten Bundesrepublik einmaliger positiver Vorgang.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hoffe, dass das Konzept, wenn es hier debattiert wird - wenn ich das einmal so formulieren darf -, auf Gegenliebe stößt und dass wir uns daran in den nächsten Jahren sehr gut orientieren können.

In dem Zusammenhang muss ich Ihnen auch sagen, dass das Zuwanderungsgesetz, das heute ebenfalls schon erwähnt worden ist, erstmalig für diesen Bereich einen Integrationsteil enthält, der für uns alle in der täglichen Arbeit außerordentlich nützlich wäre. Wenn ich die Presse richtig verfolge, ist es aber gerade Ihre Partei, die dieses Zuwanderungsgesetz möglicherweise nicht akzeptieren will. Das würde uns in der Integrationsarbeit, in den Möglichkeiten erheblich zurückwerfen.

Zuletzt möchte ich auf Ihren Hinweis zum **islamischen Religionsunterricht** eingehen. Um es hier deutlich zu sagen: Ich teile Ihre Auffassung.

(Beifall bei der CDU)

**(Minister Klaus Buß)**

Ich bin darin einig mit meinen Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich eben sprechen konnte, insbesondere mit der Kultusministerin, die mir noch schnell das Protokoll der letzten Zusammenkunft der Ministerpräsidenten geben konnte. - Dafür bin ich sehr dankbar. Es immer nützlich, wenn man eine große Tasche hat. - Die Frage ist auch Gegenstand in der Ministerpräsidentenkonferenz. Man hat dort schon einen Beschluss vorbereitet, der genau in die Richtung geht, die Sie angemahnt haben, dass man sagt: Wir wollen **islamische Unterrichtsangebote** an deutschen Schulen haben, aber in deutscher Sprache, damit Sie kontrollierbar bleiben. Ich kann das nur unterstützen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich glaube, Debatten über diese Frage in regelmäßigen Abständen sind sehr nützlich, damit die Gedanken, die dazu erforderlich sind nicht untergehen. Von daher, glaube ich, dass es auch jetzt wieder eine gute und nützliche Debatte war, auch wenn es, wie Herr Kubicki nachgezählt hat, in den letzten zehn Jahren 145 Debatten waren. Eine zu viel ist immer besser als eine zu wenig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Innenminister, das „Getöse“, wie Sie es nennen, über das, was vorgekommen ist, mache nicht ich. Das Getöse macht im Zweifel das Bundesverfassungsgericht. Ich bitte Sie, auch einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass man ein Problem nicht kleiner reden soll, nach der Devise: Das räumen wir innerhalb von 14 Tagen wieder aus.

Ich will eine Passage des **Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts** vorlesen, weil es einen solchen Beschluss in der Bundesrepublik Deutschland noch niemals gegeben hat. Die Passage lautet wie folgt:

Die Termine zur mündlichen Verhandlung sind aufzuheben, weil die Mitteilung des Bundesministeriums des Innern prozessuale und materielle Rechtsfragen auch hinsichtlich des Beschlusses vom 01. Oktober 2001

- des Eröffnungsbeschlusses, würde man untechnisch sagen -

aufwirft, die bis zum Verhandlungstermin nicht geklärt werden können.

Was will das Bundesverfassungsgericht seinem geneigten Leser damit eigentlich sagen? Es will damit sagen: Wir müssen prüfen, ob wir überhaupt eröffnet hätten, hätten wir gewusst, was ihr uns vorlegt.

Eine gelbere als diese gelbe Karte kann es gar nicht geben. Einen deutlicheren Hinweis nach dem Motto: Überlegt euch gut, ob Ihr es weiter verfolgen wollt oder nicht, kann es eigentlich gar nicht geben.

Wenn ich noch etwas dazu sagen darf: Die Kommunikation zwischen Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht der letzten beiden Tage über die Medien ist nicht gerade dazu angetan, das Bundesverfassungsgericht davon zu überzeugen, dass die Bundesregierung sehr solide und sehr fundiert gearbeitet hat.

(Beifall bei der FDP)

Gerade wenn wir über **Rechtsradikalismus** reden, will ich noch auf einen Aspekt hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dies tue ich auch in Anbetracht dessen, was am 11. September passiert ist. Wir müssen die Menschen, und zwar viele Menschen in unserem Lande, da abholen, wo sie sind, und nicht so tun, als seien sie unmoralisch, wenn sie Ängste haben, und als sei es unmoralisch, diese Ängste zu artikulieren, als müssten wir Menschen verdammen, die ihre Kinder von Schulen nehmen, in denen mehr ausländischsprachige Kinder Unterricht erhalten als deutschsprachige. Wenn wir nicht aufpassen, wenn wir sie in eine moralisch verwerfliche Ecke stellen, nicht mit ihnen diskutieren, argumentieren, ihnen die Ängste nehmen, dann werden wir erleben, dass wir sie in die Hände der Rattenfänger hineintreiben, in die sie nicht gehören.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe darauf schon bei einer Debatte im Oktober 2000 hingewiesen. Ich muss das jetzt nicht nachvollziehen. Wir müssen die Menschen mit ihren Problemen und Sorgen in allen Stadtteilen abholen. Tun wir das nicht, sorgen wir dafür, dass die Rechten stärker werden, als sie eigentlich sind, weil wir als demokratische Parteien ihre Sorgen und Ängste nicht mehr aufnehmen, nicht mehr debattieren, ja sogar tabuisieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Satz der Kollegin Fröhlich aufgreifen, den sie in dieser Rechtsradikalen-Debatte in Bezug auf meinen Kollegen Jürgen Koppelin gebraucht hat. - Frau Fröhlich, wenn Sie glauben, in der Debatte über Rechtsradikalismus den Kollegen Koppelin des Rechtspopulismus zeihen zu müssen, mag das für Sie sprechen. Ich will das im

**(Wolfgang Kubicki)**

Namen der gesamten FDP-Landtagsfraktion zurückweisen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt - das können wir belegen, Frau Fröhlich -, was die Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates, der Rechtsstaatlichkeit, der Gesetzgebung im Deutschen Bundestag angeht, keine Abstimmung, bei der sich der Kollege Koppelin anders verhalten hätte als ich oder die FDP-Landtagsfraktion. Aber es gibt mit Sicherheit eine ganze Reihe von Abstimmungen, bei denen Ihre Kolleginnen und Kollegen sich anders verhalten haben als sie.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich weise das auch von einer Vertreterin einer Partei und Fraktion zurück, in deren Organisationsbereich sich nach wie vor Mitglieder herumtreiben, die aus K-Gruppen kommen,

(Beifall bei der FDP)

angetreten, das System zu zerstören, es zu vernichten, um sich jetzt in dessen Sesseln warm und bequem hinzusetzen und hoch dotiert zu werden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt. Die Antragslage sieht wie folgt aus: Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1306, Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1376, und Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1529.

Ich habe das vorhin so verstanden, dass seitens der CDU beantragt wurde, den Änderungsantrag in der Drucksache 15/1376 zurückzuziehen. - Der Antragsteller stimmt dem zu. Damit hätten wir zwei Anträge, nämlich den Antrag in der Drucksache 15/1306 der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 15/1529.

Des Weiteren gehe ich davon aus, dass ich den Antragsteller richtig verstanden habe, dass über beide Anträge alternativ abzustimmen ist. - Dem ist so.

Ich rufe zunächst den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1306 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Dieser Antrag hat die

Zustimmung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gefunden.

Ich rufe jetzt den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1529 auf. Ich frage, wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt. - Dieser Antrag hat die Zustimmung der Fraktion der CDU gefunden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es muss doch die Möglichkeit geben, beide Anträge abzulehnen!)

- Es hätte die Möglichkeit bestanden, gegen beide Anträge zu stimmen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Bitte!

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident, wenn die Frage des Präsidenten lautet, wer für den Antrag ist, dann können wir die Hand nicht heben. Wenn die nächste Frage lautet, wer für den Antrag der anderen Seite ist, dann können wir die Hand auch nicht heben. Wie wäre es denn, wenn einmal die Frage gestellt wird, ob jemand gegen beide Anträge stimmt?

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist doch alternative Abstimmung beantragt worden! - Unruhe)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Es geht sofort weiter. Ich will Ihnen nur kurz die Rechtsauffassung des Präsidiums darlegen. Es hat Einvernehmen im Hause darüber bestanden, dass alternativ abgestimmt wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir alternativ abstimmen, dann kann nur für den einen und für den anderen Antrag gestimmt werden. Das ist der Sinn der alternativen Abstimmung.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident, wir wollen das Verfahren nicht in die Länge ziehen. Die FDP-Fraktion erklärt zu Protokoll, dass wir gegen beide Anträge sind.

(Zuruf von der SPD: Das hättest du auch gleich sagen können!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

(Unruhe)

Gibt es weitere Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Dann will ich nur noch eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit sind die Fraktionen übereingekommen, dass der nach der Tagesordnung jetzt aufzurufende Punkt 37 - Ange-

bote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein - nicht mehr behandelt wird und dass wir damit morgen früh um 10 Uhr als erstem Tagesordnungspunkt beginnen.

Ich wünsche allen Mitgliedern des Hauses bis morgen eine schöne Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:53 Uhr**